

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

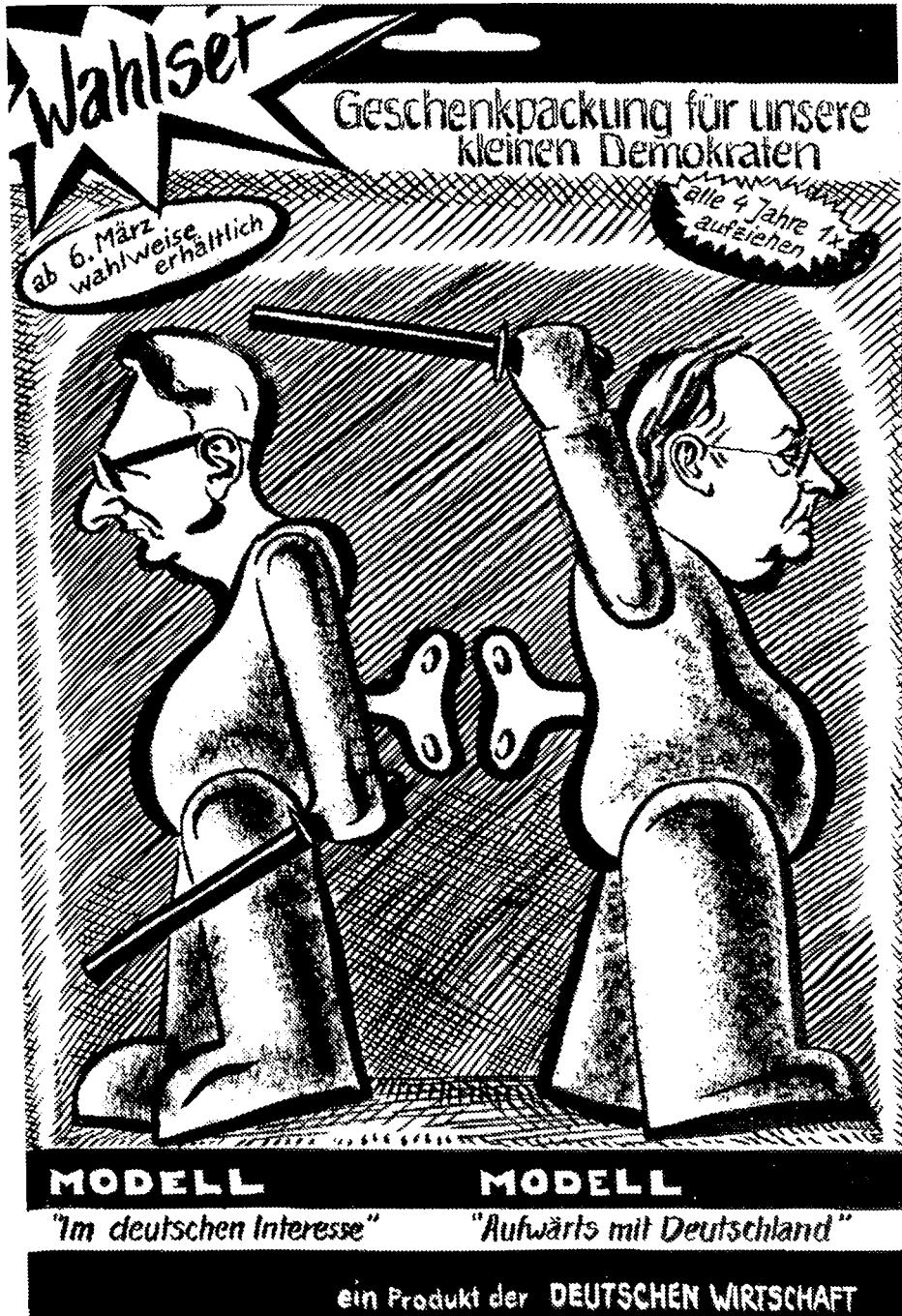
# Politische Berichte



12. Februar 1983  
Jg. 4 Nr. 3

G 7756 D

Preis:  
2,50



Stahlfusionspläne: Westdeutsche Stahlkapitalisten auf alten Pfaden. Die Stahlarbeiter sollen bluten, damit die Rüstung blüht Seite 3



Agrarpolitik: Verelendung und Rui-  
nierung vieler kleiner Bauern – Groß-  
agrarien winken Extraprofite in den  
Konkurrenzschlachten Seite 13



VR Polen: Über die Gültigkeit des  
Dreijahresplans entscheiden die Be-  
triebsleiter Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-  
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt	3/1983			
<i>Stahlfusionspläne</i> : Westdeutsche Stahlkapitalisten auf alten Pfaden. Die Stahlarbeiter soll bluten, damit die Rüstung blüht .....	Seite 3	Mieterhöhungen bei Altbauwohnungen in Stuttgart .... Seite 22		
Angriffe auf den Lohnstandard durch die imperialistischen Stahlmonopole .....	Seite 4	<i>Bremen</i> : Arbeitsdienst für Sozialhilfeempfänger .....	Seite 23	
IG Metall sucht nach Strategie gegen die Stahlmonopole.....	Seite 5	<i>Hanns-Seidel-Stiftung</i> : Deutschnational und europäisch .....	Seite 23	
<b>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</b>		Seite 6	<i>Schleswig-Holstein</i> : Barschel und die Neuordnung Europas .....	Seite 24
<i>Lohnbewegung Metall</i> : Die Kapitalisten sind vorsichtig, eine Chance ist noch gegeben .....	Seite 7	<i>Hochschule</i> : Lehramtsstudienplätze werden gekürzt .... Seite 24		
<i>Kündigungsrecht</i> : BVG-Urteil zum Kündigungsschutz ..	Seite 7	<i>Asylanten</i> : Lebensbedingungen im Asylantenlager – Abschreckungswirkung in alle Länder erwartet .....	Seite 25	
30. Januar 1933: Reaktion hält an alten Zielen fest – Demonstrationen gegen Faschismus .....	Seite 8	30 Ablehnungsbegründungen, alle gleichlautend und schon vorgedruckt .....	Seite 26	
<i>Zivildienst</i> : Aktionen der Zivildienstpflichtigen .....	Seite 9	Stichwort: Asylrecht.....	Seite 27	
BRD raus aus der NATO! .....	Seite 10	<b>Internationale Nachrichten</b>		
<i>Militarismus</i> : Ab 16. März Wehrkunde an allen Schulen?.....	Seite 12	<i>Großbritannien</i> : Wasserwerksarbeiter seit drei Wochen im Streik.....	Seite 28	
USA: 240 Mrd. \$ für Rüstung, Renten gekürzt .....	Seite 12	<i>Frankreich</i> : Kämpfe der Gefangenen für mehr Rechte .. Seite 29		
<i>Agrarpolitik</i> : Verelendung und Ruinierung vieler kleiner Bauern – Großagrariern winken Extraprofite in den Konkurrenzschlachten .....	Seite 13	<i>Portugal</i> : Neuwahlen am 25. April.....	Seite 29	
Die Beseitigung der Grenzen zwecks Abfischung der Fischgründe fremder Staaten .....	Seite 14	<i>Spanien</i> : Reform der Abtreibungsgesetze gefordert .....	Seite 30	
Ertl fordert Entwicklungsländer auf, „nationalen Egoismus“ abzulegen .....	Seite 16	<i>Brasilien</i> : Regierung senkt Mindestlöhne .....	Seite 31	
Einkommen der Bauern in der BRD: Ein Viertel muß von der Substanz der Höfe leben .....	Seite 17	<i>Jugoslawien</i> : Hohe Jugendarbeitslosigkeit .....	Seite 31	
<b>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</b>		Seite 18	<i>VR Polen</i> : Über die Gültigkeit des Dreijahresplans entscheiden die Betriebsleiter .....	Seite 32
<i>Westberlin</i> : CDU mobilisiert gegen die Arbeiter der Stadtreinigung.....	Seite 19	Erneute Umschuldungsverhandlungen – Banken versuchen Erpressung .....	Seite 32	
<i>IG Metall</i> : Erstmals Entgelttarif abgeschlossen .....	Seite 19	<b>Aus Kultur und Wissenschaft</b>		
<i>Hamburg</i> : Senator Ehlers: „Der Kindergartenbeitrag steuert die Nachfrage“ .....	Seite 20	„ <i>Die Heartbreakers</i> “: Der „neue deutsche Film“ für Jugendliche: „Heidi“-Rührseligkeit und Klamotte .....	Seite 34	
<i>MAN München</i> : Kapitalisten verweigern Sozialplan ....	Seite 21	Entscheidung für den Rest eines Lebens .....	Seite 34	
<i>CDU-Jugendkongress</i> : Nationalhymne etwas zu schwach .....	Seite 21	Eine „linke“ Frau Oberkommissarin? .....	Seite 34	
<i>Mietenspiegel Stuttgart</i> : Höchste Mietsteigerungen bei den schlechteren Wohnungen .....	Seite 22	Reggae im Ruhrgebiet .....	Seite 34	
		„ <i>Chinas neue Wirklichkeit</i> “: Kritik der Gesellschaftspolitik Deng Xiaopings.....	Seite 35	
		<i>Kein widerspruchsfreies Bündnis</i> : Grün-Alternative und politische Arbeiterbewegung .....	Seite 36	
		Arbeitsplatzstudien .....	Seite 37	
		Arbeitsmarkt (II) .....	Seite 38	
		Die regressive Belastung mit indirekten Steuern .....	Seite 39	

## Westdeutsche Stahlkapitalisten auf alten Pfaden. Die Stahlarbeiter sollen bluten, damit die Rüstung blüht

Selten haben die westdeutschen Imperialisten eine Konzentration großer Kapitale, wie jetzt in der Stahlindustrie geplant, mit einem solchen Tempo betrieben. Am 25.1. veröffentlichten die drei von der Bundesregierung im vergangenen November ernannten „Stahlmoderatoren“ – Marcus Bierich vom Vorstand der Allianz, Alfred Herrhausen von der Deutschen Bank und Günter Vogelsang, u.a. im Aufsichtsrat der VEBA und von Thyssen – ihren Fusionsvorschlag für die Stahlindustrie. Sein Inhalt: Die Stahlbetriebe von Thyssen und Krupp sollen zu einem Konzern zusammengefaßt werden, die von Klöckner, Hoesch und Salzgitter zu einem zweiten. Drei Mrd. DM Staatszuschüsse seien nötig, um die so geschaffenen Stahlmonopole bei einem Expansionsprogramm zu unterstützen, das u.a. die Entlassung von weiteren 60000 der jetzt 172000 Stahlarbeiter und eine Steigerung der Profite der Stahlkapitalisten um 2 Mrd. DM binnen kürzester Zeit vorsieht. Bereits am 26.1. teilte die Bundesregierung mit, für solche Ziele stünde selbstverständlich Geld bereit: „Die Bundesregierung ist bereit, den notwendigen Umstrukturierungsprozeß finanziell in einer Größenordnung zu begleiten, wie sie im Moderatorenbericht genannt wird.“ Noch am selben Tag verlautete von Klöckner, das Fusionskonzept werde unterstützt. Am folgenden Tag Arbed: man habe einen „eher positiven“ Eindruck. Der Krupp-Aufsichtsrat: „Die Grundlinien des Konzepts

werden als konstruktiv begrüßt.“ Am 30.1. ließ der Thyssen-Aufsichtsrat verlauten, auch er billige die Fusion.

Wieso diese anscheinend rasche Einigung? Und wieso das ebenso entschiedene Beiseitewischen von Hinweisen immerhin auch der bayerischen und niedersächsischen Landesregierungen, durch die Fusionen könne Salzgitter-Klöckner-Hoesch zum „Dauerkostgänger des Staates“ werden, während Thyssen-Krupp „für die nächsten Jahre keinen ernsthaften Konkurrenten“ in der BRD habe?

Die Gründe für beides erschließen sich, wenn man die Folgen der beabsichtigten Fusionen genauer studiert.

Wir haben, um das zu verdeutlichen, im folgenden die *gesamten* Umsätze der an den Fusionen beteiligten Konzerne zusammengefaßt, also nicht, wie offiziell geplant, nur die der stahlproduzierenden Teile der betroffenen Konzerne. Warum nur diese Teile rechtlich zusammengefaßt werden sollen, wird sich später im Zusammenhang mit der Montanmitbestimmung klären. Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Schlagkraft der so geschaffenen Monopole ist diese rechtliche Trennung in zusammengefaßte Stahlproduktionsbereiche und weiterhin rechtlich davon getrennt operierende Restkonzerne ohne Belang. Hier kann man getrost davon ausgehen, daß die Schlagkraft aller Teile, also der geplant fusionierten Teile wie der formell weiterhin selbständig operierenden

„Rest“-Konzerne zusammengefaßt wirkt. Das Ergebnis ist: allein der Thyssen- und der Krupp-Konzern kämen bei einer solchen Lösung auf einen Umsatz von zusammen 45 Mrd. DM oder umgerechnet 18 Mrd. \$ und würden damit zum mit Abstand größten imperialistischen Stahlkonzern der Welt. Zum Vergleich: der größte japanische Stahlkonzern Nippon Steel erreichte 1981 einen Umsatz von 13,1 Mrd. \$, der größte US-Stahlkonzern US-Steel von 12,5 Mrd. \$. Zwar wäre Nippon Steel – gemessen an der Stahlproduktion in Tonnen – immer noch das größte Stahlmonopol. Aber was bedeutet das schon, wenn die westdeutschen Stahlmonopole mit Dutzenen weiterer Betriebe, darunter fast der gesamten Werftindustrie der BRD, verbunden sind? Auch die Versorgung dieser Stahlmonopole mit Rohstoffen ist schon jetzt ausgezeichnet. Über die „Exploration und Bergbau GmbH“, an der Thyssen und Hoesch beteiligt sind, die Eisenerzgruben in Liberia und Brasilien besitzt und dort 1981 16,6 Mio. t Eisenerz fördern ließ, kommen 40% ihres Eisenerzbedarfs aus „eigenen Quellen“. Auch an der Ruhrkohle wären die beiden Stahlmonopole mit zusammen 42,3% entscheidend beteiligt. Zudem verfügen die BRD-Stahlkapitalisten schon jetzt über die modernsten Anlagen in der EG. Der Anteil des Oxygenstahls an ihrer Rostahlproduktion liegt bei 80% gegenüber 70% in der übrigen EG und 60% in den USA, der Anteil des im Strangguß hergestellten Stahls bei 60% gegenüber 40% in der übrigen EG. Bei der für die Rüstungs- und Flugzeugindustrie wichtigen Edelstahlerzeugung sind die BRD-Kapitalisten sowieso schon lange führend in der EG. Hier würden Thyssen und Krupp (die über Thyssen an MBB beteiligt sind) durch die Fusion „zu Monopolisten“ in der BRD werden.

Kurzum: die BRD-Imperialisten gewinnen im Stahlbereich eine Schlagkraft wie nie zuvor, und die Aussichten für die Niederwerfung weiterer Konkurrenten in der EG wären glänzend. 15 Mrd. DM wollen die Stahlkapitalisten bis 1985 investieren. Keineswegs aber sollen, wie man vielleicht wegen der neuerlichen Entlassungen meinen könnte, ihre Kapazitäten verringert werden. Zwar sieht auch das Moderatorenpapier vor, daß z.B. Hoesch in Dortmund die Produktion leichter Profile einstellt, Klöckner in Bremen die Blockbrammenstraße schließt, in



Besuche bei der „Waffenschmiede des Reiches“: Kaiser Wilhelm (links) und Adolf Hitler (rechts) bei Besuchen im Krupp-Stahlwerk in Essen

## Angriffe auf den Lohnstandard durch die imperialistischen Stahlmonopole

Alle Pläne der westdeutschen Stahlmonopole haben zur Voraussetzung, daß sie das Lohnniveau der Stahlarbeiter erheblich senken können. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen hat der Kapitalistenverband als Ziel angegeben, den Ecklohn der Stahlarbeiter unter den der Arbeiter in der Metallindustrie zu drücken. Alle imperialistischen Stahlmonopole klagen über Verluste, die durch mangelnde Auslastung der Produktionskapazitäten entstehen. Der chauvinistische Taumel zur „Rettung der deutschen (englischen, belgischen usw.) Stahlindustrie“, den sie veranstalten, ist die Begleitmusik zu ihren Versuchen, auf Kosten der ausländischen Konkurrenten eine höhere Auslastung ihrer Anlagen durchzusetzen, um damit die Ausbeutung wieder profitabel zu machen. Und die Predigten von der notwendigen Opferbereitschaft der jeweiligen Belegschaften röhren daher, daß sie dieses Ziel nur durch rabiate Lohnsenkungen erreichen können. Die imperialistischen Stahlkonzerne überbieten sich in den Angriffen auf den Lohnstandard.

Der Arbed-Konzern, der gegen die Stahlarbeiter in Luxemburg für 1983/84 Lohnkürzungen von 6% durchgesetzt hat, verschaffte sich nach den Produktionseinbrüchen 1975 in einem Sonderabkommen mit der Regierung und den Gewerkschaften die Verfügung über ein billigstes Arbeiterheer. Von den heute rund 18000 Beschäftigten (1975 noch 27000) sind 3850 in der „Anti-Krisen-Abteilung“, wo sie an den Staat zu „öffentlichen Notstandsarbeiten“ oder an andere Kapitalisten verliehen werden. Rund 16% der Lohnzahlung

an diese Arbeiter erhält der Arbed-Konzern aus einer eigens eingeführten Sondersteuer.

Für den belgischen Stahlkonzern Cockerill-Sambre haben die Kapitalisten und die Regierung von den Gewerkschaften einen „Sozialpakt“ erzwungen, der bis zum 1.2. zumindest bereits von der christlichen Metallarbeitergewerkschaft unterschrieben war. Dieses Abkommen sieht vor: 5000 weitere Entlassungen bis 1985; Senkung der gesamten Lohnsumme des Konzerns um 8% – gestaffelt je nach Einkommen von nominal 5 bis 14%. Die rund 23000 Lohnabhängigen bei Cockerill haben mit den übrigen Regierungsmaßnahmen Lohnsenkungen von real etwa 20% gegenüber Anfang 1982 hinzunehmen.

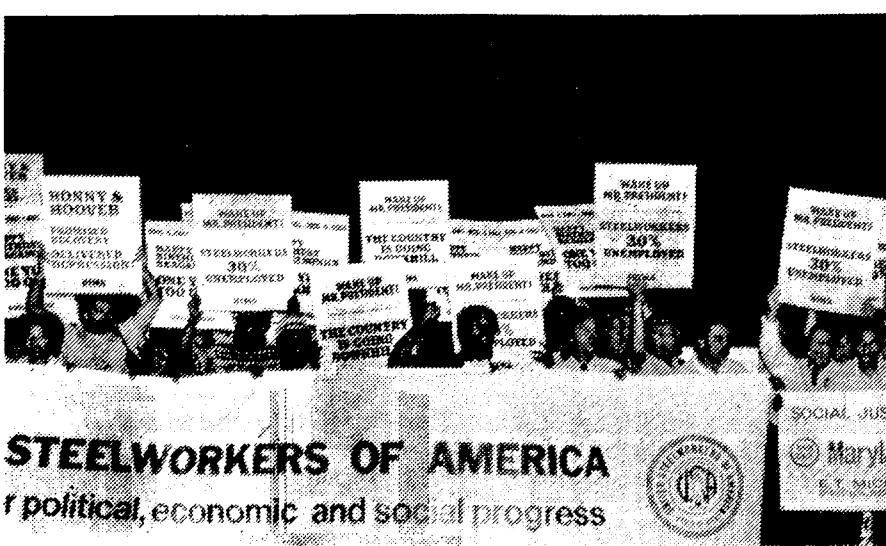
In den USA ist die Entscheidung, ob die Stahlarbeiter ihren Lohnstandard verteidigen können, noch nicht gefallen. Zwar haben einzelne Stahlkonzerne Lohnsenkungsabkommen gegen die Stahlarbeitergewerkschaft durchsetzen können, wie etwa Wheeling Pittsburgh. Die beiden größten Stahlkonzerne, US Steel und Bethlehem Steel, haben die Löhne und Gehälter von nichtorganisierten Beschäftigten (meist Angestellten) zwischen 5 und 8% gekürzt. Die Stahlmonopole versuchen, so Druck auf die USW zu machen, damit die Gewerkschaft einem vorzeitigen Auslaufen des Tarifvertrages und damit Lohnsenkungen zustimmt. Trotz Zusagen aus dem USW-Vorstand scheiterte das bislang an den örtlichen USW-Vorständen, die bereits im November einen entsprechenden Versuch abgewehrt haben.

Quellenhinweis: Metall 25/82; Wall Street Journal, 4.2.83

Sulzbach/Haidhof das Kaltwalzwerk und die schweren Profilstraßen, Thyssen das Warmbreitbandwalzwerk in Duisburg-Bruckhausen usw. Gleichzeitig aber soll die Kapazität der verbleibenden Anlagen trotz um ein Drittel verringriger Belegschaft dermaßen gesteigert werden, daß die Kapazität der BRD-Stahlmonopole – gegenwärtig bei 69 Mio. t Stahl im Jahr, von denen sie im Vorjahr aber nur 36 Mio. t herstellen ließen – bis 1985 bei 66,6 Mio. t bleibt. Bei voller Auslastung der Anlagen wäre das 1985 eine Stahlproduktion von 1100 kg je Kopf der Bevölkerung. Zum Vergleich: Der Stahlverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug 1974, dem bisher „besten Stahljahr“, im Durchschnitt der EG gerade 530 kg. Fast die Hälfte der westdeutschen Stahlproduktion müßte also 1985 exportiert werden, wenn die Stahlmonopole ihre Anlagen „voll auslasten“, d.h. die verbliebenen 110000 Stahlarbeiter rund um die Uhr schuften lassen. Daß sie das anstreben werden, ist gewiß. Daß sie dazu Konkurrenten in der EG vernichten müssen, ebenso.

Jede Tonne Stahl aber, um die die BRD-Monopole ihre Kapazität erhöhen können, wird auch ihren Druck auf die Regierung steigern, die Rüstung weiter zu verstärken. Unvergessen ist die Beratertätigkeit des früheren Thyssen-Chefs Mommsen, der schon unter den Faschisten im damaligen Ministerium Todt am Aufbau der Kriegsindustrie beteiligt war, Anfang der 70er Jahre unter Helmut Schmidt im Verteidigungsministerium. Unvergessen auch Mommsens Rolle bei der Einleitung der großen Rüstungsprogramme in diesen Jahren. Die jetzigen Pläne der Stahlkapitalisten sind die Vorbote neuer und noch größerer Rüstungsprogramme.

Aber noch ein weiteres Ziel verfolgen die Stahlkapitalisten: Sie wollen die Montanmitbestimmung so weit wie möglich beseitigen. Zumindest für ihre weiterverarbeitenden Betriebe. Das ist auch der Grund, weshalb die Stahlmoderatoren nur die Zusammenlegung der unmittelbar stahlproduzierenden Teile ihrer Konzerne vorschlagen. Die FAZ am 1.2. frohlockend: „Sollte es am Rhein zum Zusammenschluß der Thyssen AG in Duisburg und der Krupp Stahl AG in Bochum kommen, dann wären die Tage der Montanmitbestimmung an der Spitze des Thyssen-Konzerns gezählt ... In die gleiche Richtung könnte die Entwicklung bei der Klöckner-Werke AG in Duisburg gehen“ – und bei Krupp, der Salzgitter AG, bei Hoesch usw. Nur noch die – rechtlich selbständigen – stahlproduzierenden Werke würden montanmitbestimmt sein, nicht aber die sie faktisch kontrollierenden Obergesell-



Demonstration von Stahlarbeitern vor dem Weißen Haus

schaften und alle mit ihnen verbundenen Rüstungsbetriebe.

Wer erinnert sich noch? 1946 schrieben die damaligen Vorstandsvorsitzenden von Otto Wolff, der Gutehoffnungshütte und der Klöckner-Werke an die Gewerkschaften: „Wir wollen uns den Forderungen einer neuen Zeit nicht verschließen und stimmen einer Beteiligung auch der Arbeitnehmerschaft an der Planung und Lenkung sowie an den Aufsichtsorganen für die großen Erwerbsgesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie voll und ganz zu.“ Das Geheimnis der „neuen Zeit“ bestand vor allem darin, nach dem verlorenen Raubzug jede Zerschlagung und Sozialisierung der reichsdeutschen Rüstungsindustrie mit allen Mitteln zu verhindern – und sei es durch das Zugesndnis einer paritätischen Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten, was immerhin die Möglichkeiten für das ungestörte Aushecken von neuerlichen Putschplänen und Eroberungsfeldzügen in diesen ehrenwerten Aufsichtsräten unterband. Das soll jetzt wieder anders werden. „Kuscht, ihr Stahlarbeiter! An die Arbeit mit euch und Schluss!“, lautet die neue Devise. Oder, wie BDI-



98 000 Stahlarbeiter sind von den Kapitalisten auf Kurzarbeit gesetzt. Monatlicher Lohnverlust: 200 bis 500 DM.

Chef Rodenstock, ermuntert auch durch die erfolgreiche Erpressung der IG Metall bei Arbed, in einem Schreiben an die Bundesregierung forderte: „ein loyales Verhalten von Gewerkschaften und Betriebsräten beim Kapazitätsabbau und bei den Lohnforderungen“ sei jetzt an der Zeit.

Was aber hört man zu diesen Plänen vom Vorstand der IG Metall? Erst einmal gar nichts. Nur das für die Stahl-

dustrie zuständige Vorstandsmitglied Judith ließ in einem Interview butterweiche Kritik und chauvinistisches Zeugs hören: „Ich bin nicht zufrieden, weil hier nur zwei Unternehmensgruppen Berücksichtigung finden ...“ Die IG Metall sei für den Zusammenschluß von Hoesch und Krupp, weil „bei der Thyssen-Krupp-Lösung ... mehr Arbeitsplätze verschwinden.“ Nötig sei zudem „eine politische Aussage, in der die Bundesregierung knallhart sagt, daß sie gewillt ist, die Stahlindustrie der Bundesrepublik ... mit allen Mitteln zu stützen.“ Die Stahlkapitalisten können sich bei Judith bedanken.

Am 24.2. will die IG Metall auf einer Stahlkonferenz ihr weiteres Vorgehen beraten. Die Judithschen Äußerungen lassen Schlimmes befürchten. Aber: am 31. März laufen auch die Lohntarife der Stahlarbeiter aus. Vielleicht gelingt es den Stahlarbeitern, sich auf die Verteidigung ihres Lohnstandards zu einigen und die IG-Metall-Spitze für ihre Billigung der Pläne der Stahlkapitalisten zurückzupfeifen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 15.1. bis 4.2.83; FAZ, 1.2.83; Wirtschaftswoche, 28.1.83; Stahl und Eisen, Dezember 82 bis Januar 83; Aufbruch ins Revier, Aufbruch nach Europa, Hoesch 1871 – 1971, hrsg. von der Hoesch AG, Dortmund 1971

## IG Metall sucht nach Strategie gegen die Stahlmonopole

Noch im Februar führt die IG Metall eine bundesweite Stahlarbeiterkonferenz durch. Im Mittelpunkt wird die Stellung der IG Metall zu den Plänen der „Stahlmoderatoren“ stehen. Gegen ihre Auswirkungen führten mehrere Stahlbelegschaften in der letzten Woche Warnstreiks und außerordentliche Betriebsversammlungen durch. Von zahlreichen betrieblichen Körperschaften der IG Metall in der Stahlindustrie und von den IG Metall-Vertreterversammlungen Dortmund und Duisburg wird in Beschlüssen inzwischen die Forderung nach „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“ bei unterschiedlich formulierten Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Belegschaften aufgestellt.

Getragen werden diese Forderungen von dem Wunsch, dem Schalten und Walten der Stahlmonopole und ihrem rücksichtslosen Umgang mit der Existenz hunderttausender direkt und indirekt abhängiger Arbeiter und Angestellten Grenzen zu setzen. Seit teilweise über zwei Jahren sind Tausende von Stahlarbeitern zu Kurzarbeit mit monatlichen Lohnneinbußen zwischen 200 und 500 DM gezwungen, allein im Januar war es 98 000. Weitere Entlassungen und Stillegungen ganzer Standorte sind zu be-

fürchten. Wie aber soll die Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum dem entgegenwirken?

Tatsächlich können sich hinter Verstaatlichungsmaßnahmen auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise ganz unterschiedliche Interessen verbergen. Entsprechend der Bedeutung der Stahlindustrie als entscheidender Grundlage sowohl „friedlicher“ als auch militärischer Expansion haben die Vorgänger der westdeutsche Bourgeoisie selbst bei Bedarf nicht vor weitgehenden staatlichen Eingriffen in die Stahlindustrie zurückgeschreckt. Dies geschah im ersten Weltkrieg durch die Entwicklung von Formen von Zwangsbewirtschaftung und wurde seit 1936 durch die Vorbereitung der faschistischen Kriegswirtschaft mittels staatlicher „Vierjahrespläne“ planmäßig fortgesetzt. Göring, zum „Führer der Rüstungsindustrie“ ernannt, ließ 1937 auch gegen den Widerstand eines Teils der Stahlkapitalisten die staatlichen Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter aus dem Boden stampfen, ab 1938 wurde zunehmend die gesamte Auftrags- und Materialbeschaffung sowie die Versorgung der Montan- und Rüstungsindustrie mit Arbeitskräften staatlich zentralisiert. Dabei ging es darum, die Konkurrenz der Monopole

untereinander auszuschalten, um die geballte Wucht ihres Potentials umso besser – letztlich militärisch – gegen die ausländische Konkurrenz und gegen die „eigenen“ Arbeiter und Angestellten einzusetzen.

Die Arbeiterbewegung verfolgte mit der Forderung nach Sozialisierung der Montanindustrie nach der Niederlage und dem Zusammenbruch des faschistischen Staates genau entgegengesetzte Absichten. Erreicht werden sollte vor allem die Zerschlagung der alten Monopolstrukturen, die den faschistischen Raubkrieg befördert hatten und ihrerseits durch die Faschisten gestärkt worden waren. Neuerliche Expansionsgelüste sollten erst gar nicht wieder aufkommen können.

Diesen Absichten entspricht es, wenn die Entschließung der Dortmunder IG Metall-Vertreterversammlung die Rückführung der westdeutschen Stahlproduktion auf die „Grundversorgung der BRD“ fordert. Was soll man aber davon halten, wenn in anderen Beschlüssen davon die Rede ist, eine Verstaatlichung soll in Form einer „nationalen Stahl AG“, also eines einzigen Monopols geschehen und wenn gleichzeitig staatliche Subventionen gefordert werden? Die Gefahr, daß sich die IG Metall in die Expansionspläne der Stahlkapitalisten verwickelt, wobei die Interessen der Stahlarbeiter auf der Strecke bleiben, ist wirklich groß.

## Neue Bundesbürgschaften für den Handelskrieg

„Erhebliche Belastungen für den Bundeshaushalt“ aus der Waren- und Kapitalexportversicherung für die Kapitalisten hat Finanzminister Stoltenberg am 6.2. angekündigt. Der Mann hat Humor. Bereits im Januar hatte Stoltenberg mitgeteilt, 1983 müsse die Bundesregierung 1 Mrd. DM an die Hermes-Versicherungs AG zahlen. Diese ist, obwohl im Besitz von privaten Versicherungskapitalisten, von der Bundesregierung mit der Vergabe und Verwaltung der Bundesbürgschaften beauftragt und damit die zentrale Versicherungskasse der Kapitalisten für den Handelskrieg und für ihre Kapitalexporte. Im Finanzbericht 1983 der Bundesregierung heißt es über die Bürgschaften der Hermes AG: „Der Bund deckt auf Antrag nahezu alle mit Ausfuhrgeschäften verbundenen ... Ri-

siken, nämlich das politische Risiko (Ausfall der Ausfuhrforderung infolge Krieg, Revolution, Transferschwierigkeiten usw.), das wirtschaftliche Risiko (Ausfall der Ausfuhrforderung infolge Zahlungsunfähigkeit des Schuldners) ... der Bund sichert ferner Kredite ab, die ... im ... staatlichen Interesse liegen. Hierbei handelt es sich vor allem um Kredite zur Sicherung unserer Rohstoffversorgung.“ Auch ihre Kapitalexporte können die Kapitalisten bei der Hermes AG gegen Enteignungen verschaffen. Alle diese Bürgschaften zusammen erreichen inzwischen die stattliche Summe von 170 Mrd. DM. Dieses staatliche Versicherungsgeschäft wirft nun zunehmend Verluste ab. Der Grund: immer mehr Bürgschaften müssen ausgezahlt werden, weil ausländische Kapitalisten oder

Regierungen, insbesondere die völlig überschuldeten Staaten der Dritten Welt, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Die Kapitalisten hat das nicht gehindert, ihre Warenexporte im Vorjahr auf stolze 427,8 Mrd. DM zu steigern und mit 51,2 Mrd. DM den höchsten Ausfuhrüberschuss ihrer Geschichte zu erzielen. Am 2.2. beschloß nun das Bundeskabinett, gerade wegen der Exportrisiken die Bürgschaftsvergabe weiter zu lockern; wenn nur die Waren- und Kapitalausfuhr „im gesamtwirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Interesse“ erfolge. Das zu beweisen, wird den Kapitalisten nicht schwerfallen. Welche Regierung würde sich wohl erdreisen, zu behaupten, die Erdrosselung von Konkurrenten, die Eroberung neuer Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete liege nicht „im gesamtwirtschaftlichen Interesse“ des BRD-Imperialismus?

## „Der Spiegel“: Richtigstellung

Vorvoriges Jahr, im Dezember 1981, veröffentlichte „Der Spiegel“ 51/81 einen Bericht über die Zusammenarbeit von Kommunisten, namentlich der KPD und des BWK, mit den Faschisten von der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD). Der BWK hatte das zweifelhafte Glück, seine angebliche Zusammenarbeit mit der VSBD bis in die Einzelheiten geschildert zu finden, was beim „Spiegel“-Leser den Eindruck höchst sorgfältiger Untersuchung hervorgerufen haben muß und der Öffentlichkeit, soweit unsere Organisation ihr bekannt ist, jedoch die Möglichkeit bot, dem Wahrheitsgehalt nachzugehen. Die Pressereaktionen auf die „Spiegel“-Veröffentlichung war dementsprechend. Bürgerliche Zeitungen, genannt sei die „Neue Osnabrücker Zeitung“ und später „Die Zeit“, gingen der Angelegenheit nach und fanden nichts Wahres. Linke Zeitungen, die die politische Situation kennen, genannt sei der „Arbeiterkampf“ und das Osnabrücker Stadtblatt bestritten die Richtigkeit der „Spiegel“-Berichterstattung. Leserbriefe, von denen man uns Duplikate zugänglich machte, wurden an den „Spiegel“ geschrieben. Der „Spiegel“ veröffentlichte nichts davon. Dies zwang uns, eine Strafanzeige gegen den „Spiegel“ zu stellen. Wir taten das zum spätesten möglichen Zeitpunkt und nicht gern, da wir formal in die Lage kamen, ein Urteil anstreben zu müssen, das auf eine Beeinträchtigung der Pressefreiheiten hätte hinauslaufen müssen. Als sich nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft deswegen die Möglichkeit bot, den „Spiegel“ zu einer Richtigstellung zu veranlassen, erklärten wir dem „Spiegel“ gegenüber: wir seien bereit, die Sache als einen Irrtum durchgehen zu lassen und unsere Strafanzeige wegen Verleumdung zurückzuziehen, wenn der „Spiegel“ seinerseits die Sache als Irrtum zugebe und die Unrichtigkeit seiner Berichterstattung erkläre. Als der „Spiegel“ das in seiner Ausgabe 3/83 tat, zogen wir den Straftrag bei der Staatsanwaltschaft Hamburg zurück und hoffen, damit im Interesse auch derjenigen gehandelt zu haben, die uns angesichts der Verleumdung unterstützt, eine Einengung des Presserechtes aber nicht wollen.

## Türkei: Weitere „Demokratisierung“

Man erinnert sich: Anfang Dezember stellte die Bundesregierung nach Vorlage eines Berichts durch Genscher fest, die türkische Militärjunta befände sich auf dem besten Wege zur Demokratie und das müsse doch gefördert werden. 450 Millionen DM gab die Bundesregierung sofort als „Türkei-Hilfe“ frei, Anfang des Jahres folgten weitere 130 Mio. DM an Waffensonderhilfe. Anfang Februar trat nun der türkische Außenminister Türkmen zum Rapport in Bonn an. Von einem Ministerium zum nächsten nahm er die Wünsche der westdeutschen Imperialisten in Richtung weiterer „Demokratisierung“ und „Sanierung“ der Türkei entgegen. Zeitgleich zu diesem Besuch veröffentlichte die türkische Regierung den Entwurf eines Gewerkschaftsgesetzes, das diesen Wünschen in allen Punkten entspricht. Damit soll nicht nur das Streikrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beseitigt werden, sondern auch für alle Arbeiter in den zahlreichen staatlichen Industriebetrieben, der Energieversorgung, im Transportwesen und im Touristikgewerbe während der Saison. Darüberhinaus hat die Regierung jederzeit die Möglichkeit, bei einer „ernsthaften wirtschaftli-

chen Krise“ alle gewerkschaftlichen Aktivitäten einfach zu verbieten, die Löhne per Dekret festzusetzen und jeden zwischen 18 und 60 Jahren zu Zwangsarbeit zu verpflichten. Und um die Farce vollständig zu machen, muß jeder, der einer „Gewerkschaft“ beitritt, nicht nur bei den staatlichen Behörden, sondern auch noch beim Kapitalisten namentlich gemeldet werden. Die Bundesregierung nahm's mit schweigender Genugtuung zur Kenntnis und gibt weitere Hilfen bei der „Wiedereinsetzung der Demokratie“: Die westdeutsche Polizei sucht per Haftbefehl 21 Türken, die wegen „anarchistischer Straftaten“ vor ein türkisches Militärgericht gestellt werden sollen. Am Mittwoch meldete der Rundfunk, die Bundesregierung habe die revolutionäre türkische Organisation Dev Sol verboten.

## Volksfront: Antifaschistischer Kongress

Bürgerliche Politiker und Presse haben den 50. Jahrestag des 30. Januar 1933 benutzt, um die Rolle des deutschen Finanzkapitals bei der Errichtung des Nazi-Regimes reinzuwaschen oder gar nicht zu erwähnen. Das Interesse an faschistischer Herrschaft wurde nicht nur, wie in Schulbüchern

üblich der Arbeiterbewegung unterschoben, sondern, gestützt auf die Präambel des Grundgesetzes sogar revanchistische Drohungen offen propagiert wie von Kohl und Zimmermann. Als Beitrag gegen derartige Versuche einer reaktionären Sammlungsbewegung führt die *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg* am 26./27. Februar in Krefeld einen Kongreß durch, der der Aufklärung über die Kriegsziele des deutschen Imperialismus, den Ursachen und Methoden faschistischer Machtergreifung dienen soll. Ziel der Eröffnungsveranstaltungen am Samstag sowie der Arbeitsseminare Samstag und Sonntag jeweils von 10 bis 15 Uhr ist es, die Verständigung und Vereinheitlichung für Forderungen und politische Betätigung zu fördern, die der Reaktion Schranken setzen in der Propaganda großdeutscher Pläne, ausländerfeindlicher Theorien und Maßnahmen sowie bei ihrer Mobilisierung gegen die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen. Neben den Eröffnungsreferaten und Arbeitsseminaren können Kulturveranstaltungen besucht und Informationen über die Tätigkeit antifaschistischer Organisationen ausgetauscht werden. Nähere Informationen über die Geschäftsstelle der Volksfront, 5100 Aachen, Marienstr. 31.

## Die Kapitalisten sind vorsichtig, eine Chance ist noch gegeben

Die vorgeschobenen Tarifbeobachter der Kapitalisten senden Warnrufe ans Hauptquartier. Hans Mundorf, Pressehauptorakel in Tarifsachen im Handelsblatt:

„... wäre zu wünschen, daß die dritte Runde nicht nur eine Kontakt-, sondern auch eine Verhandlungsrunde würde, daß also die Arbeitgeber aus ihrem Bau herauskommen. Die IG Metall sollte es ihnen insofern erleichtern, als sie vorher auch einen kräftigen Schritt hin zur Mitte macht. In der Tarifpolitik 1983 wird es eh keinen volkswirtschaftlich richtigen Abschluß ge-

organisierten Mitgliedern nicht geschätzt wird. Viele sagen: wozu zahle ich Gewerkschaftsbeiträge, wenn ich die Arbeitskampfkosten doch persönlich tragen muß. Viele sagen: wieso soll ich ein persönliches Risiko eingehen, wenn ich schon in einer Gewerkschaft bin. Durch ein schier unverfrorenes Einfordern von Aktionen, Typ neue Beweglichkeit, schaffen sich die höheren Funktionäre die Möglichkeit, auftretende Bedenken als Ausdruck mangelnder Kampfbereitschaft zu interpretieren. Sie diagnostizieren mangelnde Kampfbereitschaft in einer Situation,

in der Kampfform ist hier mit Beweglichkeit in der Forderung verbunden. In Bayern sollen Warnstreiks stattfinden. Man wird dort also in die Lage kommen, auf eigene Kosten für ein unbestimmtes Ziel anzutreten. Unklar bleibt, wie die IG Metall ein Scheitern der Verhandlungen erklären will, wenn sie keine Forderung hat, unklar, was gegebenenfalls auf dem Urabstimmungszettel stehen soll. Bist Du bereit für (ja nun, was eigentlich) zu streiken?

Wieso warnen dann die publizistischen Beobachter der Kapitalisten diese so eindringlich davor, die Lage auszunutzen? Weswegen erwärmt sich Mundorf im Handelsblatt für ein Angebot, das über den 2,2% zu liegen hätte?

Weil die Möglichkeit besteht, daß die Belegschaften die verfahrene Situation in ihrem Interesse gestalten, wenn man übertreibt. Sie könnten ihre Forderung beziffern, könnten erklären, welchen Abschluß sie nicht hinnehmen, könnten also eine Marke nicht nur in die öffentliche Diskussion setzen, sondern sie auch erreichen. Für die Kapitalisten nicht mehr als ein Risiko, für die Arbeiter nicht mehr als eine Chance, aber eben ein reelles Risiko und eine reelle Chance.

Quellenhinweis: Handelsblatt; BWK, Nachrichtenhefte



Demonstration gegen die Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten 1981

ben, der vermutlich ein Minuszeichen haben müßte. Es gibt aber politische Zwänge für die falsche Zahl. Die Tarifwelt ist mehr als Wille und Kalkül.“

Die IG Metall unterrichtet ihre Funktionäre, ein Teil der Kapitalisten wolle die 2%-Mauer halten und befestigen, die anderen hingegen tendierten zu einem Abschluß bei 3,5% um des Friedens willen.

Inzwischen verdichten sich die Gerüchte, daß die IG Metall den Schwerpunkt der Lohnbewegung nach Bayern setzen wolle, allerdings ist auch der Tarifbezirk Niedersachsen im Gespräch. Beiden Tarifbezirken eigentlich ist, daß sie ohne bezifferte Forderung verhandeln, sondern ihre Tarifkommissionen lediglich über das Verhandlungsziel eines Inflationsausgleiches beschließen ließen.

Aus den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen hört man von Diskussion über die „neue Beweglichkeit“. Die höhere Gewerkschaftsführung schwört auf dieses Mittel, gerade weil diese neue Beweglichkeit von den

in der die IG Metall in jedem Tarifbezirk eine Urabstimmung hoch gewinnen würde und sich um die Streikdisziplin nicht zu sorgen hätte.

In dieser Zeitschrift haben wir die Begeisterung für die „neue Beweglichkeit“ schon bei deren Erfahrung nicht geteilt. Inzwischen sehen wir einen Zusammenhang zwischen der schlechten Mitgliederentwicklung der IG Metall und dieser Art der Kampfführung. Ganz gewiß würde eine konventionelle Urabstimmung und ein konventioneller, d.h. bezahlter Streik die besten Folgen für den Abschluß und für die Gewerkschaftsorganisation haben. Die listige Behauptung, unbefristete Streiks schonten die Gewerkschaftskasse, ist unserer Meinung nach widerlegt. Die Schwächung, die durch Mitgliederluste in Richtung hunderttausend auftritt, sollte selbst Narren nachdenklich machen.

Die Verdopplung der neuen Beweglichkeit, die jetzt z.B. in Bayern versucht wird, muß auch nicht zu einem guten Ergebnis führen. Beweglichkeit

## Kündigungsrecht BVG-Urteil zum Kündigungsschutz

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer jetzt veröffentlichten Grundsatzentscheidung am 16.11.1982 festgestellt: „Es ist mit Artikel drei Absatz 1 GG unvereinbar, bei der Berechnung der für die verlängerten Kündigungsfristen maßgeblichen Beschäftigungsduauer eines Arbeiters Zeiten nicht zu berücksichtigen, die vor Vollendung des 35. Lebensjahres liegen (§ 622 Abs. 2 Satz 2 BGB), während bei einem Angestellten bereits Zeiten nach Vollenlung des 25. Lebensjahres mitberechnet werden.“

Der Unterschied in den Kündigungsfristen bleibt aber unberührt. Ein Arbeiter, der 20 Jahre in einem Betrieb arbeitete, hat eine Kündigungsfrist von drei Monaten aufs Quartalsende, während ein Angestellter nach zwölf Jahren Beschäftigungsduauer in einem Betrieb bereits sechs Monate Kündigungsfrist hat. Ein Arbeiter kann diese nach dem Gesetz maximale Kündigungsfrist in einem Alter von 55 Jahren erreichen, ein Angestellter mit 37 Jahren. Nach der bisherigen Regelung haben z.B. im Maschinenbau mit insgesamt 571 248 sozialversicherungspflichtigen männlichen Erwerbstäti-

gen, überschlagsmäßig berechnet, weniger als 5000 Arbeiter eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Diese insbesondere als Schutz für ältere erwerbstätige Arbeiter propagierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ändert am Kündigungsschutz für Arbeiter nichts wesentliches.

Die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Arbeitern und Angestellten war noch nie so groß wie gegenwärtig. Und im internationalen Vergleich ist die BRD im Beschäftigtenabbau von älteren Werktägern der Spitzenreiter (siehe hierzu auch Arbeitsmarkt I und II in Politischen Berichten Nr. 2 und 3/83, S. 38). Ein Erwerbstätiger, mit 50 Jahren auf den Arbeitsmarkt geworfen, hat kaum noch Chancen, je wieder eine Anstellung zu finden, und wenn, dann nur mit „beruflichem Abstieg“ verbunden. Im Amtsdeutsch der Bundesanstalt für Arbeit: „Etwa vom

50. Lebensjahr ab, sinkt der Grad der Vermittelbarkeit von Arbeitslosen deutlich ab.“ Dies gilt für Arbeiter *und* Angestellte.

Andererseits ist jedoch die Nivellierung in der Anrechnung der Beschäftigungsdauer bei der Berechnung der Kündigungsfrist in der Tatsache begründet, daß eine Nivellierung der Arbeitsbedingungen der Angestellten an die der Arbeiter stattfindet. Diese Entwicklung wird durch die Anwendung der EDV beschleunigt. Sie reicht vom Ingenieur bis zur Schreibkraft im Büro. Daß dieser Ausgleich stattfindet, darauf stützt sich auch das BVG in seiner Begründung. Jetzt muß die Bundesregierung das Kündigungsrecht ändern. Leicht möglich, daß sie das Kündigungsrecht für Angestellte zu verschlechtern sucht.

Quellenhinweis: Beschuß des 1. Senats des BVG vom 16.11.82; Handelsblatt Nr. 14 und 15/83; Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung 2/82.



Hannover: 2500 demonstrierten. Die IG Druck-Jugendgruppe nahm teil



München: „Weg mit der Ausländerhetze!“ 10000 Demonstrationsteilnehmer

**30. Januar 1933**

## Reaktion hält an den alten Zielen fest – Demonstrationen gegen Faschismus

Den 50.Jahrestag des Beginns der Nazi-Diktatur nahm die westdeutsche Reaktion zum Anlaß, erneut ihre Propaganda der imperialistischen Expansion zu begründen. Der Westberliner Bürgermeister Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl hielten am 30. Januar im Westberliner Reichstagsgebäude Reden, worin sie klar machten, weswegen sie gegen die Nazi-Herrschaft sind: „Die Folge der Nazi-Herrschaft war die Teilung Deutschlands und Europas.“ Also besteht ihre „antifaschistische“ Konsequenz darin zu verlangen, diese Folgen des Naziregimes müßten beseitigt werden. Das sei der Auftrag der Geschichte besonders an die junge Generation. Die Reaktionäre fordern, diese Lehre dürfe nicht begrenzt werden auf das Gebiet der Bundesrepublik: „An uns ist es, die Freiheit, die wir haben, zu nutzen, um an ihre Zukunft (der Menschen in Ostberlin und in der DDR) nicht weniger als an die eigene zu denken.“ Mit ihrem Ruf nach Osten stehen die westdeutschen Imperialisten in direkter Nachfolge der Ziele des reichsdeutschen Finanzkapitals und des Naziregimes. Nur: zwischen ihren Plänen und deren Verwirklichung steht die vernichtende Niederlage der deutschen Imperialisten im 2. Weltkrieg.

Kanzler Kohl stellt denn auch betrübt fest: „... die Freiheit der Nation stimmt mit ihrer Einheit nicht zusammen. Im Willen der Deutschen bleibt sie erhalten. Sie in der Wirklichkeit wieder möglich zu machen, wird geschichtliche Zeiträume und einen langen Atem brauchen.“ Weizsäcker unterstützt dies und ermutigt den „lan-

gen Atem“: „Die letzte Antwort auf die politische Struktur Zentraleuropas und das Schicksal seiner Menschen hat die Geschichte damit (mit der Teilung) noch nicht gegeben.“ Die imperialistischen großdeutschen Ziele als Ziele der Geschichte und damit als unabänderliches Walten des Schicksals zu verkaufen, das haben die Nazis von Beginn an propagiert. Insbesondere die Völker der Sowjetunion haben dieser deutschen Geschichtsmacht aufs Haupt geschlagen.

Nachdem diese politischen Rahmenbedingungen festgelegt worden waren, konnte Prof. Bracher schroff und ohne staatsmännische Rücksichtnahmen in seiner Rede im Reichstagsgebäude als Vorwurf gegen die Nazi-Diktatur herausstellen, daß die deutschen Imperialisten die Sowjetunion nicht vernichten konnten, sondern ihre Weltmachtpläne durch den antifaschistischen Befreiungskampf zerschlagen worden sind: „Der Nationalsozialismus ... hat jene Grenzen nach Osten gewaltig aufgerissen, über die dann die sowjetische Macht vordringen konnte. Er hat ihr nicht nur Mitteldeutschland, sondern ganz Osteuropa ausgeliefert.

... Er war nicht, wie immer behauptet, ein Bollwerk gegen den Kommunismus, sondern selbst der „größte Schrittmacher des Bolschewismus in Europa“.

Ein „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ haben die westdeutschen Imperialisten nach 1945 auf dem Boden der drei Westzonen wieder aufgebaut. Die Ziele bekräftigte Minister Zimmermann am 29.1.83 vor den Vertriebenenverbänden: Großdeutschland exi-

stiere in den alten Grenzen. Diese Einheit müsse wiederhergestellt werden. Die DDR, Gebiete Polens und der Sowjetunion müßten wieder deutsch werden. Die westdeutschen Imperialisten haben ja auch niemals die Grenzen dieser Staaten anerkannt.

Für diese Ziele versucht die Reaktion die Mobilmachung. Als Mittel dafür bestimmte Kohl: „... Mut zur Freiheit ... Augenmaß für das Mögliche, mit Kraft zu Leistung und Opfer, das ist die Entscheidungsfrage für die gegenwärtige vor allem die jüngere Generation. Vor den Revisionen der Geschichte sind alle Zeiten, alle Generationen gleich.“

Gegen diese Anstrengungen, den Jahrestag zur erneuten Mobilmachung zu nutzen, und gegen die offene Propaganda der gleichen Ziele wie die der Nazis waren die Kundgebungen und Demonstrationen, die die VVN, Gewerkschafter und zahlreiche Organisationen am 29.1.83 durchführten, von großer Bedeutung. Die Demonstrationen hielten die Erinnerung an die Greueln der Nazi-Herrschaft wach, griffen die Diktatur als Terrorherr



Die BRD-Justiz übernahm die Nazi-Blutrichter. Demonstration in Hamburg, 25000 Teilnehmer



In Mössingen hatten am 1.2. 1933 alle Arbeiter gestreikt. Ca. 15000 demonstrierten

schaft des Finanzkapitals und blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung an und richteten sich gegen die erneute imperialistische Expansion des westdeutschen Kapitals.

Obwohl der DGB-Bundesvorstand sich geweigert hatte, zu diesen Demonstrationen aufzurufen, nahmen über 80000 allein in den Orten Hamburg, Frankfurt, Köln, Mössingen, München und Hannover teil. Gegen die Propaganda der Reaktion beteiligten sich sehr viel mehr Kräfte, die in anderen Städten Kundgebungen, Ausstellungen und Veranstaltungen durchführten. In Mössingen (bei Tübingen) sprach der DGB-Vorsitzende von Baden-Württemberg Pommerenke auf der Kundgebung. Er forderte die Kürzung des Rüstungshaushaltes und wandte sich gegen Disziplinierungsverfahren von Lehrern, die sich in Anzeigen in der Lokalpresse für Friedenserziehung an der Schule und gegen die Richtlinienentwürfe der CDU-Kultusminister erklärt hatten. Er verlangte das Verbot und die Auflösung der SS-Verbände und aller anderen Nazi-Gruppen.

Quellenhinweis: Reden von Weizsäcker, Kohl und Bracher am 30.1.83, hrsg. Presseamt des Landes Berlin

## Zivildienst Aktionen der Zivildienstpflchtigen

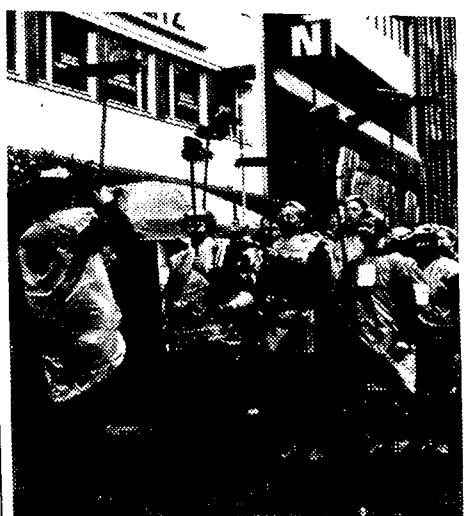
Etwa 12000 Zivildienstpflchtige beteiligten sich am 27. Januar an Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, zu denen die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“ (SO) aufgerufen hatte. Demonstrationen fanden in Hamburg, Bremen, Hannover, Detmold, Bebra, Bonn, Gelsenkirchen, Köln, Mannheim und Heidelberg statt. Ein Sprecher der SO erklärte, daß in etwa 250 Aktionen stattgefunden haben, vor allem auch in kleineren Orten. Fast die Hälfte der 32000 Zivildienstpflchtigen haben sich somit beteiligt. Bei den Aktionen wurde der Einsatz der Zivildienstpflchtigen als Arbeitsdienst hervorgehoben. Die bürgerliche Presse mußte vermelden, daß bei den Diskussionen auf der Straße die Zivildienstpflchtigen viel Unterstützung fanden. In Bremen wurde auch eine Wehrpaßverbrennung durchgeführt.

Mutige Aktionen angesichts der Drohung Familienministers Geißlers, nicht nur Disziplinarmaßnahmen bis zur vierfachen Höhe des Monatssolds, etwa 1000 DM, zu erlassen, sondern auch strafrechtlich – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren – vorzunehmen. In der Presseerklärung der SO greift diese vor allem den Ausbau des Zivildienstes zum Arbeitsdienst und den damit verbundenen militärischen Einsatz heftig an und schlußfolgert: „Diese flexiblere Regelung bringt in jedem Fall ‚mehr Dienst für's Vaterland'!“

Das neue Gesetz sieht die Verlängerung des Zivildienstes von 16 auf 20 Monate vor. Über die Verlängerung des Zivildienstes bestand Einigung zwischen den Parteien im Bundestag. Die SPD hatte sogar einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Der Bundesrat billigte jetzt mit den Unionsstimmen den Gesetzentwurf der Regierungskoalition. Bremens Bürgermeister Koschnik kündigte an, daß das Land Bremen das Bundesverfassungsgericht anrufen werde, weil mit der Verlängerung des Zivildienstes die wirkliche Gewissensprüfung nicht abgeschafft sei. Nach dem neuen Gesetz muß eine Wehrdienstverweigerung schriftlich begründet werden. Das Bundesamt für Zivildienst hat dann immer noch das Recht, Anträge abzulehnen und in allen „Zweifelsfällen“ mündlich zu verhandeln.

Differenzen zwischen SPD und der Regierungskoalition von CDU/CSU/FDP bestehen nur über das Ausmaß der Verschärfung des Zivildienstes. Das SPD-Wahlversprechen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, klingt überhaupt nicht zukunftsversprechend. Durch das 1978 verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde die „Abschaffung der Gewissensprüfung“ für verfassungswidrig erklärt und die Ausgestaltung des Ersatzdienstes beschlossen.

Quellenhinweis: FAZ, 5.2.83; Materialien der SO, Köln



Aktion der Zivildienstleistenden in Köln

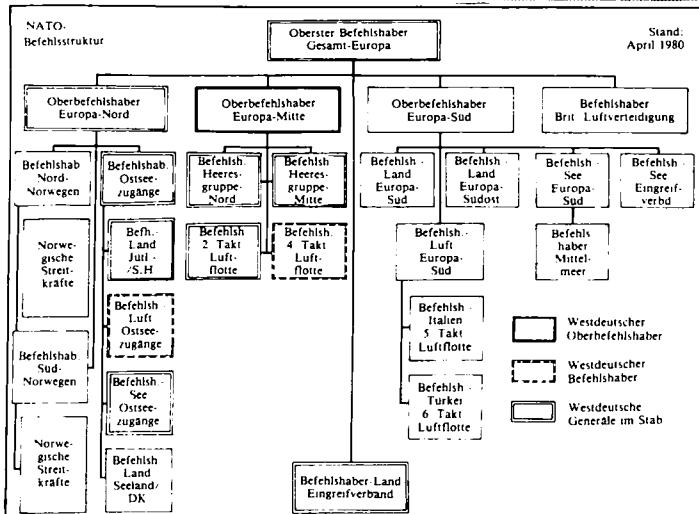
## Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses! BRD raus aus der NATO!



„... daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören“ – diese Übereinkunft der siegreichen Anti-Hitler-Koalition hielt nicht lange. Zehn Jahre nach der Niederlage des Faschismus – Bild links – hat die Adenauer-Regierung mit Hilfe v.a. der USA die Wiederaufrüstung durchgesetzt. Bild rechts: Adenauer bei der Begrüßung der ersten Bundeswehrreinheiten.



„Als schwerster Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik ... ist die sogenannte Volksbefragungsaktion (gegen Remilitarisierung) in Westdeutschland anzusehen“, mit der Begründung betrieb die Bundesregierung ab 1952 das Verbot der KPD. Erst mit dem Verbot konnte sie den Widerstand gegen die Wiederaufrüstung niederschlagen. Bild links: Demonstration gegen die Wiederaufrüstung; rechts: Demonstration gegen das KPD-Verbot.



35 Jahre nach Kriegsende ist die BRD längst zur stärksten Militärmacht der NATO in Europa und zur drittstärksten Militärmacht der Welt geworden. Zielstrebig wurde die Panzerwaffe zur Vorneverteidigung ausgebaut, westdeutsche Kriegsschiffe machen die westdeutschen Interessen in aller Welt wieder geltend. Die Generalität brüstet sich: „Wer hätte damals auch nur an die Möglichkeit gedacht, ein deutscher General könnte einmal Befehlshaber über Soldaten aus sieben westlichen Ländern sein!“



Die Reaktion will die Mittelstreckenraketen (Bild links), denn sie stärken die Erfolgssichten eines möglichen Eroberungskrieges gen Osten. Rechts: Demonstration gegen die „Nachrustung“ am 10.10.81 in Bonn.

Er werde aus den Wahlen am 6. März auch ein Votum über die NATO-Nachrüstung machen. Dieses vollmundige Versprechen gab Kanzler Kohl gegenüber seinen amerikanischen Freunden ab. Ein Raketenwahlkampf allerdings würde Kohl, Strauß, Genscher und ihren großkapitalistischen Hintermännern wohl kaum den ersehnten Erfolg am 6. März bringen. Sind doch nach letzten Umfragen nur 24 Prozent der Bundesbürger davon überzeugt, daß die von der NATO beschlossene Aufstellung neuer US-Atomraketen den Frieden sicherer machen würde. 49 Prozent dagegen sehen durch die sogenannte Nachrüstung vielmehr die Kriegsgefahr wachsen – und das durchaus mit Recht.

Denn die Aufstellung der neuen Atomwaffen mittlerer Reichweite vom Typ Pershing II und vom Typ Cruise missiles dient weder der Herstellung irgendeines Gleichgewichtes bei den atomaren Vernichtungswaffen in Europa noch der „Abschreckung“ eines möglichen sowjetischen Angriffs.

Über den wahren Zweck dieser Waffensysteme gibt offenherzig ein amerikanisches Regierungsdokument Auskunft, in dem die „Leitlinien der Verteidigung für die Haushaltss Jahre 1984 bis 1988“ festgeschrieben sind. Die Zeitung „New York Times“ berichtete im Mai letzten Jahres über den Inhalt dieses Dokuments: „Es weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konflikt niveau – von Aufständen bis hin zum Atomkrieg – zu besiegen.“

Die eigentliche Verantwortung für den Weltkrieg liegt doch bei den Alliierten.

Und weiter heißt es dort: „Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre eine sogenannte Enthauptung, d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen Verbindungslien der Sowjetunion.“

Das also ist die wahre – und von den NATO-Partnern abgesegnete – Kalkulation der amerikanischen Kriegspläne mit den neuen Atomraketen: Es sollen die Voraussetzungen für einen gewinnbaren Atomkrieg gegen die sowjetische Supermacht geschaffen werden. Und in dieser Kalkulation haben die Genfer Verhandlungen über Mittelstrecken-Raketen ihren Platz als Täuschungsmanöver, inszeniert zu dem Zweck, den Widerstand gegen die Atomkriegspläne einzulullen. Auch hier reden die amerikanischen Imperialisten für den eigenen Hausgebrauch eine deutliche Sprache, die alle Beteuerungen von Kohl und Vogel über den „ernsthaften Verhandlungs willen der Amerikaner“ als bewußte Lügen enttarnt. So sagte etwa Staatssekretär Burt vom US-Außenministerium am 15. September '82 vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats: „Hätten wir nicht die Verhandlungen mit den Russen aufgenommen, wäre es unmöglich gewesen, die Verbündeten zur Stationierung von Raketen auf ihrem Territorium zu bewegen. Die Antiatomwaffenbewegung in Westeuropa wächst weiter an, und sie könnte den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite in Gefahr bringen. Deshalb war

Sie haben vergessen, es zu tun.



Und überhaupt. Wir haben zwei Kriege verloren –



...und jetzt soll'n wir auch noch auf die Raketen verzichten?!



Auszüge aus dem Wahlinfo III, herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD und Zentralen Komitee des BWK

es notwendig, bei den Verbündeten den Eindruck zu erwecken, daß wir ernsthaft Fortschritte bei der Begrenzung der nuklearen Rüstungen anstreben.“

Kein Anlaß also, irgendwelche Hoffnungen in die Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten zu setzen. Ob Ende dieses Jahres die neuen Atomraketen stationiert werden oder nicht – darüber entscheidet letzten Endes die Stärke des Widerstandes, den die Werktätigen in der Bundesrepublik und in den übrigen NATO-Ländern den Raketenplänen entgegensem.

Die sogenannte Nachrüstung muß zu Fall gebracht werden. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wollte man sich im Kampf gegen die Kriegsgefahr ausschließlich auf die neuen Mittelstreckenraketen fixieren. Denn ihre geplante Aufstellung bildet ja nur einen – allerdings bedeutsamen – Bestandteil in der Gesamtheit der aggressiven NATO-Pläne.

Die Kriegsminister des Militärpaktes haben jüngst die vom NATO-Oberbefehlshaber Rogers vorgelegten Pläne genehmigt, nunmehr auch die konventionellen Rüstungen darauf auszurichten, daß sie Verbände und Einrichtungen des Warschauer Paktes in der „zweiten Staffel“, das heißt weit in dessen Hinterland, treffen und vernichten können. Kohls Minister Wörner hat sich zum eifrigsten Schriftsteller dieser Pläne gemacht und schon die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel angekündigt.

Wörner ist schließlich auch einer der lautstärksten Befürworter einer Ausweitung des Operationsbereichs der NATO über Westeuropa und den Nordatlantik hinaus, wie sie im vorletzten Dezember zum ersten Mal in einem offiziellen Kommuniqué der NATO angekündigt wurde. Die amerikanische „Schnelle Eingreiftruppe“, deren Ausbau die Reagan-Leute gegenwärtig fieberhaft betreiben, soll hier die Speerspitze bilden für militärische Aktionen überall dort, wo die „vitalen Interessen des Westens“ es erfordern.

Gemeint sind damit die weltweiten Raubinteressen der westlichen Imperialisten, die mittels der NATO gewaltsam durchgesetzt werden sollen.

Jeder ernsthafte Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr muß zum Ziel haben, ein Auscheiden der BRD aus dem aggressiven NATO-Pakt durchzusetzen.

## Weltweite Interessen des BRD-Kapitals ...

Gerade die CDU/CSU ist ganz versessen darauf, das Operationsgebiet der NATO auszuweiten. Mit gutem Grund: Das westdeutsche Kapital hat längst wieder weltweite Interessen zu verteidigen.

### Als große Ausbeuter:

Über 1,7 Millionen Arbeiter außerhalb der BRD mußten Ende 1980 für den Reichtum westdeutscher Konzerne schaffen, eine halbe Million mehr als nur vier Jahre zuvor. Bei Siemens z.B. arbeiten 1980 fast 110000, das sind über 30 Prozent aller Beschäftigten, in den Werken im Ausland, ein Großteil von ihnen in Südamerika, Südafrika und anderen Niedriglohnländern, wo das Lohnniveau oft nur 10 und nie mehr als 30 Prozent des Lohnniveaus in der BRD beträgt. – Und wenn all die fremden Arbeiterheere für den Profit der deutschen Wirtschaft nicht mehr arbeiten wollen?

### Als große Zinseintreiber:

Von dem Schuldenberg, den die Imperialisten inzwischen auf die lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Länder türmen konnten, halten die westdeutschen Großbanken nach den US-Banken

den Löwenanteil. Auf 115,1 Mrd. Mark belaufen sich ihre Forderungen gegenüber den Ländern der Dritten Welt Ende 1980, das sind fast 17 Prozent von deren Verschuldung bei den Imperialisten. 1982 mußten die Länder der Dritten Welt einen Schuldendienst, d.h. Tilgung und Zinsen, von 131,3 Mrd. Dollar zahlen, entsprechend viel an die westdeutschen Banken. – Und wenn sich all diese Länder nicht länger aussaugen lassen wollen?

### Als große Rohstoffplünderer:

Die BRD ist heute der größte Importeur von Kupfer, der zweitgrößte von Nickel, Zink, Eisenerz, Kakao, Kaffee usw., der drittgrößte von Zinn. Sie ist neben Japan der größte Rohstoffimporteur überhaupt. Aber was hat es damit auf sich? Die offiziellen Statistiken weisen für die BRD bei den neun wichtigsten mineralischen Rohstoffen (ohne Erdöl) eine „Importabhängigkeit“ von 94,2 Prozent aus, bei Eisenerz z.B. 95 Prozent. Doch seit 1960 wurden 56 der 60 Eisenerzgruben in der BRD geschlossen, nicht weil sie erschöpft waren, sondern weil die Stahlmonopole das Eisen-

erz in Liberia, Brasilien usw. viel billiger bekommen. Ähnliches gilt für Aluminium oder auch für Energierohstoffe. – Und wenn all die „rohstoffproduzierenden“ Länder ihre Reichtümer nicht mehr verschleudern, sondern für den Aufbau der eigenen Wirtschaft nutzen wollen?

### Als große Warenexporteure:

1982 hat die BRD einen in der Geschichte des deutschen Imperialismus einzigartigen Rekord erreicht: Sie hat für knapp 50 Milliarden Mark mehr Waren exportiert als importiert. Kein anderes Land reicht auch nur annähernd an dieses Ergebnis heran. – Und wenn nun die imperialistischen Konkurrenten ihre Märkte abschotten oder die unterdrückten Länder nicht mehr mit ansehen wollen, wie alle Versuche eines unabhängigen Wirtschaftsaufbaus durch die Exportaggression zunichte gemacht werden?

„Wir sind in ein Jahrzehnt eingetreten,“ schreibt Kohl, „in dem das Element der Macht eine eher zunehmende Rolle spielen wird. Dem müssen wir Rechnung tragen“ – zuallererst mit dem Rüstungshaushalt!

## Milliardenprofite für Rüstungskonzerne ...

Einen „echten Sparhaushalt“ hatte die neue Bundesregierung versprochen, als sie nach Genschers Wendemanöver in Bonn die Geschäfte fürs Kapital übernahm. Während die Kapitalisten mit neuen Steuererleichterungen und Subventionsgeschenken beglückt wurden, fielen 5,65 Mrd. Mark im sozialen Bereich dem Rotstift zum Opfer. Ein Posten im Bundeshaushalt jedoch war von vornherein tabu: der Rüstungsetat.

Hier hatte schon der Haushaltsentwurf der Schmidt-Regierung eine Steigerung von 4,2 Prozent vorgesehen (bei einer Aufstockung der Gesamtausgaben von nur 1,9 Prozent).

Kohl, Stoltenberg und Wörner legten noch einmal 100000 Mark dazu und brachten so den diesjährigen Haushalt des Verteidigungsministeriums auf die Rekordhöhe von 46,2 Mrd. Mark. Ein weiterer Teil ist in den Haushalten anderer Ministerien versteckt, so daß der tatsächliche Umfang der für Rüstung und Kriegsvorbereitung verpulverten Mittel bei etwa 70 Mrd. liegt.

Ein immer größerer Teil der Werktätigen abgepreßten

Steuern wird so in Militärausgaben umgewandelt, an denen sich die großen Rüstungskonzerne wie Siemens, Thyssen oder Flick gesundstoßen. So sind beispielsweise in den letzten vier Jahren die Bundesausgaben im Bereich Bildung und Wissenschaft um 6,9 Prozent, im Bereich Familie und Gesundheit gar nur um 2,9 Prozent gestiegen. Der Haushalt des Verteidigungsministeriums dagegen weist im gleichen Zeitraum eine Zuwachsrate um 20,7 Prozent auf, wobei die unmittelbar dem Waffenkauf dienenden Ausgaben sogar um 42,6 Prozent hochschnellten.

Je weiter sich die kapitalistische Krise vertieft, desto entschiedener drängen die großen Monopole auf Staatsaufträge für ihre Rüstungsproduktionen, um ihre Höchstprofite zu sichern. Denn hier gibt es keine Absatzprobleme und keinen Preisverfall. Im Gegenteil: Beim Rüstungsgeschäft gilt das System der sogenannten gleitenden Preise, nach dem die Konzerne ihrem staatlichen Auftraggeber nahezu jeden be-

liebigen Preis diktieren können. Man denke nur an das Kampfflugzeug „Tornado“: 1969 wurde ein Stückpreis in Höhe von 10 Mio. Mark in Rechnung gestellt; schon vier Jahre später war er auf 50 Mio. geklettert, und inzwischen wird damit gerechnet, daß bei Abschluß des „Tornado“-Programms jede Maschine 100 Mio. DM kosten wird.

Die „Runderneuerung“ der Bundeswehr, die insgesamt etwa 100 Mrd. Mark verschlingen wird, ist noch nicht abgeschlossen, da kündigt Wörner schon neue riesenhafte Waffenbeschaffungsprogramme im Rahmen des Rogers-Plans an. Man kann durchaus verstehen, warum sich gerade die Herren der Rüstungskonzerne schon 1980 für einen Kanzler Strauß eingesetzt und seitdem auf einen Regierungswechsel in Bonn gedrängt haben. Die gigantischen Rüstungsprogramme aber, die diesen Herren volle Kassen garantieren, lassen sich natürlich nur finanziieren durch weiteren Sozialabbau, durch noch höhere Staatsverschuldung und erneutes Anziehen der Steuerschraube.

## Militarismus

### Ab 16. März Wehrkunde an allen Schulen?

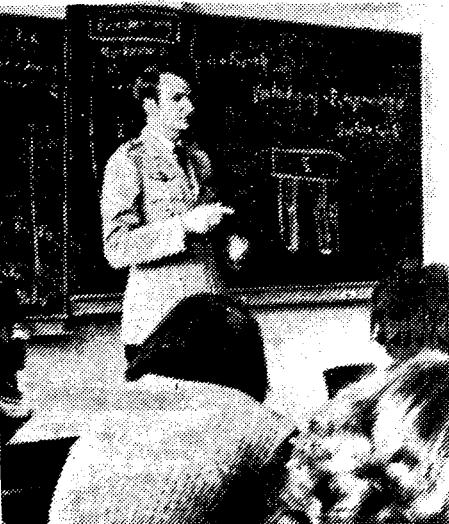
Seit Anfang Januar liegt allen „für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Vorgesetzten“ in der Bundeswehr der Jahresbericht der hauptamtlichen Jugendoffiziere für das Schuljahr 1981/82 vor. Freilich: veröffentlicht will die Bundesregierung diesen Bericht nicht. Sie hat ihre Gründe. Denn der Jahresbericht zeigt eine deutliche Zunahme der militaristischen Propagandatätigkeit der Reaktion an den Schulen und mit Hilfe der Schulaufsicht. Das will die Bundesregierung „aus dem ... Bundestagswahlkampf herauszuhalten“ versuchen, erklärte sie auf eine Anfrage von CDU/CSU und FDP.

17000 „Einsätze“ – so die offizielle Beschreibung der Arbeit der Jugendoffiziere durch das Verteidigungsministerium – haben die inzwischen 65 hauptamtlichen und 600 nebenamtlichen Jugendoffiziere im vergangenen Schuljahr durchgeführt. Über die Resonanz der Schüler schweigt sich das Ministerium aus. Nicht aber über die Teilnehmerzahl: 710000 Schüler mußten sich die Propagandavorträge dieser Bundeswehroffiziere anhören – das sind fast 20% mehr als im vorhergehenden Schuljahr. Noch deutlicher ist die Entwicklung bei den Lehrern, die von der Schulaufsicht zu eignen für sie durchgeführten „sicherheitspolitischen Seminaren“ der Bundeswehr zusammengetrommelt wurden: Hier stieg die Teilnehmerzahl, obwohl die Veranstaltungen offiziell „freiwillig“ sind, von 3700 auf 6600 Lehrern – ein Zuwachs von immerhin 79%.

Dennoch ist die Bundesregierung nicht zufrieden. „Häufiger als zuvor berichten aber Jugendoffiziere über erschwerte Bedingungen in der Zusammenarbeit mit Gymnasien; dies trifft besonders in der Sekundarstufe II zu“, erklärte sie am 7.1. vor dem Bundestag. Auch „mit Hochschulen arbeiten Jugendoffiziere nur in Einzelfällen, d.h. zeitlich und örtlich begrenzt, zusammen. Eine ständige Zusammenarbeit findet nicht statt.“ Das soll anders werden. Wörner am 15. Januar vor dem wehrpolitischen Kongreß der CSU: „Wir müssen von der Schule erwarten, daß sie jungen Menschen Sinn und Notwendigkeit der Landesverteidigung vermittelt.“ Im Klartext: die Einführung des Wehrkundeunterrichts an allen Schulen, um mit Noten- und Prüfungsdruck den Schülern den rechten vaterländischen Wehrwillen einzupauken, soll beschleunigt werden. Immerhin hat die Kultusministerkonfe-

renz schon am 5.12.1980 beschlossen, die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen zu prüfen. Seitdem steht ein Ergebnis dieser Prüfung aus.

Wenn schon keine Einigung aller Kultusminister zustandekomme, sollten wenigsten die CDU/CSU-geführten Länderregierungen eigene Gesetze zur Einführung des Wehrkundeunterrichts vorlegen und von ihren Länderparlamenten alsbald beschließen lassen, hatte Wörner deshalb gleich nach seinem Amtsantritt in einem Schreiben an die Kultusministerkonferenz gefordert. Die Reaktion der KMK kam



Jugendoffizier im „Einsatz“

prompt. Noch auf ihrer nächsten Konferenz am 16. März, zehn Tage nach der Bundestagswahl, sollen jetzt die Entwürfe sowohl von sozialdemokratischer wie von unionsregierter Seite vorliegen, soll darüber beraten, beschlossen und sodann in den einzelnen Bundesländern zur Tat geschritten werden.

Quellenhinweis: Jahresbericht der hauptamtlichen Jugendoffiziere, Antwort der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 9/2380 vom 7.1.1983; Wörner vor dem wehrpolitischen Kongreß der CSU am 15.1.1983.

## USA

### 240 Mrd. \$ für Rüstung, Renten gekürzt

Anlässlich des Vorschlags für den US-Rüstungshaushalt 1984 haben die US-Imperialisten einen Haufen Kreide gefressen. Sie müssen auf den wachsenden Widerstand in den USA gegen die beschleunigte Kriegsrüstung reagieren. So behauptete der US-Verteidigungsminister Weinberger, daß „solche Waffen (Atomwaffen) unter keinen Umständen absichtlich gebraucht werden mit dem Ziel, zivile Bevölkerungen zu vernichten.“ Reagan wiederum betonte, er habe den Rüstungsvorschlag auf Anraten Weinbergers um 8 Mrd.

Dollar gekürzt. Republikaner und Demokraten fordern weitere Kürzungen. Entgegen diesem Kürzungsgerede sind alle Parteien des Kongresses auf jeden Fall für eine weitere Steigerung des Rüstungshaushaltes. Der Regierungsvorschlag sieht jetzt eine Erhöhung um 30 Mrd. Dollar auf 238,6 Mrd. Dollar für 1984 vor, das sind 14,2% mehr als 1983. In den fünf Jahren bis 1988 will die Regierung rund 1,6 Billionen Dollar für die Rüstung bereitstellen.

Der Schwerpunkt dieser gigantischen Aufrüstung liegt im konventionellen Bereich. Armee, Luftwaffe und Kriegsmarine sollen verstärkt werden. Von 506 Kampfschiffen 1983 soll die Kampfflotte 1984 auf 526 Schiffe erweitert werden, bis 1988 auf 630 Einheiten. Für die beiden Atomflugzeugträger, die 1983 mit 6,6 Mrd. Dollar genehmigt wurden, fordert die Regierung weitere 98,2 Mio. Dollar. Die Flotte der Transportflugzeuge für Aktionen der mobilen Eingreiftruppe und den raschen Transport von Truppen und Waffen nach Europa wird beschleunigt ausgebaut. Weitere 720 M-1 Kampfpanzer und 600 Infanterie-Kampfwagen sollen 1984 angeschafft werden. Die Kampfbombergeschwader sollen rasch vermehrt werden. Reagan will die Truppen 1984 von 2,127 auf 2,165 Mio. erweitern.

Zusätzlich zur Aufrüstung im konventionellen Bereich wollen die US-Imperialisten bei den Atomwaffen eine erfolgssichere Erstschlagskapazität gegen die Sowjetunion errichten. Für den Einsatz der Pershing II in Europa hat die Regierung für 1984 insgesamt 1 Mrd. \$ beantragt. Für die interkontinentalen MX-Raketen fordert sie 7 Mrd. \$, für das strategische Bomberprogramm 6,9 Mrd. für zehn neue B-1-Bomber. Nachdem schon 1983 ein Trident U-Boot bewilligt wurde, soll 1984 ein weiterer dieser U-Boot-Träger von Atom-Langstreckenraketen für 2,5 Mrd. \$ gebaut werden. Die bodengestützte Cruise Missile soll in erhöhter Zahl beschafft, ihr Lufteinatz durch die Modernisierung der B-52 Bomber gesichert werden.

Den Rüstungshaushalt 1984 will die Regierung durch weitere Kürzungen der Sozialausgaben und einjährigen Lohnstopp für die Beschäftigten des Bundes finanzieren. Die Kürzungen sollen 30 Mrd. \$ einbringen. U.a. soll die Inflationsanpassung der Renten und anderer Sozialprogramme um ein halbes Jahr von Juli 1983 auf Januar 1984 verschoben werden. Für den gesamten Haushalt plant die Regierung ein Defizit von 188,8 Mrd. Dollar. Beide Parteien im Kongreß sind darin einig, daß die Massen die verschärfte Aufrüstung auch über erhöhte Steuern sichern sollen.

Quellenhinweis: Wall Street Journal 1.2.83; Wireless Bulletin 1.2.83

# Verelendung und Ruinierung vieler kleiner Bauern – Großagrarien winken Extraprofite in den Konkurrenzschlachten

Nach Vorlage des Agrarberichts 1983 durch die Bundesregierung verbreitet die Bourgeoisie ungeniert: „Nach mageren Jahren geht es den Bauern besser“. Bewiesen sei das mit dem im Wirtschaftsjahr 1981/82 von einem Vollerwerbsbauern im Durchschnitt erzielten Gewinn, der um 7,7% höher lag als im Jahr zuvor. Verschwiegen wird damit, daß eine große Zahl selbstarbeitender Bauern nun im sechsten Jahr hintereinander ein Einkommen hatten, das unter der Bezahlung für eine der Tätigkeit des Bauern entsprechende Lohnarbeit lag.

**Vergleich:** Gewinn je Familienarbeitskraft bei Vollerwerbsbauern mit Einkommen aus entsprechender Lohnarbeit

Wirtschaftsjahr	Gewinn je Fam. Arbk.	Ver-gleichs-lohn	Ab-stand in %
1969/70	13 161	13 074	+ 0,7
1970/71	11 724	14 922	- 21,4
1971/72	16 480	16 239	+ 1,5
1972/73	19 577	18 289	+ 7,0
1973/74	19 485	20 674	- 5,8
1974/75	21 010	22 136	- 5,1
1975/76	25 263	23 292	+ 8,5
1976/77	21 842	25 229	- 13,4
1977/78	24 084	26 635	- 9,6
1978/79	24 780	28 024	- 11,6
1979/80	24 309	29 471	- 17,5
1980/81	21 245	30 988	- 31,4
1981/82	22 890	32 176	- 28,9

Quelle: Berichte zur Landwirtschaft, Nov. 1982 u. eigene Berechnungen

Selbst wenn die Einkommen der Bauern, wie vom Landwirtschaftsmini-

sterium vorhergesagt, im laufenden Wirtschaftsjahr aufgrund der guten Ernte erneut um 8% steigen würden, lägen sie immer noch um über ein Viertel unter dem Vergleichslohn. Und wie vom Bruttolohn gingen vom Gewinn des selbstarbeitenden Bauern noch wachsende Steuer- und Versicherungslasten ab. So zahlte der Vollerwerbsbauer im Wirtschaftsjahr 1980/81 bei durchschnittlichem Gewinn 990 DM Einkommenssteuer, sie wurde im vergangenen Jahr durch eine Änderung des Steuertarifs erhöht. Die Beiträge für Altershilfe, Unfallversicherung und Krankenversicherung betrugen für einen mittleren Betrieb von rund 20 Hektar 4281 DM jährlich, das sind 18,2% seines Gewinns.

16342 Bauernfamilien gaben 1981/82 die Bewirtschaftung ihrer Höfe auf. Wie im Wirtschaftsjahr zuvor bereits konnte etwa die Hälfte der Vollerwerbsbauern aus ihren Einkommen nicht einmal die Substanz ihrer Höfe erhalten. Sie ersetzten verschlissene Maschinen nicht, sogar der Wert des Viehbestandes ging zurück. Auch wenn die genauen Zahlen des Agrarberichtes 1983 noch nicht vorlagen, so steht doch fest, daß mehr Bauern sich verschulden mußten. Bereits 1980/81 dienten kurzfristige Kredite häufig nur der Sicherung des persönlichen Konsums der Bauernhaushalte.

Diese beschleunigte Ruinierung und offensichtliche Verarmung einer größeren Zahl von selbstarbeitenden Bauern ist das Ergebnis einer von den BRD-Imperialisten gezielt verfolgten

Agrarpolitik. Hauptsächliches Ziel bei der Bildung eines Agrarmarktes ohne Handelsschranken innerhalb der EG war zum einen, mit niedrigen Agrarpreisen das Lohnniveau niedrig zu halten. Zum andern garantierte der gemeinsame Agrarmarkt der westdeutschen Finanzbourgeoisie die (westeuropäische) Autarkie auf dem Nahrungsmittel sektor und bot ihnen die Möglichkeit, den industriellen Export auszuweiten (s. Politische Berichte 7/82). Die BRD-Imperialisten haben mit dem gemeinsamen Agrarmarkt in der EG ihr Ziel erreicht: die Agrarpreise sind im Verhältnis zu den Preisen für Industrieprodukte in den sechziger und siebziger Jahren gesunken. Ohne die Beseitigung der Zollschränken zwischen den EG-Staaten, die Hunderttausende kleiner Bauern in den Ruintrieb und gleichzeitig als Stachel zur Steigerung der Produktivität bei den mittleren und größeren Bauern wirkte, wäre diese Senkung der Agrarpreise nicht möglich gewesen.

Zugleich waren die größeren Bauern, die sich die ruinierten Betriebe einverleibten, noch durch ein Schutzzollsystem gegen die ruinöse Konkurrenz des Weltmarkts abgeschirmt. Sie konnten so die Produktivität inzwischen so weit steigern, daß die BRD-Imperialisten bereits als nächstes Ziel angeben, die EG-Agrarpreise wenigstens für einige wichtige Produkte auf Weltmarktniveau abzusenken. Ertl hat in den bevorstehenden Agrarpreisverhandlungen der Landwirtschaftsminister der EG als Verhandlungsziel der BRD an-



Die großen Bauern, die Lohnarbeiter ausbeuten, konnten trotz sinkender Erzeugerpreise große Gewinne machen. Heermann (rechts als Redner auf einer Demonstration von Bauern für höhere Erzeugerpreise) predigt den kleinen Bauern Opferbereitschaft.



## Die Beseitigung der Grenzen zwecks Abfischung der Fischgründe fremder Staaten

Neue Möglichkeiten der gegenseitigen Räuberei und vor allem neue Möglichkeiten des Raubs an den Fischbeständen der schwächeren Konkurrenten und kolonial gehaltenen Gebieten der EG-Mitgliedstaaten haben sich die imperialistischen Mächte in der EG mit dem Abschluß des neuen Fischereiabkommens eröffnet. Bis auf wenige Ausnahmen ist mit Abschluß des Abkommens innerhalb der 200-Seemeilen-Fischereizone für Fischfangflossen aus EG-Staaten der Fang bis zur Küste aller EG-Mitgliedstaaten erlaubt. Nur für einzelne Regionen, wie z.B. die britische Westküste, sind Sonderregelungen getroffen, die die ersten zwölf Seemeilen vor der Küste vor allem für heimische Fischer reservieren. Großbritannien hatte zunächst verlangt, daß diese Zone 50 Seemeilen umfassen sollte. Die deutschen, belgischen und französischen Imperialisten konnten durchsetzen, daß diese Zone zum einen auf zwölf Seemeilen reduziert wird und zum anderen ihre „historischen Fischereirechte“ gewahrt blieben.

Schon 1970 hatten sich die damals sechs EG-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihren Fischereiflotten gegenseitige Nutzung der Küstengewässer zuzustehen. Nachdem 1976 zahlreiche Staaten die Einrichtung einer 200-Seemeilen-Fischerei-Zone beschlossen, um sich die eigenen Fischgründe nicht von fremden Staaten leerfischen zu lassen, beschlossen die EG-Staaten ebenfalls die Einführung der 200-Meilen-Zone für die Fischerei. Sie erhofften sich mit dieser Maßnahme ein Druckmittel, das sie gegenüber anderen Staaten einsetzen wollten, um im Austausch mit Fischrechten in Küstengewässern von EG-Mitgliedstaaten Fischrechte etwa vor der kanadischen und norwegischen Küste zu erreichen. Vor allem die BRD-Imperialisten, die höchstens 5% der Fangmenge, die Schiffe unter BRD-Flagge einbringen, innerhalb der eigenen 200-Seemeilen-Zone fangen lassen, drängten auf diese Ausdehnung der Fischereizonen. Die norwegische Regierung entschloß sich nach dieser Freigabe der Fischgründe in der EG, dem Bündnis nicht beizutreten.

In der BRD, aber auch in anderen EG-Staaten, bemühten sich die Fischereikapitalisten, eine gemeinsame Mobilisierung der kleinen Fischer, Kutterbesitzer und der Arbeiter auf den Fangschiffen und in der Weiterverarbeitung zu erreichen. In der

BRD gründeten die Nahrungsmittelkapitalisten die „Notgemeinschaft Fisch“, der neben den Unternehmen der Fischwirtschaft die betroffenen Kommunen und die betroffenen Gewerkschaften NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten) und ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) angehören. Die Kapitalisten führten die „Notgemeinschaft“ immer dann ins Feld, wenn sie für den Erwerb höherer Fangquoten und Zugangsrechte zu fremden Fischgründen eintreten. Die in der „Notgemeinschaft“ vertretenen Fischer haben bislang den Ruin der selbstarbeitenden Kutterbesitzer nicht aufhalten können, ebensowenig ist es den Gewerkschaften gelungen, die scharfe Rationalisierung und Intensivierung, die die Fischereikapitalisten auf den Fangschiffen und in den Fabriken der Weiterverarbeitung betrieben haben, zu verhindern. Die Anzahl der kleinen Kutter und der Schiffe in der

Küstenfischerei sank in den letzten fünfzehn Jahren von mehr als 2700 Schiffen auf 1200. Die Fischer, die in der Hochseefischerei tätig waren, reduzierten die Fischereikapitalisten von über 7000 1970 auf knapp 3000 1980. In der weiterverarbeitenden Industrie fand eine ähnliche Entwicklung statt. Die Fischmenge hingegen, die in der BRD als Speisefisch und zu Tierfutter weiterverarbeitet wird, hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert, sie ist mit ca. 900 000 t konstant geblieben. Kamen vor zehn Jahren noch mehr als 60% des verarbeiteten Fischs aus Fängen der BRD-Fischereiflotte, allerdings zum größten Teil aus fremden Gewässern, so importieren mittlerweile die Kapitalisten der weiterverarbeitenden Industrie den Hauptteil ihrer Rohstoffe, ca. 65%.

Für die BRD-Imperialisten ist die Fischindustrie längst nicht von dem Gewicht, das sie in anderen EG-Mitgliedstaaten hat. In Großbritannien, Frankreich, Italien und Dänemark leben jeweils Zehntausende von Fischfang, den sie zum großen Teil auf eige-

### Gesamtfänge der EG-Mitgliedstaaten

Land	1970		1980	
	in 1000 t	% der Fänge	in 1000 t	% der Fänge
BRD	612,9	12,94	206,9	6,00
Frankreich	782,5	16,51	737,1	14,91
Italien	396,8	8,37	444,5	8,99
Niederlande	300,8	6,35	340,4	6,88
Belgien	53,0	1,11	45,6	0,92
Großbritannien	1186,9	25,00	902,1	18,25
Irland	78,9	1,66	149,3	3,02
Dänemark	1226,5	25,90	2026,8	41,00
Griechenland	98,5	2,07	134,9	2,71
Gesamt	4736,8	100,00	4942,7	100,00

Quelle: Eurostat, Fischerei, Fänge nach Gebieten, 1968 – 1980



Mörderische Arbeitsbedingungen herrschen auf den Schiffen der westdeutschen Hochseeflotte. Arbeit ohne Schwimmwesten und bei Windstärken, die lebensgefährlich sind, ist keine Seltenheit.

nen Booten und küstennah betreiben. Für diese Fischer ist von existenzieller Bedeutung, daß die heimischen Küstengewässer bis zu 200 Seemeilen vor der eigenen Küste nicht von fremden Hochseeflotten leergefischt werden. Sie sind in den letzten Jahren häufig für die Abschaffung der Zugangsrechte aller EG-Staaten in diese Küstengewässer eingetreten. Die Fischereikapitalisten der verschiedenen Staaten unterstützen sie jeweils – allerdings immer mit dem Hinweis, daß solcher Schutz der Küstengewässer dann für alle Fischer gelten müsse und dafür andere Fanggebiete zum Abfischen freigegeben werden müssten. Weil die Fischereimonopole in den Küstengewässern seit Jahrzehnten Raubfischerei in solchem Ausmaß betrieben haben, daß die Fischbestände drastisch zurückgegangen sind, verlangen sie nach anderen Fischgründen, die größere Erträge versprechen. Diese Gebiete sind allerdings für kleine Schiffe kaum erreichbar. Die Abfischung der grönlandischen Fischgründe etwa wird nur zum geringsten Teil von grönlandischen Küstenfischern betrieben, hauptsächlich fischen hier Hochseeflotten der dänischen Kolonialherren, der BRD-Imperialisten und anderer EG-Imperialisten, ähnliche Verhältnisse herrschen vor der norwegischen Küste.

Mit Norwegen allerdings mußten die EG-Staaten Verträge über die Fangmenge abschließen, die Anteile für die einzelnen EG-Staaten werden innerhalb der EG festgelegt. Die grönlandischen Gewässer gehören – obwohl die Grönländer seit einem Jahr ihren Austritt aus der EG beschlossen haben – zu den Gebieten, die die Imperialisten „EG-Meer“ nennen und über dessen Abfischung sie sich untereinander einigen.

Die größtmögliche Abfischung noch vor dem Austritt Grönlands aus der EG ist ihre Devise. Den Anteil der westdeutschen Fangergebnisse z.B. aus dem Nordostatlantik erhöhten die Fischereimonopole von 56% im Jahr 1970 auf über 87% im Jahr 1980. Die dänischen Fischfänge kommen zu immer größeren Teilen aus den grönlandischen Gewässern: Noch 1970 fischten die dänischen Fischer über 60% ihrer Fänge aus Gewässern innerhalb der dänischen 200-Meilenzone, inzwischen stammen nur noch 20% der dänischen Fänge aus dieser Region, der Hauptteil von 64% stammt aus Gewässern der grönlandischen Kolonie.

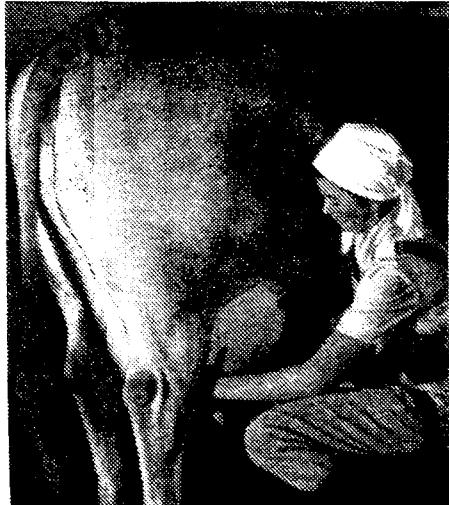
Quellenhinweis: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Fischerei, Fänge nach Gebieten, 1968 – 1980; ders., Fischereiwaren und Fischereiflotten, 1974/75 und 1979/80: FAZ, Ausgaben Dezember 1982 und Januar 1983

gegeben, nur einer solchen Preisvereinbarung zuzustimmen, die „auf einer Annäherung der Gemeinschaftspreise für Getreide an die Preise der wichtigsten konkurrierenden Länder fußt“. Zugleich forderte Ertl, daß die USA und Japan ihre Märkte für Veredelungsprodukte (insbesondere Milcherzeugnisse) aus den EG-Ländern öffnen müßten. Und zur Agrarpolitik, die in den nächsten Jahren von der BRD zu verfolgen sei, ließ Ertl ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats in seinem Ministerium erstellen, in dem als Ziel angegeben wird, „mittelfristige reale Agrarpreissenkungen von etwa 3% pro Jahr“.

Obwohl also die westdeutsche Bourgeoisie ihre Absichten, weitere Zehntausende Bauern zu ruinieren, kaum verschweigt, findet diese Absicht kaum öffentliche Kritik. Das liegt nicht nur daran, daß die gewerkschaftliche Propaganda die Bauern eher als welche darstellt, die den Arbeiter auf dem Warenmarkt ausplündern, anstatt die berechtigte Forderung der selbstarbeitenden Bauern nach höheren Erzeugerpreisen zu unterstützen. Auch die Verlautbarungen des Deutschen Bauernverbandes zu den bevorstehenden Agrarpolitikverhandlungen in der EG sind mehr als verhalten. Auf die Erklärung Ertls, die BRD werde auf jeden Fall den Vorschlag der EG-Kommission vertreten, wonach die Preiserhöhungen auf durchschnittlich 5,5% begrenzt werden sollen, hat der Bauerverband keineswegs mit der Vorbereitung von Protestaktionen der Bauern geantwortet. Der Präsident des Bauerverbandes von Heeremann erklärte vielmehr, die IG Metall solle sich ein Beispiel an der Opferbereitschaft der Bauern nehmen. Diese Äußerungen haben ihren Grund nicht nur darin, daß Heeremann der CDU angehört und sich schon als künftiger Agrarminister sieht, der seine staatstragende Verantwortung hervorkehren müßte. Die chauvinistische Position, die bereit ist, die Interessen zahlreicher selbstarbeitender Bauern den Interessen der westdeutschen Finanzbourgeoisie zu opfern, versucht, sich auf materielle Interessen bei einem Teil der Bauern selbst zu stützen.

Im Bauerverband sind große und kleine, reiche und arme Bauern organisiert, auf die sich die Entwicklung der Agrarpolitik unterschiedlich ausgewirkt hat und auf die die Vorhaben der westdeutschen Finanzbourgeoisie unterschiedlich wirken werden. Zwar ist die Junkerkasse, die im großen Maßstab auf ihrem großen Grundbesitz Lohnarbeiter und kleine Pächter ausbeutete, als Teil der deutschen Bourgeoisie nach ihrer Enteignung in der DDR und der Rückführung ihrer kolonialen Besitzungen an Polen verschwunden und herrscht in der BRD der bürgerliche Fa-

milienbesitz vor. Jedoch haben sich aus diesem bürgerlichen Familienbetrieb sehr unterschiedliche Verhältnisse entwickelt. Von 1971 bis 1979 hat sich die Zahl der Betriebe mit über 100 Hektar Landfläche um rund 1000 auf 4269 Betriebe erhöht, von denen 70% in Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegen. Während in allen kleineren Betrieben die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte kontinuierlich zurückging, stieg sie in den Betrieben über 50 Hektar seit 1979 wieder an. 1981 waren insgesamt 200000 familienfremde Arbeitskräfte, darunter 101 000



Die Arbeit der Frauen von kleinen Bauern ist alles andere als eine Idylle, wie sie hier in einem Lehrbuch für Landwirtschaft dargestellt.

Saisonarbeiter beschäftigt. Die großen Bauern mit Betrieben über 100 Hektar machen ihrer Zahl nach nur 0,5% aller Bauern aus, sie bewirtschaften aber 5% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Bei der Milchviehhaltung besitzen sie 3% der Produktionskapazität; in der Mastrinderhaltung, bei Zuchtsauen und Mastschweinen halten sie jeweils 12% der Produktionskapazitäten, bei Legehennen- sowie Junghühnermast sind mit 51% bzw. 72% Anteil die Produktionskapazitäten in den Händen weniger Großagrarier konzentriert.

Solche großen Bauern können mit Gewinnen von durchschnittlich über 70000 DM und mehr im Jahr sich nicht nur eine Lebensführung gestatten, die weit über der einer Arbeiterfamilie liegt. Für sie stellt der Gewinn auch mehr dar als die Entlohnung ihrer eigenen Arbeit. Auch wenn diese großen Bauern verglichen mit den industriellen Kapitalisten klein sind, so erlauben ihnen die aus der Ausbeutung von Lohnarbeit erzielten Gewinne nicht nur die weitere Steigerung der Produktivität durch Umwälzungen bei Maschinerie und Produktionsmethoden, sondern auch die Vergrößerung ihres Kapitals durch Zukauf und Zupacht von mehr Land.

Ganz anders die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der kleinen und armen Bauern. 40% aller Bauern bewirtschaften ihren Hof nur im Nebenerwerb, sie sind voll als Lohnarbeiter bei einem Kapitalisten beschäftigt. Weitere rund 10% müssen zumindest zeitweise ihre Arbeitskraft an Kapitalisten verkaufen. Diese Neben- und Zuerwerbsbauern bewirtschafteten nur rund 22% der landwirtschaftlichen Flächen, obwohl sie die Hälfte aller Bauern ausmachen. Ihre Verkaufserlöse aus landwirtschaftlichen Produkten machen nicht einmal 20% der gesamten Verkaufssumme landwirtschaftlicher Produkte aus.

Die Nebenerwerbsbauern, die den Hof oft nur weiter führen, weil die Lohnarbeit, die ein ehemaliger Bauer finden kann, schlecht entlohnt ist und weil der Landbesitz als Alterssicherung gehalten werden muß, liefern zugleich den großen, expandierenden Bauern die benötigte Landfläche: entweder durch Verpachtung des Landstücks, das nach Aufnahme der Lohnarbeit nicht mehr bewirtschaftet werden kann, oder durch Verkauf spätestens durch den Hoferben. Als bei der schlechten Arbeitsmarktlage immer weniger der kleineren Vollerwerbsbauern mit geringsten Einkommen zum Nebenerwerb übergehen konnten, sind die Klagen aus dem Landwirtschaftsministerium laut geworden, daß in den

letzten fünf Jahren bei den Vollerwerbsbetrieben die Wirtschaftsflächen nur noch um 1,1% zugenommen haben.

Die Bundesregierung hat nun verschiedene Maßnahme auf den Weg gebracht, mit denen die Konzentration der Produktion bei den großen Bauern gefördert werden soll. In dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 13.10. 1982 zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts wird vorgeschlagen, die Stellung des Pächters zu stärken, z.B. die Nutzungsänderung „zur Ermöglichung einer wirkungsvollen Betriebsanpassung an die Marktverhältnisse sowie zur Erhöhung der Investitionsmöglichkeit und Investitionsbereitschaft des Pächters“ soll erleichtert und die Kündigungsfristen von Pachtverträgen zugunsten der Pächter geändert werden.

Ebenfalls mit der Absicht, die „Bodenmobilität“ zu erhöhen, hat die Bundesregierung die Verlängerung der Landabgaberechte beschlossen, die 1983 ausgelaufen wäre. Danach soll auch weiterhin die Altershilfe, die ein Bauer als Rente erhält, erhöht werden, wenn er sein Land nicht mehr weiter bewirtschaftet, d.h., vor allem bei den kleineren Bauern, verpachtet oder verkauft. Die landwirtschaftliche Fläche, die verpachtet wurde, ist inzwischen auf 3,8 Mio. Hektar angestiegen, das sind 31,7% der gesamten landwirt-

schaftlichen Fläche. Im Jahre 1971 lag der Pachtanteil erst bei 28,7% und 1979 bei 30,4%. Für die kommenden Jahre erwartet das Landwirtschaftsministerium einen raschen Anstieg des Pachtlandes auf rund ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie rechnet damit, durch gezielte Förderung der großen Bauern eine weitere Senkung der Agrarpreise, die zahllose kleine Bauern in den Ruin treiben wird, durchsetzen zu können. So schreibt der Wissenschaftliche Beirat in seinem Gutachten „Landwirtschaftliche Einkommenspolitik“ vom Dezember 1982, „daß die Signale der Agrarpreispolitik weiterhin so gesetzt werden sollten, daß die Erweiterungsinvestitionen gebremst werden und daß ein starker Anreiz für den Übergang zum Nebenerwerb bzw. zur Betriebsaufgabe erhalten bleibt, der dann zu einer verstärkten Mobilität führt, sobald sich Chancen dazu auf dem Arbeitsmarkt oder im Generationswechsel bieten. Nur auf diese Weise werden sich die Überschußprobleme auf den Agrarmärkten mit marktwirtschaftlichen Mitteln dauerhaft lösen lassen, und nur so lassen sich schließlich die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe eine angemessene Faktorentlohnung über den Markt erzielen.“

## Ertl fordert Entwicklungsländer auf, „nationalen Egoismus“ abzulegen

Ein strategisches Interesse, das die verschiedenen europäischen Monopoulbourgeoisien von Gründung der EG an verfolgt haben, haben sie mit Sicherheit erreicht: Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aus der Produktion der Bauern der einzelnen Mitgliedstaaten für die Gesamt-EG ist gesichert. Diese „Autarkie“ auf dem Nahrungsmittelsektor innerhalb der EG gilt nicht für die einzelnen Staaten, sondern nur für das Gesamtbündnis. Die BRD z.B. importiert nach wie vor große Mengen der benötigten Nahrungsmittel. Seit einigen Jahren allerdings sind verschiedene EG-Staaten zum Exporteur von Nahrungsmitteln auf den Weltmarkt außerhalb der EG emporgestiegen, auch wenn insgesamt die EG nach wie vor mehr Agrarprodukte importiert als exportiert. Mit Hilfe der Exportsubventionen der EG für Agrarprodukte, die innerhalb der EG-Mitgliedstaaten nicht abgesetzt werden können, ist vor allem den französischen Imperialisten und Dänemark, bei Milchprodukten aber auch den BRD-Imperialisten, gelungen, be-

merkbare Anteile am Weltagrarmarkt außerhalb der EG zu ergattern. Zwischen 1973 und 1980 stiegen z.B. die Exporte in Nichtmitgliedstaaten bei (in Klammern jeweils der Prozentanteil am Weltagrarexport 1980):

Getreide um 80% auf 12,3 Mio. t	(3,5)
Geflügel um 179% auf 0,34 Mio. t	(28,7)
Zucker um 130% auf 7,4 Mio. t	(3,9)
Rindfleisch um 1155% auf 0,53 Mio. t	(6,4)
Schweinef. um 219% auf 0,08 Mio. t	(13,3)
Butter um 56% auf 0,55 Mio. t	(48,9)
Käse um 108% auf 0,33 Mio. t	(37,6)
Milchpulver um 198% auf 1,11 Mio. t	(56,6)
Eier um 253% auf 0,66 Mio. t	(12,9)

Demagogisch wandte sich der derzeitige Landwirtschaftsminister Ertl in Westberlin gegen die Forderungen vor allem der Länder, die das Abkommen von Lomé mit den EG-Staaten unterzeichnet haben. Diese Länder fordern, die EG-Staaten sollten die Importbeschränkungen für zahlreiche Produkte beseitigen. Ertl dazu: „In keinem Land ist die Landwirtschaft dem freien Spiel der Marktkräfte schutzlos ausgesetzt ... Die Entwicklungsländer sind mit etwa der Hälfte (1979 ca. 27 Mrd. Dollar) an den Agrareinfuhrn betei-

ligt.“ Für ihre Exporte gegenüber den Entwicklungsländern verlangen die EG-Staaten selbstverständlich freien Zugang zu deren Märkten. Agrareinfuhrn in die EG lassen die Imperialisten nur für solche Produkte zu, die in der EG nur zu erheblich höheren Produktionskosten hergestellt werden können, wie z.B. Kaffee, verschiedene Obst- und Gemüsesorten. Die meisten Länder, die diese Produkte herstellen, sind Staaten der Dritten Welt, deren



Der Versuch ägyptischer Bauern, statt Baumwolle Reis oder Weizen anzupflanzen, ist von der Regierung gestoppt worden

Ob allerdings die Aussicht für die großen Bauern, mit weiteren Agrarpreissenkungen sich an den Exportschlachten auf dem Weltmarkt zwecks „Lösung der Überschußprobleme“ beteiligen zu können, und die Aussicht für einige kleine Bauern, zu großen zu werden, weil die Masse ruiniert wird, dazu führen, daß sich der Bauernverband bedingungslos den Interessen der westdeutschen Finanzbourgeoisie unterwirft, ist noch nicht entschieden. Auf jeden Fall wäre die Frage entschieden, wenn die Gewerkschaften die kleinen Bauern in ihren Kämpfen für Erzeugerpreiserhöhungen unterstützen. Damit wäre zwar keineswegs die Entwicklung gebremst, die den großen Bauern in der Konkurrenz gegenüber den kleinen einen nicht mehr wettzmachenden Vorteil verschafft. Aber die Herausbildung einer Elendsschicht von armen Bauern, die über den Arbeitsmarkt auf die Arbeitslöhne drückt, könnte verhindert werden und entzöge dem reaktionären Chauvinismus, mit dem die Finanzbourgeoisie die selbstarbeitenden Bauern an sich zu binden versucht, einige Nährböden.

Quellenhinweis: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landwirtschaftliche Einkommenspolitik, Dez. 1982; Agrarbericht 1982, Bundestagsdrucksache 9/1340 u. 1341; Berichte über Landwirtschaft, Nov. 1982; Agrarwirtschaft 9/1982; Bundestagsdrucksache 9/2299; Politische Berichte 3 und 7/82

Landwirtschaft von Monokulturen geprägt ist.

Einen großen Teil der Exporte verkaufen die Imperialisten in der EG als „Nahrungsmittelhilfe“ an Länder der Dritten Welt, vor allem nordafrikanische Staaten, z.B. nach Marokko und Ägypten. Gegenüber diesen Ländern dient die Lieferung von preissubventionierten Nahrungsmitteln wie Milchpulver und Getreide vor allem dazu, die von den früheren Kolonialherren begonnene Ausplünderung einiger weniger Bodenschätze und landwirtschaftlicher Produkte aufrechtzuerhalten. Nach wie vor sind Baumwolle in Ägypten mit 28% Anteil am Export und Citrusfrüchte in Marokko mit 11% Anteil am Export gewichtige Handelsgüter. Sie werden exportiert und andere Nahrungsmittel importiert, nicht weil Getreide oder Milchvieh dort nicht gedeihen, sondern weil die imperialistischen Länder in jahrzehntelanger Unterdrückerherrschaft in diesen Ländern Wirtschaftsstrukturen hinterlassen haben, die Selbstversorgung nur schwer möglich macht.

Quellenhinweis: E. Schmidt, Konsequenzen einer aktiven Agraraufnahmepolitik der EG für die Weltagrarmärkte, in: Agrarwirtschaft Nr. 6/82; Bundesgesamtamt, Rede von Bundesernährungsminister Ertl, 29.1.83 in Westberlin

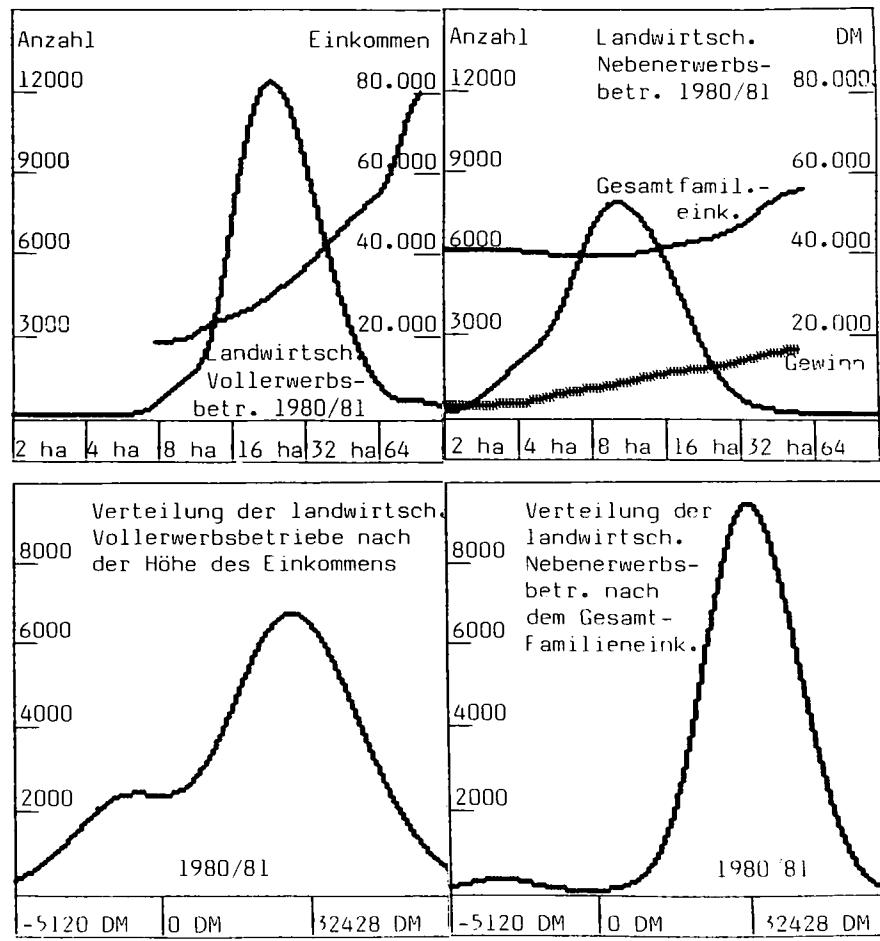
## Einkommen der Bauern in der BRD: Ein Viertel muß von der Substanz der Höfe leben

25% der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe haben im Wirtschaftsjahr 1980/81 Verluste gemacht. Daran hat auch äußerste Arbeitsanstrengung der betroffenen Bauern nichts ändern können – die *durchschnittliche* Wochenarbeitszeit ist von 1970 62,6 Stunden auf 1980 63,4 Stunden gestiegen, die der kleinen selbstarbeitenden Bauern liegt noch erheblich höher. Die Verteilung der Vollerwerbsbetriebe nach der Höhe des Einkommens zeigt deutlich, daß die zu niedrigen Erzeugerpreise dazu geführt haben, daß eine ganze Schicht von Bauern inzwischen von der Substanz ihrer Höfe leben muß. Die stärksten Verluste haben die kleinen Betriebe zu verzeichnen, allerdings keineswegs gleichmäßig. Etwa die Hälfte der Bauern mit Höfen bis zu 25 ha bebauter Fläche haben ein Bruttojahreseinkommen von 25 000 DM. Davon können zwar auch die dringend nötigen Investitionen nicht getätigt werden, aber dieser Umstand reichen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, CDU/CSU und auch der Bauernverbandsführung, um die elende Lage eines großen Teils der kleinen Bauern mit deren mangelnder Aus-

bildung, Initiative und Tüchtigkeit zu erklären. In Wirklichkeit ist die wirtschaftliche Lage aller kleinen Bauern so angespannt, daß schon kleine Mißgeschicke sie sofort tief in die Verschuldung führen.

Das Gesamtfamilieneinkommen der Nebenerwerbslandwirte setzt sich aus dem Bruttolohn eines oder mehrerer Familienmitglieder und den Einkünften aus dem Betrieb des Hofes zusammen. Es liegt deutlich niedriger, als das eines vergleichbaren Facharbeiters und trotzdem höher als das vieler Vollerwerbsbauern. Aber für welchen Preis: Der Nebenerwerbsbauer arbeitet doppelt. Tagsüber in der Fabrik und abends und am frühen Morgen auf dem Hof. Diese Plackerei führt aber keineswegs zur Gesundung seines Betriebs. Über ein Drittel aller Nebenerwerbslandwirtschaften machen Verluste, und ein Teil des Fabriklohns muß ständig zugeschossen werden, um diese Verluste zu decken. Ein weiteres Sinken der Erzeugerpreise können die Nebenerwerbsbauern noch weniger durch Produktionssteigerungen ausgleichen als die kleinen Vollerwerbsbauern.

Quellenhinweis: Bundesregierung, Agrarbericht 1982



## Tarifabschluß für Hafenarbeiter

**Hamburg.** Am 27. und 28.1.83 haben die ÖTV und der Hafenkapitalistenverband einen neuen Lohntarif für die Hafenarbeiter ausgehandelt. Vereinbart wurde für Januar eine Pauschalzahlung von 65 DM. Für die Zeit vom 1.2.83 bis 30.9.83 werden die Grundstundenlöhne und die Schichtzuschläge der II und III Werktagsschicht um 2,25% angehoben. Ab 1.10.83 soll ein neuer Lohntarifvertrag mit zwölfmonatiger Laufzeit ausgehandelt werden. Es ist vereinbart, daß der Lohn für Okt., Nov. und Dez. um mind. 3% angehoben wird. Damit ergibt sich eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3% für 1983.

## Asylverfahren vor dem VG Karlsruhe

**Freiburg.** Der türkische Emigrant Salih betreibt derzeit sein Asylverfahren vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe. Von dort ist bekannt, daß bislang in keinem Fall ein türkischer Revolutionär das Asylrecht ausgesprochen erhielt. In der Verhandlung am 18.1.83 kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Salih und den Richtern. Diese be-

**Düsseldorf.** Das hier abgedruckte Wandbild auf einem Haus im Süden Düsseldorfs mußte auf Anordnung des Ordnungsamtes übermalt werden. In dem Haus hat die „Selbsthilfe“, eine Initiative zur Unterstützung Obdachloser, Arbeitsloser und Heiminsassen ihren Sitz. Das Bild wurde von ihr zusammen mit einer Gruppe Fassadenmaler erstellt. Es richtet sich gegen den „Schweineritt“ der Regierung zur Kürzung der Sozialausgaben. Es hängt jetzt vor den Fenstern des ersten Stocks, gut sichtbar für die Autofahrer des Südring.



kundeten offenes Wohlwollen für die türkische Militärdiktatur, ganz auf der Linie des Bundesamts in Zirndorf: „Es ist bekannt, daß die Heimatbehörden des Antragstellers außerordentliche Anstrengungen unternehmen, um Übergriffe zu verhindern und die Ruhe im Land wiederherzustellen.“ Unter dem Druck von 500 an einem Tag an der Freiburger Uni gesammelter Unterschriften und der „Adoption“ von Salih durch amnesty wird nun vor Entscheidung ein Gutachten zum Vorbringen von Salih eingeholt.



Am 22.1.83 waren in verschiedenen Städten in Dänemark Demonstrationen. Anlaß war eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Kopenhagen. Der dänische Arbeitgeberverband hat den Gewerkschaftsverband SID verklagt. Der SID hätte zwar den Streik der Hafenarbeiter nicht direkt unterstützt, er wäre ihm aber nicht entschieden genug entgegengetreten. Auf unserem Bild ist die Demonstration vor dem Arbeitsgericht zu sehen, an der über 1300 in Kopenhagen mit ihren Gewerkschaftsfahnen teilnahmen. In Esbjerg demonstrierten über 2000, ebenfalls in Odense. Auf allen Demonstrationen wurde aufgefordert, den 28.1.83 zum nationalen Aktionstag zu machen. Am 28.1. streikten in Kopenhagen 3000 Bauarbeiter, die Müllabfuhr, das technische Personal der zwei großen Tageszeitungen und des königlichen Theaters. In Odense und Helsingør streikten je 4000, in Esbjerg 2000 zusätzlich zu den streikenden Hafenarbeitern. Das „Flensburger Tageblatt“ meldete, daß „der Aktionstag zu starken Behinderungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens führte“.

## Anklagevertreter ausgewechselt

**Ulm.** „... aber was bedeutet der SPD, den Gewerkschaften und den Kirchen schon das Grundgesetz, wenn die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands das Signal zum Klassenkampf gibt ...“, so erregte sich in einem Leserbrief Anklagevertreter Villwock zum laufenden Verfahren wegen Landfriedensbruchs (angeblicher Aufruf zur Maschinenzerstörung bei Videocolor, s. PB 2/83). Dieser taktische Fehler drohte den Unabhängigkeits- und Objektivitätsanspruch des Gerichts so anzukratzen, daß Villwock das Verfahren entzogen und er zu einer öffentlichen Entschuldigung veranlaßt wurde. Die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart war eingeschaltet. Der 1. Oberstaatsanwalt Grob lud die attackierten Vertreter des Unterstützerkreises zu einem klärenden Gespräch. Er scheute dabei nicht den Versuch, sie von einer weiteren Solidarisierung mit den – kommunistischen – Angeklagten abzuhalten.

einen noch festzulegenden Teil der Tariferhöhung. Der grundlegende Gesichtspunkt jeder Tarifkampfes – Verteidigung des Reallohns und Abwehr weiterer Lohnsenkungen – ist aus der offiziellen Diskussion der IG Chemie völlig verschwunden. Damit ist die Grundlage jedes Lohnkampfes aufgegeben. Die IG Chemie folgt mit diesem Kurs immer deutlicher Positionen ihres Vorsitzenden Hermann Rappé. Er hatte in einem Grundsatzreferat vor der 3. Bundesarbeitstagung gefordert: „Alle wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Instrumente müssen kombiniert und koordiniert eingesetzt werden. Dazu ist es notwendig, daß alle staatlichen Ebenen und Tarifvertragsparteien zusammenwirken.“

## Möller-Arbeiter lehnen 3,4% ab

**Bielefeld.** Die 650 Arbeiter der Möller-Werke (Lederbranche) haben ein 3,4%-Angebot (ca. 32 Pfg.) als unzureichend abgelehnt und bereiten sich auf Kampfmaßnahmen vor. Gefordert waren 70 Pfg. für alle auf den Tariflohn. Die Verhandlungen sind gescheitert; die Schlachtung soll Mitte Februar kommen. Bezahl werden die Arbeiter nach Haustarif, die Angestellten nach Bundestarif. (Hier hatte die Gewerkschaft Leder gerade mit 3,4% und einem Tag Urlaub mehr abgeschlossen.) Die Tarifkommission wurde erstmals durch Flugblattaktionen (deutsch und türkisch) der Vertrauensleute unterstützt. Eine namentliche Umfrage ergab, daß 99% das Angebot als unzureichend ablehnten.

## IG Chemie ohne Lohnforderung

Ohne Forderung nach einer bestimmten Erhöhung der Löhne und Gehälter ist die IG Chemie Papier Keramik in diesem Jahr in die Tarifrunde gegangen. Inzwischen haben alle Tarifkommissionen dem Vorschlag des Hauptvorstandes zugestimmt: Keine Festlegung einer Tarifforderung, Ausgleich der Inflationsrate, Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung für 55-jährige durch

Westberlin

## CDU mobilisiert gegen die Arbeiter der Stadtreinigung

Westberlin. Aufzuräumen bei den Eigenbetrieben war ein erklärt Ziel des CDU-Senats seit Amtsantritt. Zunächst wurde gezielt daran gegangen, den Personalrat bzw. einzelne Mitglieder des Personalrats zu diskreditieren. Unkorrektheiten in Bezug auf die Verwaltung und die Nutzung von Sozial- und Freizeiteinrichtungen der Belegschaft wurden hochgespielt und bevorzugtes Objekt der CDU-nahen Presse. Seit dem Herbst letzten Jahres wurden die Angriffe ausgeweitet auf die gesamte Belegschaft. Die CDU-nahe Presse hatte nun nahezu täglich einen neuen Skandal zum Breit treten. U.a. waren angeblich Zehntausende von Mülltonnen verschwunden, bzw. von den Arbeitern verschlampt worden. Zudem beziehen BSR-Angehörige Schmiergelder, dabei soll es sich insgesamt um Millionen handeln. Bei einigen Kunden wurde der Müll kostenlos abtransportiert. Was aber die Springer-Presse als die Spitzenfehlleistung empfand, war die Vermutung, es sei an die DDR zuviel Geld für die Müllbeseitigung gezahlt worden wegen Fehlern bei der Gewichtsbestimmung des Mülls. Ein Teil des in Westberlin anfallenden Industrie- und Hausmülls wird auf Grundlage eines Vertrages mit der DDR von der DDR abgenommen.

Nachdem eine Reihe dieser Skandalmeldungen durch die in Westberlin weitestgehend von Springer kontrollierte Presse entsprechend bearbeitet waren, erklärte der zuständige CDU-Senator Wronski auf einer eigens dazu einberufenen Pressekonferenz, daß die Prüfung der Zustände bei der BSR fortan durch eine Untersuchungskommission wahrgenommen würde. Mitarbeitern der BSR sei nicht zu trauen. Selbst Angehörige der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) wurden fortan zum Mülltonnen zählen abgestellt. Kurz darauf erklärte Wronski sogar, daß die ab März anstehende Tariferhöhung der Stadtreinigung zunächst um drei Monate verschoben wird, bis alles aufgeklärt ist.

Es sind nicht die angeblichen Zustände oder Skandale, mit denen die CDU aufräumen will. Solcherlei Dinge lassen sich bei einigermaßen geschicktem Handeln und bei einer nahezu gleichgeschalteten Presse verhältnismäßig leicht über jeden beliebigen Betrieb lancieren. Aufgeräumt werden soll mit ganz anderen Tatbeständen. Die BSR hat knapp 5000 Beschäftigte, ist einer durch die ÖTV bestorganisierte

ten Betriebe und in dieser Hinsicht streikfähig, wenn es sich als notwendig erweist.

Auf Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes erlaubt die paritätische Mitbestimmung den Personalräten und der ÖTV eine relativ günstige Lage zur Vertretung der Interessen der Beschäftigten. Die BSR zeichnet sich gerade auch im Gegensatz zu anderen Betrieben des öffentlichen Dienstes durch eine homogene Lohnverteilung aus. Die Spanne zwischen den gutverdienenden und den schlechter bezahlten Teilen der Belegschaft ist relativ gering. Das setzt den Konzepten der Lohn- und Leistungsdifferenzierung enge Grenzen. Zudem sind die Tarife der ÖTV so



Den BSR-Arbeitern droht bei Erfüllung der CDU-Pläne eine drastische Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

leicht nicht aus dem Weg zu räumen und bilden tatsächlich Schranken.

Wenn viele Industriearbeiter in Westberlin sagen, „bei der BSR müßte man sein“, so hat das den realen Hintergrund, daß ohne einschneidende Änderungen dem Lohn der BSR-Arbeiter nicht beizukommen ist. Solche einschneidenden Änderungen sieht die CDU aber nun vor. Über Vergleichsrechnungen mit anderen Städten und mit Privat-Betrieben versucht sie, die BSR als unrentabel darzustellen. Selbstverständlich würde eine Privatisierung den Einsatz schlechtest bezahlter und äußerst rechtsloser Arbeitskräfte möglich machen. Ein Anfang in dieser Richtung ist bereits gemacht durch den Zwangseinsatz von Asylbewerbern für die Schneebeseitigung.

Um die Rechte der Belegschaft, ihrer Interessenvertreter und vor allem den Einfluß der ÖTV zu beschneiden, soll aber vor allem das Eigenbetriebsgesetz novelliert werden, die paritätische Mitbestimmung beseitigt und den leitenden Angestellten weitgehende Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Ein entsprechender Entwurf der FDP, die in dieser Hinsicht die Kampagne der CDU voll unterstützt, liegt bereits vor. Darüberhinaus beginnt die CDU bereits offen, auch in anderer Weise die ÖTV zu bekämpfen. Erstmalig im Bündnis mit der DAG treten die christlichen Gewerkschaften Ende dieses Monats bei den Personalratswahlen an. Die ÖTV muß jetzt um ihre Basis und um die Aufrechterhaltung langjährig errungener Rechte kämpfen.

### IG Metall

## Erstmals Entgelttarif abgeschlossen

Mannheim. Mit einem Haustarif bei der Joseph-Vögele AG ist der IG Metall erstmals der Abschluß eines einheitlichen Entgelttarifvertrages für Arbeiter und Angestellte gelungen. Statt in bisher 31 Tarifgruppen (zwölf Lohngruppen; sieben Gehaltsgruppen für kaufmännische, sieben für technische Angestellte; fünf Meistergruppen) werden jetzt alle 937 Beschäftigten nach einheitlichen Eingruppierungskriterien in sieben Entgeltgruppen eingestuft. Zusätzlich konnte die IG Metall eine Reihe wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen mit diesem Tarifvertrag durchsetzen.

Bisher zum Teil außertarifliche Zugaben sind Bestandteil des tariflich gesicherten Grundentgelts. Das bedeutet eine erhebliche Anhebung der unteren Lohngruppen: Mit 1825 DM liegt die unterste Entgeltgruppe 1 um 360 DM über der untersten Lohngruppe des Tarifbezirkes Nordwürttemberg/Nordbaden mit 1464 DM (ohne Leistungszulagen). Die Spanne zwischen niedrigster und höchster Tarifgruppe beträgt bei Vögele 2397 DM gegenüber 2747 DM in Nordwürttemberg/Nordbaden. Dafür allerdings hat sich die IG Metall darauf eingelassen, tariflich festzuschreiben, daß Entgelterhöhungen nur prozentual erfolgen dürfen. Die Leistungszulage von maximal 25% wird prozentual auf das Entgelt gezahlt und ist mit mindestens 15% im Durchschnitt jeder Entgeltgruppe abgesichert. Die Akkordarbeit bei Vögele, wo vorher bis zu 60% der Arbeiter im Akkord gearbeitet hatten, ist damit abgeschafft.

Für die Eingruppierung sind nicht mehr die Anforderungen des Arbeits-

platzes, sondern die persönliche Qualifikation und Erfahrung maßgebend. Dadurch sind Abgruppierungen ausgeschlossen. Tarifvertraglich ist festgelegt, daß das durchschnittliche Eingruppierungsniveau des gesamten Betriebes nicht unter den heutigen Stand fallen darf. Laut Tarifvertrag müssen Überstunden mitsamt Zulagen grundsätzlich durch Freizeit abgegolten werden. Dies ist aber auch ein Vorteil für die Vögele-Kapitalisten, die unterschiedlichen Arbeitsanfall ohne zusätzliche Kosten ausgleichen können. So heben sie auch die Flexibilität der Beschäftigten z.B. bei kurzfristigen Ver-

setzungen hervor, die durch einheitliche Eingruppierung möglich ist. Gerade bei Vögele dürfte ihnen demgegenüber die Anhebung der kaum belegten unteren Lohngruppen nicht weh getan haben; wie auch die Akkordarbeit bei der Herstellung hochtechnisierter Straßenbaumaschinen in Einzelfertigung kaum noch praktikabel war.

Die Reaktionen des Kapitalistenverbandes aber entsprechen dem Erfolg, den die IG Metall insgesamt errungen hat: Sofort nach Abschluß des Entgelttarifvertrages wurden die Vögele-Kapitalisten aus dem Verband ausgeschlossen.

Schichten nach, während für die unteren Lohnklassen, in denen die Frau arbeiten muß, die nötigen Ganztagsplätze bitter fehlen. Noch katastrophaler ist die Lage bei den Krippenplätzen, deren Zahl sehr niedrig ist, obwohl hier die höchste Nachfrage besteht.

Der Beitrag ist ein Steuerungsinstrument, wie Ehlers sagte. Womit wird eigentlich gesteuert? Hierzu einige Daten aus der Steuerstatistik. Bei den verheirateten Steuerpflichtigen mit einem Kind lag der durchschnittliche Bruttolohn bei 3900 DM (Zahlen für 1982), 50% hatten weniger als 3840 DM. Wie stark die Kinderanzahl vom Einkommen abhängt, zeigt sich darin, daß die vergleichbaren Zahlen bei Verheirateten mit zwei Kindern bei 4400 DM bzw. 4030 DM liegen. Die Bruttolohnverteilung der Verheirateten mit drei und mehr Kindern dagegen liegt niedriger als die der Verheirateten mit einem Kind. Hier liegt der Durchschnittsbruttolohn bei 3680 DM, 50% haben weniger als 3500 DM. (Die Zahlen enthalten nur das Lohneinkommen).

Die Erklärung liegt darin, daß die Erziehung von drei und mehr Kindern unter den gegebenen Bedingungen nicht zu machen ist, wenn die Frau noch arbeitet. Bei mehr als zwei Kindern scheidet die Frau aus dem Berufsleben aus, das Lohneinkommen sinkt. Man erkennt diesen Sachverhalt an dem rechten Schaubild. Die Kurve A zeigt die Anzahl der Kinder pro Ehepaar, die Kurve B die Erwerbsquote der Ehefrau; beides abhängig vom Lohn der Steuerpflichtigen. Die Anzahl der Kinder steigt zunächst, fällt dann dort, wo die Erwerbsquote ihren größten Wert hat, und steigt wieder, wo die Berufstätigkeit der Frau nicht

## Hamburg

### Senator Ehlers: „Der Kindergartenbeitrag steuert die Nachfrage“

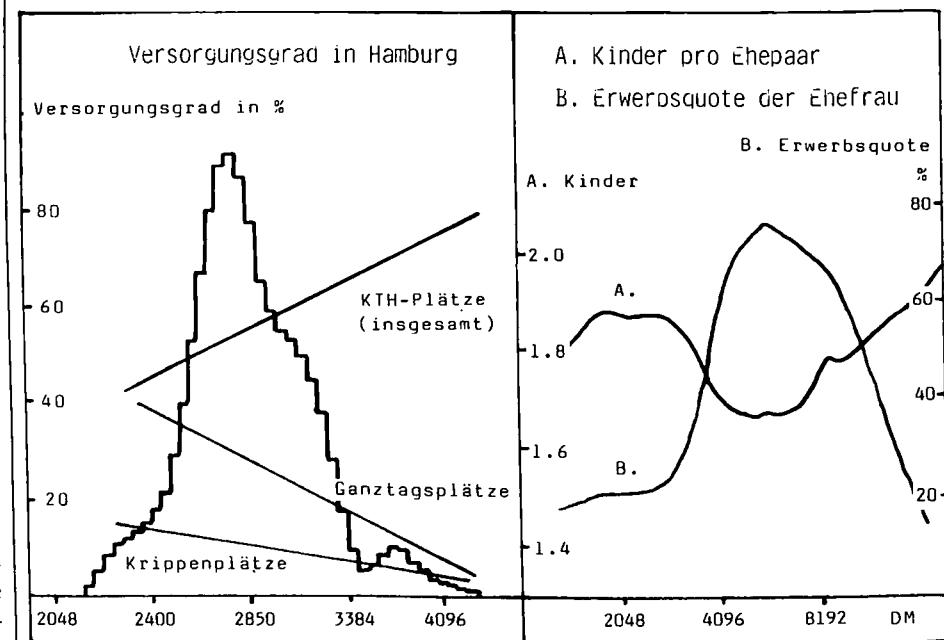
**Hamburg.** Der für die Kindergärten zuständige Senator, Jan Ehlers, erklärte auf einer Veranstaltung der Hamburger Elterninitiative Ende letzten Jahres: „Die Elternbeiträge haben die Funktion, die Nachfrage zu steuern.“ Gerade jetzt häufen sich in den Kindergärten die Abmeldungen, weil sich viele Eltern die hohen Beiträge nicht mehr leisten können.

Auf absehbare Zeit sei eine Änderung des Beitragsgefüges nicht beabsichtigt, erklärte Ehlers. Auf andere Weise kann auch gespart werden. In einem vertraulichen Papier wird die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales aufgefordert zu prüfen, ob sich die Personalkosten sowie die Sach- und Fachausgaben je Kind in den Kindergärten senken lassen.

Wie sieht die Politik des Hamburger Senats im Kindergartenbereich aus? Im Familienbericht des Senats findet sich noch die Bemerkung, daß z.B. durch Senkung der Kindergartenbeiträge mit Bedingungen geschaffen werden, daß Eltern mehr Kinder haben. Zielt dies scheinbar auf die unteren Lohnklassen, so sieht die wirkliche Politik anders aus. Der Hamburger Senat hat um so mehr Kindergartenplätze geschaffen, je wohlhabender ein Stadtteil ist.

Diese Tatsache ist in dem linken Schaubild belegt. Die durchgehende Kurve stellt die Hamburger Stadtteile, verteilt nach dem Durchschnittslohn der Lohnsteuerpflichtigen, dar. Jeder Stadtteil ist in ihr abgebildet; im unteren Bereich sind die Arbeiterviertel wie Veddel oder St. Pauli, im oberen Bereich Blankenese und Othmarschen: eine Einkommensgeografie Hamburgs.

Über dieser Verteilung ist nun aufgetragen, wie hoch der Versorgungsgrad mit Kindertagesheim-(KTH)Plätzen ist. Für jeden Stadtteil wurde der Versorgungsgrad aufgetragen und dann nach einem statistischen Verfahren die Tendenz errechnet. Diese Tendenz ist in den Geraden abgebildet. Kontinuierlich steigt der Versorgungsgrad mit wachsendem Stadtteildurchschnittslohn. In den reichen Stadtteilen steht für nahezu jedes Kind im Kindergartenalter ein Kindergartenplatz zur Verfügung, in den meisten Vierteln dagegen nur etwa für die Hälfte, in den ärmeren darunter. Deutlich sinkt die Anzahl der Ganztagsplätze mit wachsendem Einkommen. Der Senat hat also für die wohlhabenderen Stadtteile Halbtagsplätze geschaffen und kommt damit dem Bildungsinteresse dieser



Je reicher der Stadtteil, desto mehr Kindergartenplätze wurden geschaffen.

nötig ist, weil der Ehemann viel verdient. Im Jahr 1980 waren fast keine Frauen mit drei und mehr Kindern unter sechs Jahren erwerbstätig, gegenüber 32% bei zwei Kindern.

Was bedeuten diese Zahlen? Zum einen müssen die Beiträge so sein, daß Eltern unabhängig vom Einkommen ihre Kinder in den Kindergarten geben können, ohne drastische Einschränkungen hinnehmen zu müssen. Zum anderen ist eine deutliche Anhebung des Versorgungsgrades vor allem mit Ganztagsplätzen nötig. Die Versorgungsrichtwerte im Kindergartenbedarfsplan sind: 15% für Kinder unter drei Jahren, 70% für die Drei- bis Vierjährigen mit 35% Ganztagsplätzen und 100% für die Fünfjährigen. Diese Zahlen wären vom Senat zunächst abzudecken.

Quellenhinweis: Informationsmaterial der Elterninitiative, Lohnsteuerstatistik Hamburg 1977, Kindertagesstättenbedarfsplan



Grundsteinlegung für Dieselmotorenwerk bei Ankara. 600 Entlassungen im Dieselmotorenwerk Hamburg.

betriebsratsvorsitzender Englisch den Vorstand auf – der Vorstand tut das bereits, er sortiert die Unternehmensbereiche nach Profitlichkeit, beschließt Betriebsstilllegungen und die Zusammenlegung von Abteilungen. Die Wupa-Maschinenfabrik, Brüggen, die mit 260 Beschäftigten Präge- und Stanzautomaten herstellt und an der MAN-Roland mit 50% beteiligt ist, hat inzwischen Konkursantrag gestellt. 10000 Arbeiter und Angestellte arbeiten kurz, die Kurzarbeit in München wird genutzt, um neue Bänder zu installieren.

Die Arbeitsgerichtsklage stört die Kapitalisten wenig. Vorstandsmitglied Thiele auf der Gesamtbetriebsratssitzung: Die Belegschaft sei „zu wenig ehrgeizig und flexibel. Auch ich habe mehrfach den Arbeitsplatz wechseln müssen, um weiterzukommen.“ Und Vorstandsvorsitzender Voisard belehrte den Betriebsrat: „Ich bin älter als die meisten von Ihnen. Ich kann Not beurteilen. Es ist noch keine Not.“

### CDU-Jugendkongress Nationalhymne etwas zu schwach

Köln. Mehr als 10000 meist Jugendliche hatte die CDU angekarrt. Freiwillig kamen sie. Und kostenlos. Es gab zu Beginn auch schwarz-rot-goldene Schals, mit einem weißen Streifen. Schwarz-weiß-rot sollte nicht fern sein. Es gab auch T-Shirts und Plaketten. Kostenlos. Die T-Shirts mit dem Berliner Bären kosteten 5 DM und wurden deswegen auch nicht abgesetzt. Informations-Kojen gab es, streng angepaßt an die unangepaßten Formen des Auftretens von Friedensbewegung, Grünen – so wie die CDU es sieht. Die Mittelstandsvereinigung der CDU ne-

ben dem RCDS, die jungen Unternehmer in der CDU neben dem Müslimann vom Arbeitskreis Umwelt. Die berüchtigten Wirtschaftskreise in der CDU verkauften (!) eine Broschüre über den Umweltschutz. Selten hat man junge Unternehmer und Wirtschaftskreisler in Parkas gesehen. Da wirkten die RCDSler im dunklen Anzug richtig antiquiert. Die CDU demonstrierte „der Jugend“ Widersprüche und daß sie sie aushält. Angetreten waren neben dem JU-Vorsitzenden Wissmann Bundeskanzler Kohl, die Minister Geißler, Barzel, Blüm, Riesenhuber, Wilms und Wörner, Ministerpräsident Albrecht und die Westberliner Senatoren Pieroth und Fink sowie Walter Leisler-Kiep.

Die Themen ihrer Diskussionsforen waren provokant, aber fragend. „Frieden schaffen ohne Waffen; wir sichern den Frieden in Freiheit.“ Referent der Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred Wörner. „Ausländer raus?“ „AKW – nee?“, „BAFÖG – Faß ohne Boden?“, „Ausländer raus?“ Bundesrepublik: Sozialstation der Welt? Asylanten in Deutschland“. Also ist die BRD trotz allem Deutschland. Und die BRD/Deutschland ist im Asylproblem wenigstens was soziales für die Welt. „Gegen den Radikalismus von rechts und links – zum 50. Jahrestag der Machtergreifung“ sprach Dr. Rainer Barzel. Er habe sich nicht besonders vorbereitet, sagte er, und die Verbrennung der Bücher Andersdenkender habe er als das schlimmste im Faschismus empfunden. Derweil verbrannten Anhänger der CDU Flugblätter, die BWK und KPD verteilt.

Er trat unbedingt und entschieden und jetzt und hier und heute dafür ein, daß jedermann sich an Wahlen beteiligen kann, auch und gerade die Kommunisten. Beifall. „Aber natürlich gehören diese Leute nicht in den öffentlichen Dienst und angesichts von zweieinhalb Millionen Arbeitslosen ist in jedem Betrieb die Loyalität erforderlich, die Kommunisten nicht aufbringen. Nicht aufbringen können.“ Ausdrücklich benannte er als Aufgabe der „deutschen Jugend“, daß man den Militarismus der DDR bekämpfen müsse. Unverzichtbar seien die deutschen Ostgebiete. Das habe ihm angelegentlich eines Besuches dort ein Kellner bestätigt. Der wendige Arbeitsminister Blüm hatte viele Sprüche auf Lager, ließ aber niemanden sprechen, der ausgesprochen gegen ihn war. Als Bundeskanzler Kohl sprach, verließ ungefähr ein Drittel der Zuhörer den Saal. Das waren die aus Köln. Die aus Bremen mußten wegen der Busse bleiben. Zum Schluß wurde die Nationalhymne gesungen. Mit Tonbandunterstützung, damit sie wirkte. Es sangen nämlich zu wenige mit. So ganz gelungen war die Veranstaltung nicht.

## MAN München Kapitalisten verweigern Sozialplan

München. 450 Arbeiter und Angestellte wurden bis Weihnachten wegen der „sich in den letzten Monaten fortsetzenden rückläufigen Entwicklung des Nutzfahrzeugabsatzes“ (Kündigungsbeschreiben) bei MAN entlassen. In zähen Verhandlungen mußte der Betriebsrat eine eher magere Abfindungsregelung durchsetzen (im Schnitt 2000 bis 4000 DM), nachdem die Kapitalisten sich zuerst weigerten, überhaupt einen Pfennig zu zahlen. Denn schließlich hatten sie die Belegschaft nur um 4,8% reduziert – erst ab 5% ist laut Betriebsverfassungsgesetz ein Sozialplan unter Mitwirkung des Betriebsrats nötig.

Dementsprechend weigerten sie sich auch dann, das Wort „Sozialplan“ in die Abfindungsregelung mit aufzunehmen zu lassen, denn offensichtlich haben sie weitere Entlassungspläne, von 2000 in allen Werken wird gesprochen. Der Betriebsrat und der DGB klagen jetzt vor dem Arbeitsgericht auf Anerkennung der Abfindungsregelung als Sozialplan und gegen das Vorgehen des MAN-Vorstandes, der bei den Entlassungen erst nachträglich den Betriebsrat gehört hatte. Parallel dazu klagen etwa 160 gekündigte Arbeiter und Angestellte gegen ihre Entlassung.

„Zeigen Sie uns, daß sie mehr können, als nur Menschen entlassen ... Jetzt, wo uns der Wind ins Gesicht bläst, sollten Sie mal zeigen, wofür Sie ihr Geld verdienen“, forderte Gesamt-

## Höchste Mietsteigerungen bei den schlechteren Wohnungen

**Stuttgart.** Seit zehn Jahren gibt es in Stuttgart einen Mietspiegel. Er wird von der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein Stuttgart und dem hiesigen Haus- und Grundbesitzerverein erstellt. Beim ersten Mietspiegel von 1972, Mietwerttabelle genannt, hatte der Haus- und Grundbesitzerverein zwar durch Erhebungsmaterial unter seinen Mitgliedern mitgewirkt, sich dann aber ablehnend verhalten. Erst als mit dem 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz, das am 1.1.75 in Kraft trat, die Mietwerttabelle als „mögliches Beweismittel“ ins Gesetz einging, hat er sie als „notwendiges Übel“ akzeptiert.

Für den Haus- und Grundbesitzerverein ist das System der ortsüblichen Vergleichsmiete trotzdem untauglich,

weil es die Heranführung der Bestandsmieten an die Marktmiete hemme. Deshalb, so ein Vertreter des Vereins, sollten Mieterhöhungen auch mit *jeder* Begründung (z.B. steigende Lebenshaltungskosten) unter Berücksichtigung gewisser Fristen zulässig sein. Mit dem neuen Mietgesetz vom 20.12.82 ging dieser Wunsch in Erfüllung. Es ist die Staffelmiete, die hier begehrte wurde. Oberbürgermeister Rommel (CDU) hatte sich auch dafür stark gemacht.

Nun ist es keinesfalls so, daß der Mietspiegel ein Hemmschuh für eine stetige Mietsteigerung in Stuttgart gewesen wäre. Ganz im Gegenteil ist er eben auch Spiegelbild für tatsächlich zum Teil gewaltige Erhöhungen. Dem Mietspiegel 1976 lag eine Untersuchung der Mietverhältnisse von ca.

5000 Wohnungen zugrunde. Er unterscheidet, im Gegensatz zur Mietwerttabelle von 1972, als einen weiteren Faktor neben Wohnlage und -ausstattung die Größe der Wohnung in qm. Damit wurde festgeschrieben, daß je kleiner die Wohnung, um so höher der Quadratmeterpreis.

Zweimal, 1978 und 1981 wurden diese Grunddaten fortgeschrieben. Jedesmal wurden kräftige Mietzinssteigerungen erfaßt. 1981 gegenüber 1978 durchschnittlich 12%. 1982, als neue Erhebungen gemacht wurden, gibt es eine Steigerung von rd. 7,8% gegenüber dem Vorjahr.

Wir haben die prozentuale Mieterhöhung bei allen Faktoren jeweils zwischen zwei aufeinanderfolgenden Mietspiegeln untersucht. Fast immer gilt, daß die Qualität der Wohnlage in umgekehrtem Verhältnis zur Mieterhöhung steht. Je schlechter die Wohnlage, um so drastischer war die Mieterhöhung. Beispiel Mietspiegel 1982 gegenüber 1981, jeweils mittlere Ausstattung; in der Reihenfolge einfache Wohnlage, mittlere, gute, beste: Altbau bis 1948: 11,1%, 9,2%, 9,2%,

## Mieterhöhungen bei Altbauwohnungen in Stuttgart

**Stuttgart.** 123 000 Haushalte, das ist die Hälfte aller Haushalte, wohnen in Stuttgart in Altbauwohnungen. Die meisten davon gehören zu den 91 000 Wohnungen (35%) in schlechter Lage und mit schlechter Ausstattung. Diese findet man im Stadtinnen und in den Ortskernen der Stuttgarter Vororte. In beiden Fällen sind die Wohngebiete von Durchgangs- und Autobahnzufahrtsstraßen durchschnitten. Grün- und Freiflächen findet man kaum in der Nähe.

Trotzdem ist die Miete bei diesen, vor 1949 gebauten Wohnungen am stärksten gestiegen. Zwischen 1976 und 1981 um 20% und zwischen 1978 und 1981 um 13,7%. Zum Vergleich: Die Wohnungen, die zwischen 1969 und 1975 errichtet wurden, hatten eine Steigerung von 12% bzw. 8,3%. Das liegt vor allem daran, daß bei neuen Wohnungen gleich höhere Eingangsmieten verlangt wurden und ein starker Wechsel bei Altbauwohnungen überproportionale Steigerungsraten brachte.

Dabei spielt vor allem bei Altbauwohnungen die Wohnlage eine Rolle. Es gibt auch Altbauwohnungen in bevorzugter Stuttgarter Hanglage. Als Beispiel haben wir die beste und die schlechteste Wohnlage gewählt. Die Definition nach dem Mietspiegel

lautet:

„Einfache Lage: kompakte Bauweise mit wenig Freiflächen und/ oder starken Immissionen in nicht bevorzugten Wohngebieten; Lage inmitten- oder im Windschatten von Industrie, bei dichter Bebauung die Lage an Hauptverkehrsstraßen und Hinterhausbewohnung bei unzureichender Besonnung und Durchgrünung.“

„Beste Wohnlage: Absolut ruhige Wohnlagen in aufgelockerter, ein-

bis dreigeschossiger Bauweise bei völiger Durchgrünung des Wohngebiets, hinreichender Infrastrukturausstattung und günstiger Lage zur Innenstadt und zu Freizeiteinrichtungen.“

Verglichen wird bei beiden die Entwicklung des Quadratmeterpreises von 1972 auf 1982. Gute Ausstattung: 3,70 DM auf 5,70 DM (54%) bei einfacher Lage. 5,15 DM auf 6,45 DM (25%) bei bester Lage. Bei einfacher Ausstattung ist es ähnlich: 59,5% Steigerung in einfacher Lage, 30% in bester Lage. (Grundlage der Berechnung sind jeweils die Höchstwerte in den Mietspiegeln).



Eine der am meisten befahrenen Straßen mit überwiegend Altbauwohnungen im Stuttgarter Ortsteil Heslach.

„0% Steigerung. Neubau 1948 bis 1960: 15,7%, 14,6%, 15,1%, 8,7% Steigerung. Neubau 1961 bis 1968: 15,9%, 13,9%, 9,5%, 3,5% Steigerung. Neubau 1969 bis 1975: 11,0%, 9,8%, 7,9%, 3,8% Steigerung. Es wurden jeweils die durchschnittlichen Prozenterhöhungen der maximalen Miete gewählt.

Nicht so regelmäßig, aber vor allem bei älteren Wohnungen, läßt sich auch feststellen, daß bei gleicher Wohnlage die Wohnungsmieten am kräftigsten bei einfacher Wohnungsausstattung gestiegen sind. Darin spiegeln sich die Wucher mieten wieder, wie sie vor allem gegenüber Ausländern, die häufig auf solche Wohnungen (Altbau, einfache Ausstattung) angewiesen sind, durchgesetzt werden konnten.

Inzwischen ist der neueste Mietspiegel 1982 auch schon überholt, weil künftig nach dem neuen Mietgesetz in die Berechnung des Mietspiegels nicht mehr alle Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau einbezogen werden, sondern nur noch die, bei denen in den letzten drei Jahren neue Mietverträge abgeschlossen wurden. Der nächste Mietspiegel wird dadurch ein wesentlich höheres Mietniveau wiedergeben und in seiner Folge, wie das immer nach neuen Mietspiegeln der Fall war, höhere Mieten nach sich ziehen.

In Stuttgart werden jährlich zwischen 20000 und 25000 neue Mietverträge abgeschlossen. Oberbürgermeister Rommel weiß das zu unterstützen. Er wirft den alten Leuten vor, viel zu viele von ihnen hätten zu viel Wohnraum. Wohnungen, oft seit Jahrzehnten vom gleichen Mieter bewohnt, sind aber billiger. Ein Umzug könnte am leichtesten eine erhebliche Mietsteigerung nach sich ziehen.

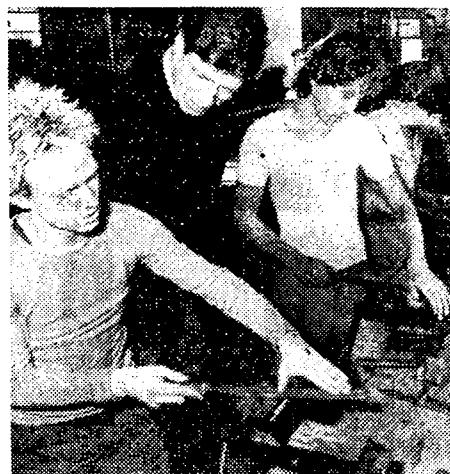
Quellenhinweis: Beiträge zur Stadtentwicklung 20, Wohnort Stuttgart, Hrg. Stadt Stuttgart; verschiedene Mietspiegel, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Stuttgart; Veröffentlichung des Mietervereins und des Haus- und Grundbesitzervereins Stuttgart

## Bremen Arbeitsdienst für Sozialhilfeempfänger

**Bremen.** Im Dezember vorigen Jahres hat Bremens Senator für Soziales, Jugend und Sport, Henning Scherf, in Abstimmung mit den Ministerkollegen aus den SPD-regierten Bundesländern vor der Presse in Bonn ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger gefordert. Der Hintergrund dieser Initiative: Zwischen 1973 und 1980 wuchsen in der BRD die Ausgaben „der Hilfe zum Lebensunterhalt“ (außerhalb von Anstalten) von 1,7 Mrd. auf 3,7 Mrd. DM, die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg

in diesem Zeitraum von 861000 auf 1254000. Besonders stark war der Anstieg bei Personen im erwerbsfähigen Alter.

Gemeinsam ist den bürgerlichen Politikern, daß sie für die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, die Armut wachsender Bevölkerungsteile, nicht zahlen wollen und sich vor dem politischen Preis ebenfalls fürchten. In ihren Worten ausgedrückt: „finanzielle Katastrophe für die Kommunen“



Senator Scherf beim Besuch eines Schlossereibetriebs. Die Kosten der Ausbildung werden aus Jugendhilfemitteln bezahlt.

„mit bedrohlichen Wirkungen für die soziale Ordnung der Bundesrepublik“. Die christdemokratische Antwort: Senkung der Sozialhilfeausgaben durch Senkung der offiziellen Armutsgrenze (Mindestbedarf für den Lebensunterhalt im Sinne der BSHG-Regelsätze). Die sozialdemokratische Antwort: Umwandlung der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt in Arbeits einkommen. Scherf: „Die beste Sozialpolitik ist ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm“, man solle „die Unterhaltssubventionen in beschäftigungs- und einkommenswirksame Ausgaben umwandeln, dies gilt sowohl für die Sozialhilfeausgaben als auch für die Arbeitslosenunterstützungen“.

Eines der von Scherf vorgeschlagenen Projekte ist die Wiederverwertung von Sperrmüll. Ehemalige Sozialhilfeempfänger sollen den Sperrmüll nach Weiterverwendungsmöglichkeiten sortieren. „Die Bezahlung der 20 Kräfte dürfte etwa 160000 Mark im Jahr betragen“. Man rechne sich aus, welches „Arbeitseinkommen“ der Senator zubilligt! Die reparierten Möbel werden anderen Sozialhilfeempfängern als einmalige Hilfe zur Verfügung gestellt. „Wir müßten sonst neue Einrichtungen kaufen“. Oder das Beispiel Nachbarschaftshilfe: „Eine junge Sozialhilfeempfängerin mit Kind könnte durchaus in Teilzeitarbeit einer älteren Nachbarin helfend zur Hand gehen. Ihr Gehalt würde sie vom Sozialamt bekom-

men, das dadurch Pflegekosten spart.“ Je konkreter die Ausführungen werden, um so offensichtlicher wird: Es ist kein Programm zur Lösung des tatsächlichen Problems der Sozialhilfe- und Arbeitslosenempfänger, nämlich über keine ausreichenden finanziellen Mittel zum Leben zu verfügen, sondern ein Programm zur billigen Vernutzung der Arbeitskraft mit dem doppelten Effekt, sich zusätzlich anderer, vom Staat zu tragender Kosten, zu entledigen. Ein Hohn ist es, wenn der Weser-Kurier schreibt, bei diesem Projekt handele es sich nicht um eine neue Art Arbeitsdienst, schließlich würden die Sozialhilfeempfänger einen Arbeitsvertrag erhalten.

Quellenhinweis: Weser-Kurier vom 12.10., 15.12., 18./19.12.82, Frankfurter Rundschau vom 20.1.83

## Hanns-Seidel-Stiftung Deutschnational und europäisch

**München.** Am 5.2. veranstaltete die CSU-eigene Hanns-Seidel-Stiftung ein Seminar zur Deutschland- und Ostpolitik. Hauptredner Erzherzog Otto von Habsburg, für die CSU im Europaparlament und Präsident der PanEuropa-Union, gab sich recht optimistisch in der deutchnationalen Perspektive, verlangte aber eine Abkehr von der „engen Politik vor der Mauer“ und das Befolgen einer Eurostrategie. Auch die anderen Europäer wollten dies von den deutschen als Führungsmacht, was ja nur logisch sei bei den Aufgaben und Zielen wie: „Integration von ganz Deutschland im europäischen Staaten system“, „Wahrnehmung der Obhutsverpflichtung gegenüber den Auslandsdeutschen – insbesondere in Osteuropa“ und „Einbeziehung von ganz Kontinentaleuropa in den Integrationsprozeß“.

Da brauchte der Abkömmling der Herrscher des Habsburgschen Völker gefängnisses deutsche Vergangenheit nicht bemühen, sondern konnte Erfolge der Europäer auf diesem Weg vor führen: Rundum erfolgreiche Zusammenarbeit der EG im Falklandkonflikt, Übereinkommen der Europäer in der maritimen Sicherheitspolitik, die ja weit vor den eigenen Grenzen beginne oder das erstarkende Verantwortungsbewußtsein der Europäer für kontinentaleuropäische Belange, wie das z.B. in der Resolution zur Dekolonialisierung des Baltikums oder zur Ungarnfrage zum Ausdruck komme. Freiheit für den ganzen Kontinent! Aber bitte mehr Kämpfertum für die gerechte Sache, meine Zuhörer! Großdeutscher Eifer des Europäers Habsburg als Vorbild der Nation.



Minister Pirkl (Vorsitzender der Stiftung) und Habsburg: „Europäer zum Schutze des Abendlandes“

So sicher man die deutsche Frage nur europäisch lösen könne, so sehr muß man sie am Kochen halten: Deutschland als Staat hat 1945 nie und nimmer kapituliert. Der 8. Mai war eine „rein militärische Handlung“, so daß das deutsche Reich zumindest in den Grenzen von 1937 fortexistiert, und als solches längst oder noch immer *rechtsfähig*, aber leider nicht mehr oder noch nicht *geschäftsfähig* ist. Was not tut, ist die Schaffung eines gesamtdutschen Organs. Das sei die Wahrheit, sagen die Wissenschaftler der Stiftung, die aber kaum einer mehr kenne wegen des sich ausbreitenden Mißbrauchs von Sprache und Geschichte. Dem müsse man abhelfen, und erfreulicherweise tue die CSU etwas: Wie aus einer Landtagsanfrage bekannt wurde, bastelt sie an einem Unterrichtsfach „Ostkunde“. Und Habsburg will das Bekenntnis zum „Wiedervereinigungsgebot“ von jedem, weil es Verfassungsziel ist. Wer sich widersetze, sei als Verfassungsfeind zu behandeln.

### Schleswig-Holstein Barschel und die Neuordnung Europas

Flensburg. Seit Barschel Ministerpräsident von Schleswig-Holstein ist, wird unter der Propaganda „die Beziehung zur dänischen Minderheit verbessern“ der alte Deutschnationalismus neu aufgelegt. Der „Bund deutscher Nordschleswiger“ (BdN) stellt 1983 28,2 Mio. DM für „kulturelle und soziale Arbeit zur Stützung des deutschen Bewußtseins“ zur Verfügung. Die Gelder fließen so reichlich, daß der 1. Generalsekretär des BdN öffentlich verkündet, daß es mit den Finanzen nun genug sei, sie bräuchten mehr ideelle Un-

terstützung für das deutsche Bewußtsein. Flugs geht Barschel daran, Sonderregelungen für ethnische Minderheiten zu fordern. Auf einer Heimattagung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), an der nach Zeitungsberichten deutsche Minderheiten aus Dänemark, Belgien, Frankreich, Italien, Ungarn sowie pommerische Landsmannschaften teilnahmen, führte er aus, daß gerade das Bewußtsein des Heimatgedankens und ein „Europa ... ohne politische Grenzen den besten Schutz für den Bestand der ethnischen Minderheiten gewährleisten könne“.

Die Grundlage für die Politik der CDU führte Barschel 1977 in einer Festschrift zum 70. Geburtstag des ehem. Nazi-Gauhauptredners des Gaus Nordmark und heutigen Landtagspräsidenten Helmut Lemke aus. Gehandelt wird die „Schleswig-Holstein-Frage ... im Kraftfeld der europäischen Politik“. Sehr viel Wert legt er auf die Frage der „Neuordnung der Grenzen“. Mit der Päppelung von nationalem Gedankengut soll wieder einmal die Europa-Frage gelöst werden. „Auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa erwächst die geschichtliche Chance, die über Jahrhunderte so unversöhnlich erschienenen Gedanken der Nationen einerseits und der heimatlichen Regionen andererseits auf dem Wege zu einer neuen staatlichen Dimension miteinander zu verbinden“.

Um nicht den Eindruck zu erwecken, Barschel hätte nur aus den Richtlinien des Außenministers J. von Ribbentrop vom 5.4.1943 abgeschrieben, hier ein Zitat: „2. Für die propagandistische Behandlung der Europa-Frage muß es vorerst noch sein Bewenden dabei haben, daß wir in allgemeiner Formulierung bei sich bietenden Anlässen zum Ausdruck bringen, unser Ziel sei die Schaffung einer gerechten Neuordnung, die den europäischen Völkern eine gesicherte Existenz in enger wirtschaftlicher und kultureller Verbundenheit ... ermöglichen werde“.

Mitte Januar forderte nun der CDU-Kreisfraktionsvorsitzende und Vorsitzende der Europa-Union, daß die „oft rückwärts gerichtete grenzüberschreitende Politik mit Samthandschuhen zu einer vorwärtsgerichteten Politik mit europäischer Perspektive kommen“ müsse. Der dänische Amtsbürgermeister vom Amt Nordschleswig brachte „seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß Politiker südlich der Grenze von neuen grenzüberschreitenden Initiativen reden, ohne konkret zu sagen, was an der bisherigen pragmatischen Zusammenarbeit eigentlich schief läuft“.

Quellenhinweis: Helmut Lemke, Festschrift zum 70. Geburtstag 1977, Hrsg. Dr. Dr. Uwe Barschel; Ulrike Hörster Phillips, Großkapital und Faschismus 1918-1945.

### Hochschule Lehramtsstudienplätze werden gekürzt

Mannheim. 600 Studienplätze für das Lehramt an Gymnasien will die baden-württembergische Landesregierung ab dem Wintersemester 1983/84 an den Universitäten streichen. Waren es 1977 noch über 4000 Lehramtsstudienplätze, würden bei Durchführung des Beschlusses nur noch 800 übrig bleiben. Drei Alternativen hat die Landesregierung den Universitäten zur Auswahl gestellt:

- gleichmäßige Kürzung von 44% an allen Hochschulen;
- Streichung der Lehramtsausbildung in Hohenheim, Aufhebung von Teilbereichen an den anderen Unis;
- Streichung der Lehramtsausbildung in Mannheim, Hohenheim, Stuttgart, Karlsruhe und Ulm, Streichung von Teilbereichen an den übrigen Universitäten.

Die dritte ist die von der Landesregierung favorisierte Alternative. Paßt sie doch am besten in das Konzept der Spezialisierung der kleinen Universitäten in sogenannte zukunftsträchtige Bereiche.

Für Mannheim hieße das, daß die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche nur noch Zuträgerdienste für die Wirtschaftswissenschaften leisten (die Hälfte der Mannheimer Studenten belegt Betriebs- bzw. Volkswirtschaftslehre). So wurde durch eine neue Prüfungsordnung ab diesem Semester das Fachgebiet Klinische Psychologie gestrichen und stattdessen ein neuer Lehrstuhl für Wirtschaftspsychologie eingerichtet. Jetzt droht zumindest der Wegfall der slawischen und romanischen Sprachen. Gleichzeitig kursiert in dem betroffenen Fachbereich Sprachen- und Literaturwissenschaften (SPLIT) die Empfehlung einer Studienreformkommission, die die Umwandlung von Lehramts- in Diplomstudiengänge vorsieht. Diplom-Germanisten und Diplom-Anglisten mit vermuteten Berufschancen in der Erwachsenenbildung, Familienberatung, Verlagen usw.

Der studentische Protest dagegen ist schwach. Doch gelang es, im Fakultätsrat SPLIT eine Entschließung gegen jede Art von Kürzungen durchzusetzen. Viele der Studenten sind jedoch der Meinung, daß an den Kürzungsplänen eh nicht mehr viel geändert werden könne und es jetzt darauf ankomme, für die Mannheimer Universität das Beste herauszuholen. Zumal eine Organisation von landesweiten Gegenmaßnahmen über die Landesastenkonferenz noch nicht geleistet wurde.

## Lebensbedingungen im Asylantenlager – Abschreckungswirkung in alle Länder erwartet

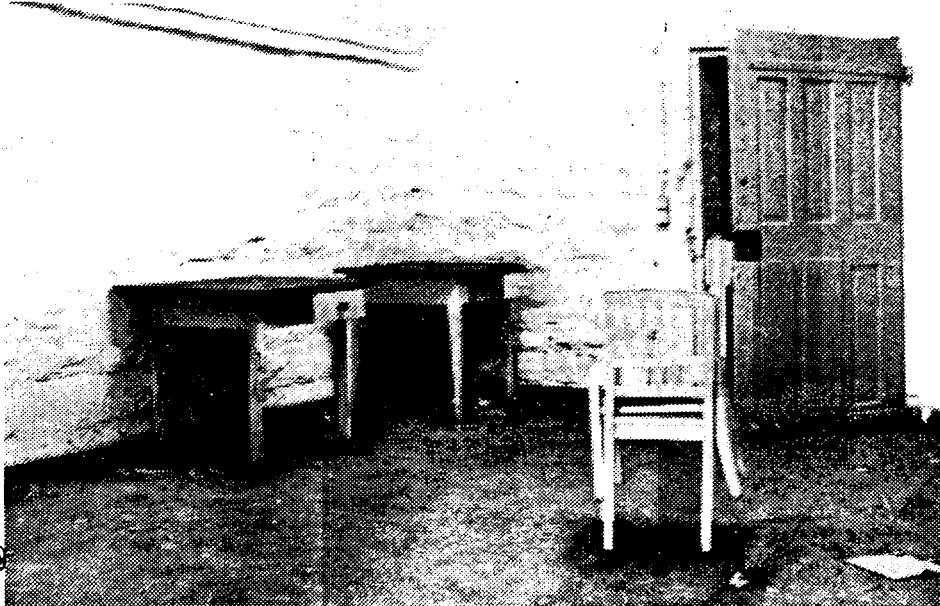
**Göttingen.** Am Rand der Stadt Göttingen, zwischen Autobahnzubringer, Fabriken, Tankstellen und sonstigen gewerblichen Nutzflächen, liegt das Hotel „Astoria“. Eiligst hochgezogen in den frühen 50er Jahren, als es gelang, den Ruf der Stadt als Kongressstadt auszubauen und akuter Bettenmangel herrschte, war das Hotel schon lange kein gutes Geschäft mehr. Übernachtungsgäste suchen sich gemütlichere Bleiben. Für die Hotelbesitzerin kam die Wende im Sommer 1982. Die Bezirksregierung Braunschweig schloß mit ihr einen dreijährigen Unterbringungsvertrag für Asylbewerber, offiziell und beschönigend wird das Hotel „Astoria“ jetzt „Zentralwohnheim“ genannt.

„Entsprechend der Zielsetzung des Gesetzentwurfs sollen die Zugänge von Asylbewerbern als Folge der vorgesehenen Maßnahmen – Umwandlung der Geldleistungen an Asylbewerber in Sachleistungen, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften – zurückgehen. Langfristig ist daher mit einer Reduzierung der bisherigen Ausgaben zu rechnen.“ „Es kommt ... entscheidend darauf an, für Personen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen Asyl beantragen, den ökonomischen Anreiz zu verringern.“ Wen es „nur“ deshalb, weil er Lohn und Auskommen sucht, um den halben Erdball verschlägt, den darf man in Lager sperren, mit Arbeitsverbot belegen, mit „Sachleistungen“ mißhandeln. Es

Im Hotel „Astoria“ sind zwischen 140 und 150 Asylbewerber in Mehrbettzimmern mit einem Raumanspruch von mindestens 5 Quadratmetern und höchstens 7,5 Quadratmetern pro Person eingepfercht. Pro Tag und Asylant zahlt die Bezirksregierung an die Hotel-eigentümerin 30,20 DM inclusive Verpflegung. Macht monatlich ca. 135000 DM. Die Hoteleigentümerin wurde so gleich schwer krank und pflegt seither sich und ihr Bankkonto. An ihrer Stelle setzte sie einen Geschäftsführer ein, außerdem wurde ein Koch eingestellt. Beide sind schon wieder entlassen. Das Essen des Kochs kippten die Asylbewerber aus dem Fenster oder trugen den übelriechenden, undefinierbaren Brei zum Rathaus und traten in den Hungerstreik. Das Abendbrot bestand für ausgewachsene Leute aus zwei dünnen, durchsichtigen Brotscheiben mit etwas Belag. Der Geschäftsführer wurde gekündigt, nachdem vier Asylbewerber ihn wegen sexueller Nötigung angezeigt hatten und die Sache zum öffentlichen Skandal wurde.

Das Hotel „Astoria“ ist eine Bruchbude vom Keller bis zum Dach. Scheiben sind eingeschlagen, Teppichböden zerfetzt, Tapeten vergilbt und dreckig. An Renovierung ist aber nach Auskunft der Eigentümerin erst zum Vertragsende, also Sommer 1985, gedacht. Vor kurzem schloß das städtische Gesundheitsamt wegen hygienisch unhaltbarer Zustände die Kochgelegenheiten für die Asylanten: nirgends etwas Gekachelter, von dem das verspritzte Fett hätte abgewischt werden können. Diese Küchen waren das Ergebnis des Hungerstreiks, die Asylanten sollten selber kochen. Geblieben war aber der zentrale Einkauf für alle: Tagelang hintereinander gab es pro Kopf ein Pfund Hühnerklein. Jetzt wird das Essen fertig angeliefert.

Auf zwei Jahre ist das Arbeitsverbot für Asylbewerber ausgedehnt worden. Aber auch danach verweigert das Arbeitsamt zum Teil die Vermittlung mit dem Argument, es seien genügend Deutsche da. Dagegen ist die Zwangsarbeit gesetzlich vorgesehen, wenn auch in Göttingen noch nicht angewandt. Die Asylbewerber werden zu Bittstellern beim Sozialamt gemacht und dort mit „Sachleistungen“ abgespeist. Wer z.B. einen Mantel brauchte, mußte zuerst zum Deutschen Roten Kreuz und zur Arbeiterwohlfahrt und sich dort eine Bescheinigung geben lassen, daß in den Kleiderkammern nichts Passendes für ihn da war; erst dann be-



Aufenthaltsraum im Zentrallager Tübingen

Insgesamt soll es jetzt schon 14 Asylantenlager in Niedersachsen geben, die meisten stammen aus dem letzten halben Jahr. Da sich Gemeinden – so auch die Stadt Göttingen, die nur Ärger erwartete, – weigerten, Asylantenlager zu errichten, zog das Land Niedersachsen per Gesetzesänderung erst einmal alle Befugnisse an sich. In der Begründung zum Aufnahmegericht heißt es: „Während für Asylbewerber außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften monatliche Kosten in Höhe von 500 bis 750 DM je Person entstehen, werden sie bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften 1000 bis 1500 DM betragen.“ Trotzdem: „Das Gesetz wird gegenüber der gegenwärtigen Regelung auf Dauer keine Mehrkosten verursachen.“ Wie das?

wird ihm gehen wie einem Hund. Aber er ist auch „nur“ Arbeiter.

Die eleganteste Lösung für die Einrichtung eines Asylantenlagers ist die, es einen „gewerblichen Unternehmer“ machen zu lassen. Da die Bezirksregierung Braunschweig einen Unterbringungsvertrag, nicht einfach einen Mietvertrag, mit der Hoteleigentümerin schloß, ist diese für alles im Lager verantwortlich. Für bauliche und räumliche Verhältnisse, für das Essen, für die Ordnung im Lager, Reparaturen, Renovierungen etc. Dafür erhält sie eine Pauschale. Was übrig bleibt, ist ihr „angemessener Gewinn“. Derart eingesetzte Privatinitiative führt unfehlbar den Zweck des Gesetzes, die Abschreckung weiterer Asylbewerber, herbei.

kam er Geld. Diese Regelung wurde aufgehoben, nachdem die örtliche Arbeiterwohlfahrt sich geweigert hatte, weiter mit dem Sozialamt zusammenzuarbeiten. Das vom Sozialamt gezahlte „Taschengeld“ wurde im Oktober 1982 um 20 Prozent von 87 DM auf 69,90 DM zusammen gestrichen. Davon ist vom Waschpulver über Busfahrten bis hin zu Rechtsanwaltskosten (bei mehrjährigen Asylverfahren leicht 800 DM) der Unterhalt des täglichen Lebens zu bestreiten. Ein Antrag der Grünen im Stadtrat, kostenlose Busfahrkarten auzugeben, wurde von der CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt.

Nach dem Willen von Gesetz und Behörden soll die Isolation der Asylanten möglichst vollständig sein. Ihre Aufenthaltserlaubnis ist auf die jeweilige Kommune begrenzt. Reiseerlaubnisse werden nicht erteilt, es sei denn, z.B. ein Familienangehöriger ist gestorben. Neuerdings gehen Ausländerbehörden dazu über, die Pässe einzubehalten. Reisen Asylbewerber trotzdem und werden erwischt, hat dies negative Folgen für ihren Asylantrag. Um die Verständigung untereinander zu erschweren, werden Angehörige möglichst vieler Nationalitäten zusammengefaßt; in Göttingen kommen die 150 Asylbewerber aus 18 Ländern. Jede irgendwie zweckgerichtete Tätigkeit soll unterbunden werden. Die Bezirksregierung Braunschweig lehnte die Finanzierung von Deutschkursen ab, ebenso die Bereitstellung von Werkzeugen für diverse Handarbeiten. Stattdessen wurden Flipper-, Billard- und Tischfußballgeräte aufgestellt.

Leben in derartigen Asylantenlagern macht krank. Am Ende eines zwei- oder dreijährigen Asylverfahrens werden derzeit lediglich 5% der Bewerber aus vom Imperialismus unterdrückten Ländern anerkannt. Nach einer Untersuchung in einem Tübinger Lager leiden 60% der Asylbewerber an Depressionen, 50% trinken Alkohol in gesundheitsgefährdendem Ausmaß. Ähnliches gilt auch für das Göttinger Lager. Kleinigkeiten lösen die heftigsten Aggressionen untereinander aus. Die Polizei wird zum häufigsten Besucher im Lager. Die genaue Zahl der Selbstmorde ist nicht zu erfahren.

Bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Asylbewerber will die niedersächsische Landesregierung vor allem Ruhe. In den Lagern wird die Zerstörung der Persönlichkeit der Asylbewerber und ihre anschließende Abschiebung geräuschlos, schnell, systematisch, ja fast fabrikmäßig betrieben. Deshalb sagt der Göttinger CDU-MdB und jetzige parlamentarische Staatssekretär H.-H. Klein: „Die Asylanten-Politik ist zu empfindlich, als sie unnötig mit Skandalen, Gerüchten und Verdächtigungen zu belasten.“

## 30 Ablehnungsbegründungen, alle gleichlautend und schon vorgedruckt

*Du bist Mitglied im Göttinger Ausländerbeirat. Welche Ausweisungen sind Euch in Göttingen bekannt und welche Möglichkeiten hat der Ausländerbeirat?*

Man muß unterscheiden zwischen Asylbewerbern und Ausländern mit gültiger Aufenthaltserlaubnis. Wer eine gültige Aufenthaltserlaubnis hat, kann z.B. trotzdem ausgewiesen werden, wenn er länger als 3 Monate Sozialhilfe bezieht. Mir sind zwei Fälle bekannt, in denen Ausländer sofort nach Bezug von Sozialhilfe Schreiben der Ausländerbehörde bekamen, in denen sie vor weiterer Inanspruchnahme gewarnt wurden, wenn sie nicht ausgewiesen werden wollten.

Ein anderer Ausweisungsgrund ist der Verstoß gegen Gesetze. Dabei ist die Handhabung sehr uneinheitlich. Ein Türke z.B. hatte eine Wirtshausschlägerei mit zwei Deutschen. Er bekam eine Geldstrafe und wurde ausgewiesen. Ein anderer wurde mehrmals wegen Trunkenheit am Steuer erwischt, er wurde nicht ausgewiesen. Ein anderer Ausweisungsgrund ist politische Betätigung. Was die Asylanten betrifft, so ist deren Ausweisung noch einfacher. Die illegal Eingereisten werden sofort ausgewiesen, bei den Asylantragstellern wird z.B. von den Türken praktisch keiner positiv entschieden. Allein im letzten Jahr habe ich ca. 30 Ablehnungsbegründungen gesehen, die alle gleichlautend und schon vorgedruckt waren, so daß lediglich noch der Name eingefügt werden mußte. Danach ist

die Türkei jetzt wieder demokatisch, Folter nicht zu befürchten usw.

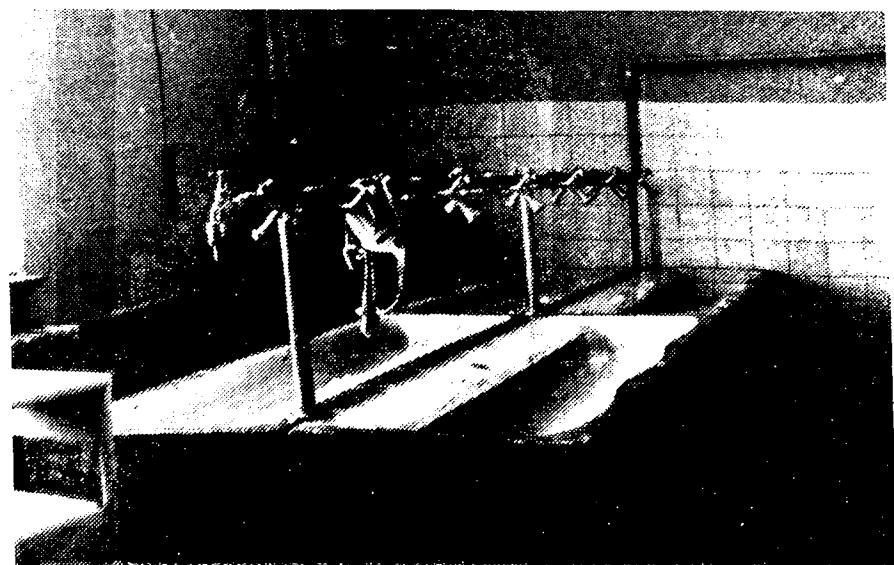
Bei diesen Verfahren hat der Ausländerbeirat keinerlei Rechte. Alle unsere Versuche, zumindest rechtzeitig informiert zu werden, sind bislang gescheitert.

*Was haltet Ihr für geeignete Maßnahmen angesichts der Zustände im Asylantenlager?*

Wir haben gegenüber dem Sozialausschuß des Stadtrates gefordert, die Flüchtlinge sofort aus der Isolation des Wohnheims herauszuholen und ihnen Kontaktmöglichkeiten zu eröffnen. Wir haben den Sozialausschuß aufgefordert, die Organisierung von Deutschkursen zu unterstützen. Ich bin für die Auflösung des Lagers und die Aufhebung des zweijährigen Arbeitsverbots. Was sollen eigentlich Leute machen, wenn sie nach drei Jahren Aufenthalt im Lager Asylrecht bekommen?

*Welche Zusammenarbeit gibt es mit den Gewerkschaften? Was könnten die Gewerkschaften tun?*

Wir freuen uns, daß der DGB eine Kontaktperson benannt hat, die regelmäßig an unseren Sitzungen teilnimmt. Auch von der gewerkschaftlichen Bildungsvereinigung werden wir sehr gut unterstützt, indem diese z.B. regelmäßig Seminare für den Ausländerbeirat durchführt. Trotzdem fehlt es häufig noch an grundlegenden Dingen. Z.B. kennen viele ausländische Arbeiter die Tarifverträge nicht, da nur wenige in andere Sprachen übersetzt werden.



Waschraum im Zentrallager Tübingen

Zielstrebiger wird die Abschaffung des Asylrechts in den Ländern umgesetzt, nachdem Bundestag und Bundesregierung es beschlossen haben. Dies geschieht aber differenziert: Während Türken, Pakistaner, Inder ein zweijähriges Arbeitsverbot bekommen, dauert es bei Asylbewerbern aus den RGW-Staaten und Afghanistan ein Jahr. Während von Asylbewerbern aus vom Imperialismus unterdrückten Ländern lediglich 5% anerkannt werden, sind es bei Asylbewerbern aus RGW-Staaten 60 – 70%. Nur noch solche Asylbewerber soll es geben, die aus dem „realen Sozialismus“ in den „freien Westen“ fliehen. So wäre dann die Abschaffung des Asylrechts gekoppelt mit der Benutzung von Asylbewerbern aus den RGW-Staaten für die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

## Grundsätze für Asylantenlager

1. In Niedersachsen neu ein-treffende Asylbewerber sollen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden ...

2. In der Erwartung, daß der Zugang von Asylbewerbern mittelfristig rückläufig sein wird, sind Neubaumaßnahmen und aufwendige Umbaumaßnahmen zu vermeiden. Das Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist zu beachten ...

4. Eine Unterkunft soll in der Regel mindestens fünfzig Asylbewerbern Platz bieten ... Die Unterkünfte dürfen nur so belegt werden, daß auf jede Person mindestens fünf qm Wohnfläche entfallen. Die Höchstwohnfläche soll 50 v.H. der Mindestfläche nicht überschreiten. Bei der Berechnung der Wohnfläche bleiben die Nebenfläche und sonstige Flächen (z.B. Flure, Toiletten, Küchen, Gemeinschaftsräume, Waschräume) unberücksichtigt. Die Nebenfläche sollte 30 v.H. der Wohnfläche nicht übersteigen. Für jeden Bewoh-

ner muß eine eigene Bettstelle vorhanden sein. Zur Grundausstattung der Räume gehören ferner Tisch, Stühle, Schrank und Lampe ...

6. Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt als Sachleistung.

8. ... Vor dem erfolgreichen Abschluß des Asylanerkennungsverfahrens kann Integration nicht Ziel der Betreuung sein. Die Betreuung soll u.a. Angebote zu sinnvoller Gestaltung der Freizeit beinhalten. Die Asylbewerber sollen, soweit möglich, zu in der Einrichtung anfallenden Arbeiten herangezogen werden.

9. Die Asylbewerber werden von den örtlichen Trägern der Sozialhilfe in angemessenem Umfang beraten. Die Beratung soll sich u.a. auf ihre Situation, auf ihre Aussichten im Asylanerkennungsverfahren und die Möglichkeit für eine Rückkehr in die Heimat beziehen.

(Nds. MBI. Nr. 31/1983, S. 73)

## Befreiung von Unterbringung in Lagern

„Nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht bzw. diese verlassen können

1. Asylberechtigte, d.h. Personen, deren Asylantrag stattgegeben wurde.

2. Asylbewerber, die ihren Asylantrag zurückgezogen haben. Dieses kommt in letzter Zeit häufiger vor bei polnischen und afghanischen Staatsangehörigen. Dieser Personenkreis wird wegen der politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern nicht ausgewiesen; sie erhalten in der Regel auch nach einem Jahr bereits eine Arbeitserlaubnis.

3. Asylbewerber, denen vor Stellung des Asylantrages von der Ausländerbehörde eine

Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung erteilt worden ist.

4. Deutsch verheiratete Asylbewerber

5. Ausländer im Asylverfahren, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen der Bundesrepublik oder aufgrund von Übernahmeverklärungen des Bundesministers des Inneren nach § 22 Ausländergesetz aufgenommen wurden.

6. Ehegatten und Kinder von Asylberechtigten, wenn ihre familiengerechte Unterbringung außerhalb einer Gemeinschaftsunterkunft gewährleistet ist.“

Schreiben der Bezirksregierung Braunschweig an amnesty international vom 22.12.1982

## Ausländer heiraten – Aufenthalt erschlichen?

Der Nds. Minister des Innern empfiehlt mit Runderlaß vom 29.12. 1981 allen Standesbeamten, Aufgebotsanträge von Ausländern in folgenden Fällen einer näheren Prüfung nach beabsichtigter Scheinehe zu unterziehen:

1. der ausländische Verlobte ist Asylbewerber (z.B. türkischer, pakistanischer, indischer oder ghanaischer Staatsangehörigkeit),

2. der ausländische Verlobte ist Angehöriger eines Entwicklungslandes und besitzt nur eine Aufenthaltsberechtigung zur Ausbildung oder eine befristete Tätigkeit,

3. der ausländische Verlobte hält sich illegal im Bundesgebiet auf,

4. gegen den ausländischen Verlobten sind aufenthaltsbeendende Maßnahmen angeordnet,

5. die Verlobten können sich nur schwer oder gar nicht miteinander verständigen,

6. zwischen dem deutschen und dem ausländischen Verlobten besteht ein außergewöhnlicher Altersunterschied,

7. der physische Zustand des deutschen Verlobten läßt auf Drogenabhängigkeit oder Gefügigmachung schließen,

8. häufige, kurz dauernde Vorehen des deutschen Verlobten mit Ausländern,

9. besondere Dringlichkeit der Eheschließung,

10. häufiger Aufenthaltswechsel.

Kommt der Beamte zu der Überzeugung, daß eine Scheinehe beabsichtigt ist, kann er gemäß § 45 Personenstandsge-setz seine Mitwirkung am Aufgebot bzw. an der Eheschließung verweigern.

## Transitvisumspflicht für Äthiopier

Flüchtlinge aus Äthiopien brauchen in Zukunft auch ein Transitvisum, um ein Flugzeug besteigen zu dürfen, das in der Bundesrepublik nur zwischen-

landet; damit ist ihnen praktisch die letzte Möglichkeit genommen, in der BRD um Asyl nachzusuchen.

Bundesrats-Drucksache 427/82 v. 26.11.1982

## Erkennungsdienstliche Behandlung

Antwort des Niedersächsischen Ministers des Innern auf eine kleine Anfrage der SPD warum der Aktenweg zwischen Ausländerbehörden und dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge so lange dauert:

„– Die Aufnahme der Anhörungsniederschrift verzögert sich, weil Asylbewerber zum

Teil erst nach Erinnerung Vordellungen Folge leisteten.

– Die erkennungsdienstliche Behandlung der Asylbewerber konnte vielfach nicht sofort durchgeführt werden, weil die Ausländer erst nach mehrmaliger Aufforderung bei den Dienststellen der Kriminalpolizei erschienen.“

Antwort der Landesregierung vom 19.1.1982, Drucksache 9/3142

## Der Weihnachtsmann im Grenzdurchgangslager

„Als der ... Regierungschef zusammen mit Ehefrau Hannelore an einer Adventsfeier für Aussiedler und Vietnamesen teilnahm, waren viele Lagerbewohner zu Tränen gerührt. Denn gerade die tags zuvor eingetroffenen Spätaussiedler aus der Sowjetunion und aus Polen konnten es kaum fassen, vom deutschen Kanzler höchstpersönlich begrüßt zu werden. Überwältigt von dem feierlichen Szenario mit Ansprachen, Weihnachtsliedern und Bescherung für die Jüngsten, bereiteten sie Kohl einen begeisterten Empfang.“ „Schwieriger war das direkte Gespräch mit einem Aussiedler aus Polen, Ehefrau und Kinder sprechen nicht Deutsch, die Eingliederung wird da-

durch erschwert ... In der offiziellen Weihnachtsfeier ... stellte der Bundeskanzler fest, daß die Adventszeit, die Ankunftszeit, besonders für Christen Hoffnung und Zuversicht bedeutet. Er warnte aber gleichzeitig vor dem Trugschluß, jetzt ein Paradies zu erwarten ... „Lassen Sie sich aber nicht entmutigen, stören Sie sich nicht an eventuell kalten Amtsstuben. Wer frei ist, muß sein Leben selbst gestalten, die Chancen nutzen, das Risiko aber auch selbst tragen.“ Das bedeutet sicher eine große Umstellung in der bisherigen Denkweise, sei aber auch nach der bisher aufgebrachten Kraft von den Aussiedlern zu erwarten.“

Aus Göttinger Zeitungen

## Kanada: Streik gegen 20% Lohnkürzung

Die Regierung der Provinz Quebec in Kanada hat Ende Dezember das Ende aller tarifvertraglichen Abmachungen erklärt und für drei Monate die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um bis zu 20% gekürzt. Im Frühjahr sollen die Löhne auf das Niveau von Juni 1982 angehoben werden; erst 1985 sollen wieder die Löhne von Ende 1982 gezahlt werden. Die Quebec-Regierung verfolgt diesen Kurs „teilweise auf Druck von New Yorker Wertpapiermaklern“ (International Herald Tribune, 29.1.83). Gegen diese Maßnahme hat sich trotz Zersplitterung in mehrere Einzelgewerkschaften eine breite Streikfront herausgebildet, am 26.1. traten die Lehrer in Streik, andere Abteilungen wie z.B. die Krankenhausbeschäftigte schlossen sich an. Die „Gemeinsame Front“ der betroffenen Gewerkschaften vertritt 200000 der 325000 in öffentlichen Diensten Stehenden. Die Regierung versucht eine Spaltung mit der Behauptung, durch die eingesparten Gelder würden Arbeitsplätze geschaffen; gleichzeitig leitet sie Disziplinarmaßnahmen ge-

## Peru: Militär gegen Guerilla in Ayacucho

Seit der Ermordung von acht peruanischen Journalisten in der Provinz Ayacucho versucht die peruanische Regierung, diesen Mord den ansässigen Bauern anzuhängen. Die Bauern hätten Guerillas vermutet und aus diesem Grund die Journalisten ermordet. Viel spricht dafür, daß die peruanische Armee die Journalisten umgebracht hat. Seit September vergangenen Jahres hat die Regierung die Truppen in dieser Provinz ständig verstärkt, inzwischen sind 5000 Soldaten eingesetzt, um die Guerilla-Bewegung zu zerschlagen. Über die Provinz hat die Regierung



den Ausnahmezustand verhängt, die Armee hat schon mehrere Dörfer überfallen und die Bewohner umgebracht, um die Guerilla zu isolieren. Die Provinz gehört zu den am wenigsten entwickelten Regionen

in Peru, die Böden sind in jahrzehntelanger Großplantagenwirtschaft so ausgelaugt, daß die imperialistischen Farmkapitalisten, die das Land im Kaffee- und Kakaoanbau ausgepowert haben, die Region verlassen haben. Die in der Region lebenden Indianer und Bauern können von den ausgelaugten Böden kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ende der sechziger Jahre hatten sie in großen Demonstrationen die Vertreibung der Konzerne und Großgrundbesitzer, eine Bodenreform und Maßnahmen zur Verbesserung des Bodens gefordert (Bild), diesen Forderungen hatte die Regierung nur teilweise nachgegeben.

gen die Streikenden ein und droht ihnen mit Entlassung. Anfang Februar fanden Verhandlungen zwischen Gewerkschafts- und Regierungsseite statt.

## US-Regierung will Registrierung durchsetzen

Ab 1. Juli dieses Jahres will die US-Regierung allen Studenten, die bislang die Pflicht, sich für den Kriegsdienst registrieren zu lassen, verweigert haben,

die Unterstützung streichen. Allen Colleges in den USA teilte der Erziehungsminister mit, daß sie verpflichtet seien, bei allen männlichen Studenten zwischen 18 und 23 Jahren den Registrierungsnachweis zu prüfen, ehe sie ihnen Unterstützung aus Mitteln des Colleges genehmigen. Die meisten Verbände der Colleges und Universitäten haben gegen diese Politik, die die Colleges zu Polizeidiensten zwingt, in Erklärungen protestiert.

## Sieg für Renaultarbeiter

Mit einem doppelten Erfolg konnten die Arbeiter der Renault-Werke Flins und Billancourt am 28. Januar ihren Kampf beenden. Einen Tag zuvor hatten die Leitung des Gesamtkonzerns und alle Gewerkschaften einen Lohntarifvertrag für 1983 abgeschlossen, den der Generalsekretär der CGT Krasucki als „den

weitestgehenden Vertrag, der bei Renault seit zehn Jahren abgeschlossen worden ist“, bezeichnet. Der Abschluß sieht Lohnerhöhung zwischen 8,25% für Gehälter über 10000 FF (3600 DM nach Abzug der Sozialversicherung) und 11% für alle Angelernten und die Arbeiter der ersten Facharbeiterstufe, die unter

6000 FF verdienen, vor. Die streikenden Arbeiter der Sattlerei und Lackerei in Flins und Billancourt konnten der Direktion zusätzlich Lohnerhöhungen von 190 bis 275 FF – gefordert hatten sie 300 FF – abzwingen. Die Vereinbarung sieht außerdem eine 75%ige Bezahlung der Streiktage durch die Kapitalisten und, keinerlei Sanktionen zu verhängen, vor. Darüberhinaus mußte die Renault-Direktion Gespräche über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ankündigen. Die Gewerkschaften CGT und CFDT erklärten in Presseverlautbarungen, daß sie bei diesen Gesprächen vor allem die Abschaffung von Schwerarbeit sowie direkte Arbeiterkontrolle bei Veränderungen des Produktionsprozesses verlangen werden. Sie betonten, daß die Streikenden „allen Arbeitern einen großen Dienst erwiesen hätten.“ Wie sehr dies stimmt, beweisen die seitdem begonnenen Kämpfe in mehreren Citroën-Werken, bei Talbot und der Nutzfahrzeugfabrik Chausson.



## Südafrika: Anklage wegen PAC-Aktivität

Unter die Anklage, sie hätten sich an Aktivitäten des Pan Africanist Congress beteiligt, hat das südafrikanische Siedlerregime in Johannesburg neun Schwarze gestellt. Der Prozeß wegen Gefährdung der Staatssicherheit soll am 22.3. 83 beginnen. Fünf der Angeklagten gehören dem Vorstand der Azanischen Nationalen Jugendorganisation an, darunter der Vorsitzende Nogqekela. J. Thloloe ist der Begründer der 1977 verbotenen Gewerkschaft der schwarzen Journalisten und arbeitete beim „Sowetan“ bis zu dessen Verbot. Ph. Dlamini ist der Vorsitzende der Gewerkschaft der schwarzen städtischen Arbeiter, die 1980 in Johannesburg den Streik von 10000 Arbeitern für höhere Lohn und die Anerkennung der Gewerkschaft organisierte. Der Vorsitzende des UNO-Komitees gegen Apartheid hat im Namen des Komitees den angestrengten Prozeß verurteilt.

## Zimbabwe fordert regionale Truppe

Der Premierminister von Zimbabwe Robert Mugabe hat vorgeschlagen, daß die Mitgliedstaaten des SADCC (Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit im südlichen Afrika) eine gemeinsame Truppe einrichten. Die Aggressionen der Siedlerrepublik Südafrika gegen die angrenzenden Staaten nehmen inzwischen solche Ausmaße an, daß eine wirkungsvolle Gegenwehr überlegt werden müsse.

Großbritannien

## Wasserwerksarbeiter seit drei Wochen im Streik

Die seit drei Wochen streikenden 29000 Arbeiter der britischen Wasserwerke und Kläranlagen erhielten am Dienstag wertvolle Unterstützung. Die Mehrheit der 5000 Facharbeiter bei den Wasserbetrieben, vor allem Klempner und Elektriker, lehnte das Lohnangebot des Arbeitgeberverbandes „Water Council“ ebenfalls ab und beschloß, sich an dem Streik zu beteiligen. Von den 5000 Arbeitern hatten 2500 sowieso schon nicht gearbeitet, weil sie sich weigerten, Streikposten zu passieren. Daß die übrigen jetzt ebenfalls die Arbeit niederlegen, wird die Lage der Regierung Thatcher in diesem Streik noch verschlechtern.

Denn schon jetzt gibt es mehr als 30000 unreparierte Rohrbrüche. Wegen defekter Filteranlagen dürfen zehntausende Haushalte, vor allem in nördlichen Großstädten, nur noch abgekochtes Wasser verbrauchen, viele Industriebetriebe müssen schließen. Die Drohung der Regierung, sie werde Truppen zur Bedienung der Filtereinrichtungen einsetzen, erweist sich als hohl. Armeeeinheiten sind aber schon eingesetzt, um in den Gebieten, die wegen Rohrbruchs vollständig von der Versorgung abgeschnitten sind, Trinkwasser aus Tankwagen zu verteilen.

Die Streikenden achten darauf, daß eine Notversorgung bestehen bleibt. Terry Bowers, Mitglied eines Streikkomitees in Liverpool, sagte in einem Zeitungsinterview: „Wir haben beschlossen, eine Notversorgung für Krankenhäuser, Leute mit künstlichen Nieren und Altersheime zu sichern. Wir haben einen Ausschuß gebildet, der festlegt,

was ein Notfall ist und was nicht. Die meisten von uns meinen, daß die Armee sehr wenig machen kann. Sie kann die komplizierten Einzelheiten des Prozesses nicht kontrollieren, und sie wäre nicht gut einsetzbar bei Wartung und Reparaturen. Und falls die Armee kommen sollte, werden wir die Notversorgung einstellen.“

Die Gewerkschaften der Wasserwerks-Arbeiter fordern Lohnerhöhungen von 15%. Der „Water Council“ begann mit der Regierungs-Lohnleitlinie von 4,2% – auf direkte Anweisung des zuständigen Ministers King, der ein geplantes 6%-Angebot verbot. Inzwischen bieten die Wasserwerke 7,3% auf 16 Monate, und die Arbeiter haben das ebenso klar wie das erste Angebot zurückgewiesen.

Im Bezirk Severn-on-Trent z.B. stimmten von den Mitgliedern der Gewerkschaft NUPE 1240 gegen das Angebot, 29 dafür. Seit Jahren fordern die Streikenden eine Gleichstellung mit Beschäftigten bei Gas- und Elektrizitätswerken. Das würde ihre 15%-Forderung in etwa bewirken. Heute verdient ein Arbeiter der Wasser- und Abwasserbetriebe 85 Pfund die Woche als Grundlohn, das sind etwa 1300 DM im Monat. Der Durchschnittslohn beträgt – wegen der vielen Überstunden – inzwischen 136 Pfund, etwa 2100 DM im Monat.

Die Regierung ist von dem Streik überrascht worden – sie hielt die Bewegung im öffentlichen Dienst nach der Niederlage in den Krankenhäusern für geschlagen. Es ist der erste Streik der Wasserarbeiter in Großbritannien

überhaupt (bis 1971 war ihnen das Streikrecht sogar gesetzlich verwehrt). In der Industrie sind Lebensmittelbetriebe, Textilfabriken, Chemische Werke, aber auch die Metallindustrie betroffen. Auch die Stromversorgung ist bedroht. Die E-Werk-Arbeiter diskutieren Unterstützungsaktionen dagegen, daß die E-Werke das ausfallende Wasser für den Turbinendampf inzwischen aus eigenen Notbrunnen holen.

Die Wasserwerks-Arbeiter haben jahrelang ihre Forderung nach Gleichbehandlung mit Gas- und E-Werksarbeitern gestellt, und die übereinstimmende Meinung der bürgerlichen Presse ist, daß ihr Streik solide steht. Thatcher kommt unter Druck, den Streik schnell beenden zu müssen, und zeigte sich bereit, noch 2% auf das Angebot draufzulegen. Inzwischen haben nämlich auch die 40000 Gaswerksarbeiter das Lohnangebot abgelehnt und könnten sich dem Streik anschließen.

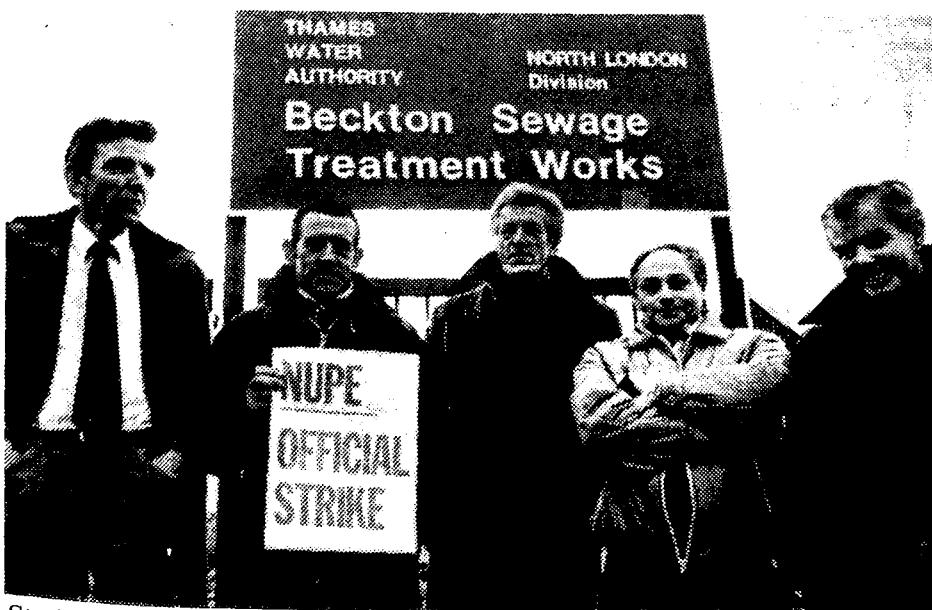
Quellenhinweis: Financial Times, Ausgaben Januar, Februar 1983; Socialist Worker, 29.1.83; Economist, 28.1.83, BBC-Nachrichten

## Frankreich

### Kämpfe der Gefangenen für mehr Rechte

Auf die Kämpfe der Gefangenen in verschiedenen französischen Gefängnissen reagierte der französische Justizminister Badinter am Freitag, den 28.1. mit einem Dekret, in dem er zugesteht, daß die von der sozialistischen Regierung angekündigte Strafvollzugsreform in Kraft treten kann. In den letzten beiden Januarwochen hatten in zahlreichen Gefängnissen die Gefangenen mit Arbeitsstreiks, Kundgebungen beim Hofgang und Besetzungsaktionen Änderungen im Strafvollzug gefordert. In Marseilles besetzen 300 Häftlinge das Dach des Gefängnisses, in Nîmes weigerten sich über 50 Gefangene nach dem Hofgang, in ihre Zellen zurückzukehren, in Fleury-Mérogis schnitten sich 51 Gefangene demonstrativ die Pulsadern auf, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Ca. 35000 – zusammengepfercht auf 28000 Plätzen – hält die französische Bourgeoisie in ihren Gefängnissen eingesperrt unter brutalen Bedingungen. Für die Gefangenen herrscht Arbeitspflicht, ihre Entlohnung ist weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn, die Arbeitszeit im Gefängnis wird nicht für Ansprüche auf Rente oder Arbeitslosengeld mitgerechnet. Bis zu 45 Tagen kann die Gefängnisleitung Arrest in Einzelzellen verhängen, Besuchsverbote und Tabakentzug sind weitere Disziplinarmittel. Für Gefangene, die nicht wegen politischer Delikte verurteilt



Streikposten vor dem Klärwerk Beckton in Nordlondon

teilt worden sind, besteht überhaupt keine Möglichkeit, direkte Besuche zu empfangen. Ihnen sind lediglich Sprechstunden zugebilligt, in denen sie sich mit ihrem Besuch durch dicke Glasscheiben unterhalten müssen. 1982 hat die Regierung die seit 1974 bestehenden Hochsicherheitstrakte abgeschafft – und an deren Stelle „Isolationstrakte“ errichtet, in denen die Gefangenen mit richterlichem Beschuß länger als drei Monate gehalten werden dürfen.

Die Hauptforderungen der Gefangenen sind die nach freien Sprechstunden ohne Trennscheiben, die Abschaffung der schikanösen Disziplinarmittel der Gefängnisleitungen, Verbot der Arrestzellen, Anerkennung des Rechts auf Gründung von Vereinen, externe Kontrolle der Gefängnisse durch die Kommunen, die darüber wachen sollen, daß die minimalen Rechte der Gefangenen nicht gebrochen werden. Die jetzige Regierungskoalition hatte zunächst bei Regierungsantritt eine Strafvollzugsreform angekündigt, die z.B. die Aufhebung der Trennscheiben bei Besuchen vorsah. Diese Reform ist bis auf die Abschaffung der Todesstrafe bisher nicht durchgeführt worden. Die Ankündigung des Justizministers, sie „können“ jetzt durchgeführt werden, ist keine bindende Zusage an die Gefangenen.

Quellenhinweis: Die Tageszeitung vom 26.1. und 1.2.83

## Portugal Neuwahlen am 25. April

Am 17.12.82 ist der Ministerpräsident Balsemão zurückgetreten. Die Wahl eines neuen Präsidenten aus der Demokratischen Allianz (A.D.) ist Ende Januar gescheitert, da keine Mehrheiten gefunden wurden. Auslösendes Element des Rücktritts war das Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen, bei denen die aus drei konservativ-liberalen Parteien bestehende Allianz empfindliche Niederlagen hat einstecken müssen. Gemessen an den Wahlen 1980 hat sie 600000 Wählerstimmen verloren. Ihre einzige Kommune in der Provinz Alentejo verlor sie an die Kommunistische Partei (P.C.P./APU). In Nordportugal lagen die Stimmverluste bei 25%. Wichtige Textilstädte in der Provinz Minho haben die Sozialisten (S.P.) gewonnen, deren Stimmengewinne bei 22% gegenüber der Wahl 1980 lagen.

Die Zerstrittenheit innerhalb der Demokratischen Allianz, zwischen konservativen und liberalen Kräften, hat sich soweit verschärft, daß sie gezwungen war, zurückzutreten und Staatspräsident Eanes für den 25. April Neu-

wahlen ansetzte. Auf diesem Wege ist der Forderung der Gewerkschaften nachgekommen, die bereits bei dem Generalstreik im Februar letzten Jahres den Rücktritt gefordert haben. Seit diesem Generalstreik riß die Kette von Massendemonstrationen, Streiks und Betriebsbesetzungen nicht ab. In den letzten Monaten vor den Kommunalwahlen haben monatlich über eine Mio. Arbeiter gestreikt (September 1982 1,2 Mio.). Gerichtet waren die Kämpfe gegen eine Politik der politischen Entrechtung und wirtschaftlicher Knebelung der Arbeiter und Bauern. Untergrubung der Sozialversicherungen, Lohnleitlinien für die Textilindustrie im Norden, Lohnstreichungen bei den beiden Werften Lisnave und Setnave im Süden gingen einher mit der Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsherrschaft sowohl in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft. Um diese Politik durchzusetzen, hatte das Parlament im Sommer auf Antrag der A.D. und mit den Stimmen der Sozialistischen Partei den Revolutionsrat aufgelöst und deren verfassungsmäßigen Auftrag in die Befugnisse des Ministerpräsidenten übertragen. Damit war ein parlamentarischer



Streikversammlung auf der größten Werft Lisnave. Abstimmung über weitere Streikaktionen

Störfaktor beseitigt, nicht aber die beiden großen Gewerkschaftsverbände, die sich im September letzten Jahres zumindest über die Frage der Neuwahlen einig waren.

Aller Voraussicht nach wird bei den Neuwahlen die Sozialistische Partei als stärkste Partei hervorgehen. Eine Koalition mit den Kommunisten wird sie nicht versuchen. Sie liebäugelt mit Balsemão's Sozialdemokraten. Eine grundlegende Änderung wird es nicht geben. Dies zeigt nicht nur die Zustimmung zur Verfassungsänderung, sondern auch ihr Zuspruch zum Beitritt in die EG. Die Konfrontation mit den Gewerkschaften wäre dadurch bereits da.

## Spanien

### Reform der Abtreibungsgesetze gefordert

Seit dem Regierungsantritt der sozialdemokratischen spanischen Regierung haben die öffentlich vertretenen Forderungen nach einer Reform der Strafgesetze gegen Abtreibung zugenommen. Jahrzehnte hat in Spanien die klerikale Reaktion nicht nur die öffentliche Meinung und politische Kontrolle in allen Fragen der Kinderaufzucht, Erziehung und Moral ausgeübt, sondern auch die entsprechenden Gesetze mitgeformt. So bestehen auch heute noch die reaktionärsten Strafgesetze gegen die Abtreibung in Spanien und sie werden nach wie vor angewendet. Vornahme und Beihilfe bei der Abtreibung können mit Gefängnisstrafen ohne Bewährung bestraft werden. Im letzten Jahr erregten mehrere Prozesse mit Verurteilungen zu Gefängnisstrafen großes Aufsehen. Demonstrationen gegen das Abtreibungsverbot und die Durchführung der Prozesse nach den bestehenden Gesetzen haben den Minister für Gesundheit Lluch dazu veranlaßt, öffentlich für die Notwendigkeit zumindest der medizinischen Indikation Stellung zu nehmen. Der Regierungssprecher versuchte, diese Äußerung des Ministers zu korrigieren und erklärte, nur der Justizminister sei zu Stellungnahmen dieser Art befugt. Lluch relativierte seine Äußerungen und wollte sie lediglich als einen Beitrag zum medizinischen Problem der Abtreibung verstanden wissen. Für die öffentliche Debatte aber hatte die Äußerung des Ministers bereits eine positive Wirkung gehabt. Hatte die neue Regierung schon keine grundlegende Reform der Abtreibungsgesetze zu ihrem Programm gemacht, so konnte sie doch nicht aus Rücksichtnahme gegenüber der Kirche und der klerikalen Reaktion offen dagegen auftreten.

Aus den Reihen der Regierungspartei PSOE vertrat sodann der Abgeordnete Zapatero den folgenden Reformvorschlag: Die PSOE solle sich für eine Reform des Strafgesetzes in drei Punkten aussprechen: straffrei sollte eine Abtreibung bleiben entweder bei Gefahr für das Leben der Mutter, bei einer Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung und bei begründetem Verdacht auf eine Mißbildung. Die kommunistische Partei PCE kritisierte diese Vorstellungen aus den Reihen der PSOE als „furchtsam und kleinmütig“ und forderte stattdessen eine vollständige Legalisierung der Abtreibung. Inzwischen hat die katholische Kirche im direkten Bündnis mit der christlich-reaktionären Oppositionspartei der „Volksallianz“ eine groß angelegte öff-

fentliche Mobilisierung gegen jegliche Reformen der Strafgesetze gegen die Abtreibung aufgenommen. Der Präsident der Volksallianz von Madrid gab eine öffentliche Erklärung ab, in der er den Standpunkt der katholischen Lehre zur alleinigen Richtlinie erhob. Keinerlei Reformen dürften zugelassen werden. Im Gegenteil seien die bestehenden Gesetze schärfer anzuwenden. Der einzige Fall für eine Abtreibung sei ein toter Fötus, alles andere, auch eine wegen Gefahr für das Leben der Mutter, sei ein Angriff auf das Leben. Die reaktionären Führer der ärztlichen Standesorganisation haben inzwischen angekündigt, keine Abtreibungen im Falle einer Reform vorzunehmen.

Quellenhinweis: *El País, Cambio 16, Ausgaben Februar 1983*

## Brasilien Regierung senkt Mindestlöhne

Ende Januar haben der brasilianische Präsident Figueiredo und sein Pläneungsminister Delfim die Senkung des Mindestlohnes, der gesetzlich den niedrigsten Lohn festlegt, den die Kapitalisten für die Ausbeutung in einem Monat (192 Stunden an sechs Tagen die Woche) zahlen müssen, angekündigt. Damit erfüllen sie eine der Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der imperialistischen Banken für weiter Kreditzahlungen. Delfims Plan sieht vor, die Mindestlöhne nur noch höchstens der offiziellen Inflationsrate anzupassen. Nach den Metallarbeiterstreiks von 1980 mußte die Regierung die unteren Löhne, die die Masse der Lohnabhängigen erhalten, mit 110% der Inflationsrate überproportional zu den anderen Lohnbereichen anheben. Jedoch trieb die Regierung bereits durch die halbjährlich verschobene Inflationsanpassung des Mindestlohns bei Inflationsraten von bis zu 100 Prozent Millionen von Arbeitern und ihre Familien in den letzten Jahren ins Elend.

### Einkommen der Beschäftigten

Einkommen in Mindestlöhne	Prozent aller Arbeiter Brasilien	Prozent aller Arbeiter Sao Paulo
bis 1	35,3	20,3
über 1 bis 2	25,1	30,7
über 2 bis 3	9,4	14,4
über 3 bis 5	8,8	14,5
über 5 bis 10	6,4	11,2
über 10	3,4	6,1
Ohne Einkommen	11,5	2,5
Anzahl in Mio.	42,9	9,5

Im Herbst 1982 erhielten im Nordosten Brasiliens 50–60% der Arbeiter nur bis zu einem Mindestlohn, im Süden zwischen 20–30%, in den Städten Rio de Janeiro und São Paulo ca. 16%. Der Mindestlohn betrug im Januar 1983 87 US-Dollar, drei Mindestlöhne entsprechen 261 US-Dollar, darüberhinaus regional noch gestaffelt mit einer Differenz von ca. 20 US-Dollar.

Nach der Bundesverfassung soll der Mindestlohn die Bedürfnisse des Arbeiters und seiner Familie an Nahrung, Kleidung, Transport, Medikamenten, Wohnung usw. befriedigen. Die Praxis: Im März 1982 betragen die Kosten allein für Nahrungsmittel für einen Arbeiter 6765 Cr.-Dollar. Nach einer staatlichen Untersuchung muß eine Familie rund 48% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Das zum Leben notwendige Einkommen des Arbeiters (bei einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern) müßte somit 42000 Cr.-Dollar betragen und nicht 16600 Cr.-Dollar (Mindestlohn); denn 20296 Cr.-Dollar müßten für Nahrungsmittel ausgegeben werden. Die notwendige Arbeitszeit für Nahrungsmittel betrug nach Städten gestaffelt 1982: in São Paulo 142 Stunden, in Belo Horizonte 133, in Brasília 142 und in Aracaju 161 bei einer Arbeitszeit von 192 Stunden im Monat. Die absolute Vereindung von Millionen Brasilianern war in den letzten Jahren die Folge, Millionen sind obdachlos. Zwei Millionen Kinder leben in Rio de Janeiro, über drei Millionen in São Paulo auf den Straßen, weil die Familien die Reproduktion längst nicht mehr sichern können.

Gegen die staatlich verordnete Lohnsenkung und Vereindung haben die Gewerkschaften, insbesondere die Metallarbeitergewerkschaften, einen Kongreß einberufen und Kampfmaßnahmen angekündigt.

Quellenhinweise: *Wall Street Journal, 26.1.83; Brasilien Nachrichten 5/6 1982; Deutsch-Brasilianische Handelskammer São Paulo: Die brasilianische Wirtschaft 1981; Anuario Estatístico do Brasil 1980*

## Jugoslawien Hohe Jugend- arbeitslosigkeit

Von 813000 registrierten Arbeitslosen in Jugoslawien waren 1981 569100 unter 27 Jahren, das sind 70%. Nicht berücksichtigt dabei sind die 600000 Jugoslawen, die im Ausland arbeiten. Während die Gesamtzahl der Arbeitslosen fast gleichbleibt, wächst die Zahl der jungen Leute, die Arbeit suchen, jährlich um 40000 bis 50000, mit einem hohen Anteil von Facharbeitern

und Akademikern. Während vor 20 Jahren der Anteil der Arbeitslosen mit qualifizierter Ausbildung 18% an der Gesamtzahl betrug, waren es 1981 bereits 45%. Die Ausbildungsstruktur nähert sich der Struktur der Beschäftigten an, unter denen Facharbeiter mit 65% vertreten sind. Gleichzeitig aber suchen jugoslawische Firmen qualifizierte Fachkräfte für Maschinenbau, Ingenieure für verschiedene Fachrichtungen, Facharbeiter für Bauwesen und Landwirtschaft.

Den Grund des hohen Anteils junger Arbeitsloser sehen westliche Kritiker und diejenigen Parteimitglieder, die „mehr Marktwirtschaft“ fordern, v.a. in dem guten Kündigungsschutz in Jugoslawien, eine der Errungenschaften der Selbstverwaltung. Ein Arbeiter kann nur in Ausnahmefällen gekündigt werden und nur dann, wenn ihm ein gleichwertiger Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb zur Verfügung gestellt wird. Vor allem die Kapitalisten, die sich an jugoslawischen Firmen beteiligen, wollen diese Bestimmungen beseitigen, um sich von „faulen und unfähigen oder häufig kranken Arbeitern trennen zu können“.

Die Juristische Enzyklopädie (Belgrad 1979) schreibt dazu: „Da das Gesetz über die vereinte Arbeit die Möglichkeit des Erlöschenes eines Arbeitsverhältnisses auf ein Minimum reduziert hat, melden sich in Jugoslawien im wesentlichen nur diejenigen Arbeiter als vorübergehend arbeitslos, die zum ersten Mal eine Beschäftigung suchen. Daher kann man bei uns nicht von der Arbeitslosigkeit sprechen, wie sie für kapitalistische Länder typisch ist.“

Eine wesentliche Ursache dieser Struktur der Arbeitslosigkeit ist wohl der freie Arbeitsmarkt. Die Betriebe schreiben ihre Stellen aus, es gibt auf Ebene der Republiken und des Staates kaum die Möglichkeit, den Bedarf an speziell qualifizierten Arbeitskräften langfristig zu planen.

Für diese Ursache sprechen auch die beträchtlichen regionalen Unterschiede. Das Verhältnis Arbeitslose zu Beschäftigten beträgt im Kosovo, der unterentwickelten Region, 39,4 im Vergleich zu 13,9 im Durchschnitt. In Slowenien, wo Arbeiterkräfte knapp sind, wurde arbeitsintensive Industrie angesiedelt, während im Kosovo kapitalintensive Rohstoff- und Energieindustrie vorherrscht. Deshalb werden die jetzt diskutierten Maßnahmen wie Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder eine Art Arbeitsdienst für Jugendliche allein das Problem langfristig nicht lösen.

Quellenhinweis: *Osteuropa 11/82; NIN 28.2.82; Ekonomska Politika 12.4. 19.4.82*

# Über die Gültigkeit des Dreijahresplans entscheiden die Betriebsleiter

Zum Jahresende 1982 hat sich das polnische Parlament mit dem Rahmenplan für die Volkswirtschaft in den Jahren 1983–1985 sowie mit den Grundannahmen für die Jahre 1986–1990 in einer mehrtägigen Debatte befaßt. Der Sejm hat der mittleren von drei durch die Plankommission vorgelegten Varianten den Vorzug gegeben. Damit ist noch kein endgültiger Beschuß gefaßt. Entsprechend dem mit der Wirtschaftsreform eingeführten Planverfahren, das für den Einjahresplan 1982 zum erstenmal angewendet wurde, durchläuft diese ausgewählte Variante II eine Phase der Begutachtung durch 900 Unternehmen, die für die Volkswirtschaft von grundlegender Bedeutung sind. Nachdem dieser Durchgang beendet und mit den Voten der Betriebe versehen ist, befaßt sich der Sejm erneut damit und beschließt den Dreijahresplan.

Staatliche Stellen, z.B. der Leiter des Konsultierenden Wirtschaftsrats, eines Organs der Regierung, behaupten, daß diese Methode des Planverfahrens bedeutend demokratischer sei als die früheren, wo „von oben“ die Richtlinien gesetzt worden seien. Er sagte, von Aufgaben könne man nur sprechen, soweit es um die Mittel gehe, die zur Disposition des Staates stehen. Da die Unternehmen ihre Pläne selber machen, könne man im übrigen nur „von den Hypothesen, den Hoffnungen des Plans“ sprechen. Von Demokratisierung kann nicht die Rede sein, weil die Belegschaften nicht an der Ausarbeitung des Plans, was und wieviel produziert, bei wem eingekauft und an wen geliefert wird, beteiligt sind. Auch ihre Interessenvertretungen auf der Ebene des Betriebs, die Betriebsgewerkschaften, haben nicht das Recht dazu. Vielmehr liegen diese Entscheidungsbefugnisse ausschließlich beim Leiter des Betriebs. Es sieht ganz danach aus, daß die Änderung des Planverfahrens bloß den Leitern der führenden Unternehmen bessere Möglichkeiten schafft, ihre Absichten in der Gesellschaft durchzusetzen. Der Staat fungiert als ihre Regelungs- und Ausgleichsinstanz. Er faßt ihren Willen zusammen und diktiert der Arbeiterklasse das Ergebnis als Plan.

Die Möglichkeiten des Staates, den Unternehmensleitern Vorschriften zu machen, sind beschränkt. Die entscheidende Schwächung dieser Möglichkeiten geschah durch das Aufgeben des Außenhandelsmonopols. Die Betriebsleiter benötigen bloß eine Genehmi-

gung des zuständigen Ministeriums, um Verträge mit ausländischen Firmen abzuschließen. Darunter fallen auch Kooperationsverträge und solche über gemeinsame Nutzung freier Produktionskapazitäten, die es ja reichlich gibt. Die Kooperation soll im wesentlichen mit dem kapitalistischen Ausland gestaltet werden. Das sieht z.B. so aus, daß ein Vertrag mit einem Kapitalisten in der BRD abgeschlossen wird über die Lieferung von synthetischen Garnen und Nähnadeln und über die Belieferung mit fertiger Kleidung. Die Einhaltung der Lieferfristen wird garantiert. Die Nutzung freier Produktionskapazitäten soll hauptsächlich im Rahmen des RGW stattfinden, wenn auch nicht alle Projekte, in die unter der Regierung Gierek investiert wurde und die dann stillgelegt werden mußten, vollendet werden können. Wenigstens sollen keine neuen Projekte dieser Art angefangen werden.

Die Planvariante II beruht auf den Annahmen der Planer, daß die Landwirtschaft durchschnittliche Ergebnisse aufweist, der Handelsaustausch mit den kapitalistischen Ländern sich normalisiert und die Wirtschaftsreform Erfolge aufzuweisen hat. Im Gegensatz dazu wird bei der Variante I unterdurchschnittliche Agrarproduktion angenommen, wie sie bei schlechten Ernten denkbar wäre, weiter das Fortbestehen der Wirtschaftssanktionen und

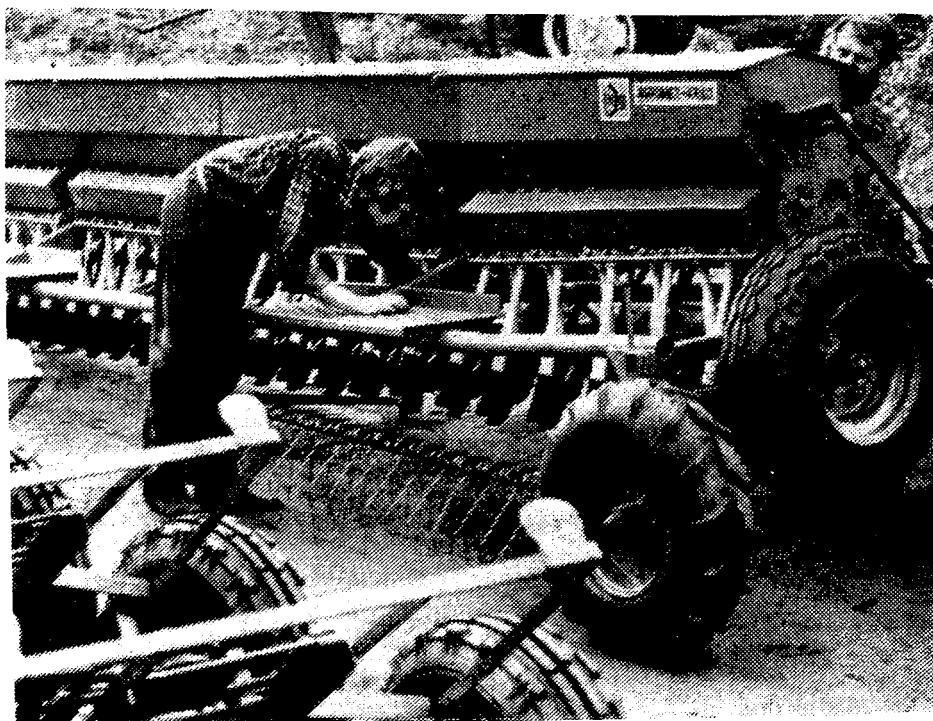
das Ausbleiben von Erfolgen der Wirtschaftsreform. Bei der Variante III gilt von alledem ungefähr das Gegenteil, außerdem wird mit der Hoffnung auf eine großartige Steigerung des Exports gespielt. Die Variante III wird von niemand ernsthaft in Betracht gezogen.

Man muß festhalten, daß auch die Variante II optimistische Voraussetzungen enthält, deren Erfüllung die VR Polen kaum beeinflussen kann. Die Hauptrolle spielt dabei die Annahme, daß die polnische Regierung ein Umschuldungsabkommen erzielen kann, das es der VR Polen ermöglicht, bereits 1983 ihre Importe aus den kapitalistischen Ländern wieder zu steigern. Diese Importe werden hauptsächlich benötigt, die Produktion in bestimmten Branchen überhaupt durchzuführen.

Die wesentlichen materiellen Ziele des Dreijahresplans sind vorerst umrisen durch:

- Verbesserung der Ernährung bei gleichzeitiger Verringerung der Lebensmittel- und Futtermitteleinfuhren
- maximale Bedürfnisbefriedigung auf dem Wohnungsbausektor
- größtmöglicher Schutz der sozial Schwächsten
- verstärkter Umweltschutz
- Verbesserung des Gesundheitswesens, der Erziehung, der Information und der Wissenschaften
- Herstellung des Marktgleichgewichts unter der Bedingung, daß das Einkommen der Bevölkerung proportional mit der Produktion wächst.

Industrien, die auf heimische Rohstoffe zurückgreifen können, sollen besonders gefördert werden. Darunter fällt der Bergbau. Die Lage in der Steinkohlenindustrie ist zwar gekenn-



Landmaschinen gehören zu den Gütern, deren Produktion besonders gefördert werden soll. Fleisch soll durch Getreide ersetzt werden.

zeichnet durch die Inangriffnahme des Abbaus neuer ergiebiger Steinkohlenlager. Deren Ausbeutung wird jedoch nicht einfach zu einer besonderen Steigerung der Fördermenge führen, da sie hauptsächlich die Förderung aus erschöpften Gruben ersetzen muß. Die Braunkohlenproduktion soll stark steigen, von 38 Mio. t 1982 auf 59 Mio. t 1985.

Die Verbesserung der Ernährung soll offenbar durch stärkeren Anbau von Getreide bewirkt werden. Geplant ist jedenfalls ein Absinken der Versorgung mit Fleisch. Der Verbrauch von Fleisch soll mit 54 kg auf das Niveau der frühen siebziger Jahre sinken. Mit unterschiedlichen Zielen sollen die Bau-, die Export- und die Landmaschinenindustrie besonders gefördert werden. Das Transportsystem soll verbessert werden. Man muß jedoch bezweifeln, daß die Mängel im Transportsystem viel zu der schlechten Versorgung beigetragen haben.

Um bestimmte Branchen überhaupt fördern zu können, wird geplant, einen Teil der Arbeitskräfte umzulenken in die fördernde Industrie, in die Bereiche des Kleingewerbes und der Dienstleistungen. Bereits im vergangenen September hatte der Sejm Gesetze beschlossen, die Handwerkern und Gewerbetreibenden Erleichterungen schaffen sollen: Berücksichtigung bei der Vergabe von Krediten, der Belieferung mit Rohstoffen und bei der Schulung von Fachleuten. Die Handwerker können rechtsfähige Vereinigungen bilden. Die dahinterstehende Kalkulation der Regierung ist die Mobilisierung von Reserven für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die Mangelware sind.

Der Punkt „Schutz der sozial Schwächen“ erschöpft sich in der Förderung junger Familien und der Änderung des Rentensystems. Kinderernährung, Kinderkleidung u.ä. sollen verstärkt produziert werden. Die Renten sollen nicht mehr wie bisher für den Rest des Lebens festgesetzt werden, sondern angepaßt werden, angepaßt woran, steht nicht fest.

Für den Außenhandel sehen die planenden Gremien vor, daß der Anteil der Länder der dritten Welt von derzeit 12% auf 15–18% im Jahre 1990 steigt. Dabei wird auf die Ausfuhr von Fertigwaren gesetzt. Im nächsten Dreijahresplan soll der gesamte Export gegenüber 1982 um 27% steigen, der Import nur um 16%. Bis 1990 soll für beide eine Steigerung von 27% erreicht werden. Der Verbrauch soll bis 1985 um 11%, bis 1990 um 33% steigen. Das verteilte Nationaleinkommen würde jedoch bis 1985 anteilmäßig weit unter dem Stand von 1980 liegen und erst bis 1990 um 4% steigen.

Quellenhinweis: Trybuna Ludu vom 29.12. 1982. Panorama Polska 1/1983, 28. Jg.

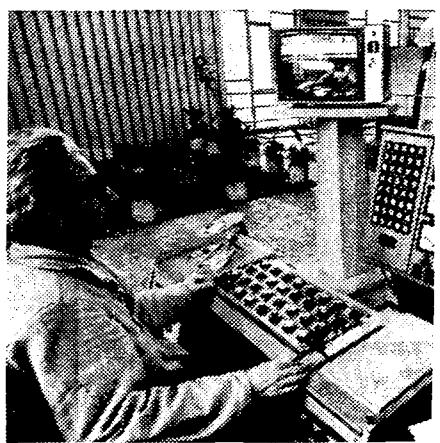
## Erneute Umschuldungsverhandlungen – Banken versuchen Erpressung

Ohne veröffentlichtes Ergebnis sind bislang die Verhandlungen zwischen der Regierung der VR Polen und dem Ausschuß der 480 Banken der imperialistischen und kapitalistischen Staaten verlaufen, in denen die polnische Regierung Zahlungsaufschub für die Tilgungs- und Zinszahlungen für 1983 durchsetzen muß. Mit ca. 28 Mrd. Dollar Schulden bei westlichen Banken ist Polen das gegenüber den imperialistischen Staaten höchstverschuldete Land des RGW, fast die Hälfte der Kredite der RGW-Staaten bei westlichen Banken hält die VR Polen. 1981 mußte die polnische Regierung zum ersten Mal um Aufschub der im zweiten Quartal fälligen Rückzahlungen bei den westlichen Banken vorstellig werden. Seit 1972, seit Polen die ersten Kredite bei westlichen Banken in größerem Umfang aufgenommen hatte, haben die polnischen Regierungen die Verschuldung des Landes so hoch getrieben, daß die Imperialisten nunmehr verschiedenste Bedingungen über die Rückzahlungen und Zinszahlungen diktieren konnten. Da die Rückzahlung in westlicher Währung erfolgen muß, der größte Teil der Kredite sind DM-Kredite westdeutscher Banken (19%) und Kredite US-amerikanischer Banken (13%), ist die polnische Regierung verpflichtet, auf mindestens ein Jahrzehnt beträchtliche Teile der Produktion auf dem Weltmarkt zu verkaufen, um Schulden und Zinsen zahlen zu können.

Die Umschuldungsverhandlungen, die die Banken mit der polnischen Regierung führten, zerfielen in zwei Teile. Zunächst verhandelten die fünfzehn Regierungen, die ihren Banken staatliche Garantien für einen Teil der Kredite gegeben hatten, mit der polnischen Regierung. Insgesamt hätte die VR Polen 3,5 Mrd. Dollar Tilgung und Zinsen für staatlich verbürgte Kredite (davon 900 Mio. Dollar Zinsen) und 2,2 Mrd. Dollar Tilgung und Zinsen für nicht verbürgte Kredite zurückzahlen müssen. Die staatlich garantierten Kredite wurden zu 90% bis 1986 zurückgestellt, die restlichen Zahlungen zu 95% bis 1985 gestundet. Für diese Stundung mußte die VR Polen Zinsaufschläge zwischen 1,75 und 2% auf Zinsraten hinnehmen, die sowieso schon zwischen 10 und 17% liegen. Diese Verhandlungsergebnisse betreffen jedoch nur die Tilgungsquoten und Zinsen, die die polnische Regierung 1981 nicht in westlichen Währungen zahlen konnte, die Imperiali-

sten weigerten sich, über Zahlungen, die in den folgenden Jahren fällig wurden, zu verhandeln.

Die imperialistischen Banken wollen zweierlei erreichen: Zum einen wollen sie verhindern, daß ihnen ihre Zinsansprüche verloren gehen. Der Verlust würde sie hart treffen, in der BRD halten die Bank für Gemeinwirtschaft mit 950 Mio. DM, die Commerzbank mit 900 Mio. DM, die Deutsche Bank mit 700 Mio. DM, die Dresdner Bank mit 680 Mio. DM, die Hessische Landesbank mit 450 Mio.



Die Deutsche Bank betrachtet u.a. die polnische Kohle als Kreditsicherheit zwecks „Zukunftsicherung auch der deutschen Volkswirtschaft“. Bild: Zeche in Ruda Slaska

DM und die westdeutsche Landesbank mit 420 Mio. DM den Hauptteil der westdeutschen Zins- und Rückzahlungsansprüche gegenüber Polen.

Auf der anderen Seite streben die Banken in den Umschuldungsverhandlungen ein Verfahren an, daß ihnen dauernde Einmischung und die Möglichkeit, politischen Druck auf die polnische Regierung auszuüben, sichert. In den Verhandlungen über das Zahlungsverfahren 1981 und 1982 war es den Banken nicht gelungen, gegenüber der VR Polen Bedingungen über Lohn- und Preisgestaltung durchzusetzen, wie sie es über den Internationalen Währungsfonds gegenüber anderen Ländern getan haben. Aufgegeben haben die Banken dieses Ziel nicht: Die BRD-Banken verlangen von der polnischen Regierung einen Sanierungsplan, der ihnen Tilgung und Zinsen sichert und am besten „marktwirtschaftliche“ Prinzipien enthalten soll.

Quellenhinweis: Weltpolitik, Jahrbuch für internationale Beziehungen 2, A. Schubert, Von der Verschuldungskrise zum internationalen Finanzchaos, S. 67 ff; Polnischer Wirtschaftszeitung Nr. 18/82; Europa-Archiv 5/82; Nachrichten für Außenhandel v. 30.12.82



„Die Heartbreakers“

## Der „neue deutsche Film“ für Jugendliche: „Heidi“-Rühseligkeit und Klamotte

„Endlich wieder Kino, das Spaß macht“ kündigt der Filmverlag der Autoren den Film „Die Heartbreakers“ (deutsch: Die Herzensbrecher) an. „Spaß machen“ soll die Geschichte einer jugendlichen Rockband aus Recklinghausen im Jahre 1966, ihre verzweifelten Versuche, eine ordentliche Anlage für ihre ersten öffentlichen Auftritte zusammenzubekommen, ihre ersten Auftritte in muffigen Tanzcafés, ihre Eifersüchteleien und Streitereien um das Mädchen Lisa aus der Obdachlosensiedlung, die unbedingt Sängerin der Heartbreakers werden will, was nach Meinung des Heartbreaker-Sängers Freytag ganz unmöglich ist: „Kann sich irgendjemand die Stones oder die Animals mit einer Sängerin auf der Bühne vorstellen?“

Sowieso ist alles furchtbar spaßig in diesem Film des „Theo gegen den Rest der Welt“-Regisseurs Bringmann. Spaßig zum Beispiel die Entstehung der Band: alle werden sie nach einem Konzert der Rolling Stones in der Essener Grugahalle wegen „täglichem Angriff auf ein Polizeipferd“ verhaftet, verprügeln dann aber die gesamte Polizeiwache und entkommen – so spaßig geht's hierzulande auf Polizeiwachen zu.

Spaßig geht's auch in der Autowerkstatt zu, in der der Sänger Freytag tagsüber arbeitet. Wenn Freytag unter einem Wagen einschläft, weckt ihn sein Chef mit einem lauten „Telefon!“ worauf Freytag

hochschreckt und sich prompt am Unterboden des Wagens eine Beule holt. So spaßig sind hierzulande die Kapitalisten.

In solche Späßchen verpackt, wird den Zuschauern des Films eine Geschichte der Jugendlichen im Ruhrgebiet Mitte der 60er Jahre serviert, die von Idylle und Rühseligkeit nur so strotzt. Was wollten die Jugendlichen in jenen Jahren, wenige Jahre nach den großen Zechenstillegungen, während des Höhepunkts der Wirtschaftskrise 66/67, zu Zeiten des Vietnamkrieges, im Jahr des Regierungsantritts der Großen Koalition und zwei Jahre vor Verabschiedung der Notstandsgesetze? Der Regisseur meint, zumindest „auf dem Sektor der Musik“ hätten sie „eine kleine Revolution“ angestrebt und auch vollbracht: „Die Jungs wollten nicht nur keine deutsche Schlagersülze mehr hören, nein, sie wollten jetzt endlich ihre Musik auch mal selbst machen. Es fand also eine Emanzipation weg von den alten Werten und hin zu den neuen Idolen aus England und Amerika statt.“ Und warum war dies eine „Emanzipation“? Na, weil die Werte halt „alt“ waren! Einmal die Jugendbewegung der 60er Jahre auf solche Pop-Kultur-Ziele heruntergemacht, lässt sich dann auch leicht der Bogen zur „neuen deutschen Welle“ schlagen, die, da „neu“, natürlich auch „Emanzipation“ bedeutet: „Wenn man so will, wird seit zwei, drei Jahren der nächste

Schritt in dieser Emanzipation vollzogen: indem man sich jetzt von den alten Vorbildern löst und versucht, musikalisch wie textlich eigenständig zu sein.“ Und „deutsch“ vor allem, möchte man hinzufügen.

Das Rezept dieser neudeutschen Muffigkeit: man entferne Kapitalisten, Schulaufsicht, Kirche und Staatsmacht aus dem Geschehen oder mache sie, wo ihr Dazwischenentreten nicht zu vermeiden ist, zu lächerlichen Figuren. Schon ist eine Gesellschaft fingiert, in der die Jugendlichen nur noch ab und an mit ihren Eltern, vor allem aber mit sich selbst Probleme haben: mit ihrer Zusammenarbeit in der Band, ihrer Konkurrenz zu anderen Bands und mit ihren Beziehungen zum anderen Geschlecht. Selbst wie die „Heartbreakers“ zu ihrer Anlage kommen, bleibt ein Rätsel. „Irgendwie“ halt. „Irgendwie“ sich durchzuschlagen, „hart im Nehmen“ zu sein, vor allem nie den Mut zu verlieren, weil jeder irgendwann doch einmal „nach oben“ zum Erfolg kommen kann, und sei dieser Erfolg auch nur ein zweiter Platz auf einem Nachwuchsbandsfestival einer Bierbrauerei – das ist dann auch die Lehre, die der Film für seine zumeist jugendlichen Zuschauer bereithält. Eine trübe Giftmischung aus „Heidi“-Rühseligkeit und Klamottenwitz nach dem Muster „Der Chef und sein Lehrjunge“ kommt da daher als „neuer deutscher Jugendfilm“.

## Entscheidung für den Rest eines Lebens

Am Tag ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus fährt eine Frau durch Westberlin und besucht ihre verstreute Familie. Sie rekapituliert ihre Vergangenheit und sucht eine Klärung ihrer Zukunft. Die Darstellung ist streng an die Perspektive der Frau gebunden. Für ihre Erfahrungen in der Vergangenheit wählt die Verfasserin die distanzierte dritte Person, für den gegenwärtigen Tag die das Subjektive betonende erste Person und das Präsens. Obwohl keine Entscheidungen fallen, klärt sich das Bild: Die Frau wird mit ihren Töchtern gut auskommen. Sie wird entgegen der sentimental Hoffnung ihrer im Altersheim dahinkümmernden Mutter nicht wieder mit ihrem geschiedenen Mann leben. Mit ihm hat sie unter der Herrschaft der Nationalsozialisten in einer Gruppe zusammenarbeitet, die Juden versteckt hat. Jetzt ist er

ein heruntergekommener Schauspieler, der keine lohnenden Rollen mehr bekommt. Nach ihrer Visite in der Redaktion, in der sie arbeitet, weiß sie, daß sie von einer jüngeren Kollegin verdrängt wird, auch in der Gunst des Chefs. Aber bei ihr liegt es, sich nicht mit der herrschenden Klasse zu arrangieren, indem sie das Angebot ausschlägt, an einer Tagung in Ungarn teilzunehmen. Sie müßte dort als weiße Weste für den Betrieb fungieren, denn der Chef hat „einen kleinen Schatten auf der Vergangenheit“. Ihre Weigerung, sich sofort zu entscheiden, kostet sie Kraft, ist aber der fast sichere Entschluß.

Ingeborg Drewitz, Oktoberlicht oder Ein Tag im Herbst, Fischer TB 5749, 6,80 DM

## Ein „linke“ Frau Oberkommissarin?

Katharina Ledermacher, Mordkommission Westberlin, soll in Italien inoffiziell, als Urlauberin getarnt, überprüfen, ob ein kürzlich aus der DDR übergewanderter Chemieprofessor tatsächlich an einem Unfall gestorben ist. Ihr Vorgesetzter hält sie dafür besonders geeignet, weil sie „weibliches Fingerspitzengefühl“ habe. Der Tod des Professors war kein Geheimdienststück, aber die Oberkommissarin kommt der Rauschgifthändlerbande auf die Spur, die sie bereits in Westberlin wegen des Mordes an einem Beamten des Rauschgiftdezernates verfolgte. Nach der Rückkehr wirft

ihre Chef ihr nicht nur vor, daß sie in Italien einen Gefängnisauftand verursacht hat (sie war verhaftet worden, weil die Rauschgifthändler Sprengstoff in ihr Gepäck geschmuggelt hatten). Noch schlimmer sei, daß sie in einem Prozeß gegen zwei Polizisten aussagen wolle, die grundlos jemanden zusammengeschlagen hatten. Dafür erhalte sie keine Genehmigung. Wie Martin Beck, der Kommissar in den Romanen der schwedischen Autoren Sjöwall/Wahlöö, die sich Hey als Vorbild genommen hat, bewegen die Kommissarin liberale Gewissensbisse: sie wird als „im Grund unbürgerlich“ beschrieben, sammelte auch schon einmal Unterschriften gegen die Einführung des Todesschusses. Da sie anders als Beck keine Fortsetzungsserienfigur abgeben muß, kann die Oberkommissarin ihre Gefühlsprobleme radikaler lösen: sie will kündigen, aber vorher noch der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen. Sie leitet die Verhaftungsaktion gegen den Rauschgifthändler, der den Polizisten ermordet hat. Er finanzierte mit dem Rauschgifthandel die Drogen-Entzugsklinik seines Vaters, der mangels staatlicher Unterstützung bereit war, den „Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben“. So wie der Verfassungsschutz, den die Kommissarin schließlich als eigentlichen Drahtzieher des Rauschgifthandels entdeckt: „Wir wollen keinen faschistischen Staat. Er soll demokratisch bleiben und möglichst liberal ... Wir lenken jetzt Heroin in die Zentren linker Aufsässigkeit“, so der Verfassungsschützer, der die Kommissarin anwerben will. Sie kündigt.

Quellenhinweis: Richard Hey, Ohne Geld singt der Blinde nicht, rororo 5072, 7,80 DM

## Reggae im Ruhrgebiet

Die Bochumer Gruppe „Geier Sturzflug“ ist vor allem durch Benefiz-Konzerte für den Häuserkampf und Jugendzentren bekannt geworden. In Sprache und Inhalt ihrer Lieder auf der LP „runtergekommen“ knüpfen sie an ihre erlebte und erlebbare Wirklichkeit an. Die Musik ist fast immer Reggae, nicht baßlastig, mit Rhythmusverschiebungen, was die längeren Songs interessant macht und einzelne Passagen hervorhebt. Der Gesang ist gut verständlich, meist mit Vorsänger, Chor- und Antwortgesang. Die Gruppe selbst sieht ihre Wurzeln im jamaikanischen „scar“ oder „bubble-

gum“ – Musikrichtungen, die lebenslustig und optimistisch sind, was wichtig sei „in diesem täglichen wahnsinns-trauer-stück“. Dem unbedingten Willen zum positiven Lebensgefühl mag es geschuldet sein, daß die satirischen Texte etwas schwach sind, weil zu wenig eindeutig. Mit einem „Tacken für 'de Raupe“ (Groschen für Karusselfahren) vergleichen sie das Musikmachen, denn „es gibt kein paradies auf der erde für den malocher/ (...) dieser Rhythmus ist gut, denn er hilft überleben und mehr“. Und sie nennen Wut und Liebe als Motive. Die Wut richtet sich gegen Arbeitslosigkeit und Reproduktionsbedingungen, die für die Arbeiter in Camping am Kanal bestehen „und schon biste wieder reif fürs bergmannsheil“. Für die Jugend bleiben Kneipe, Flipper, Musik „und wieder nichts gebracht“. Zur Liebe: „und ich will dir nix stehlen/ aber auch mich für dich nicht quälen/ aber trotzdem will ich heiße liebe grad von dir“ und „ich will nicht dein boß sein nur der mann mit dem du lebst“. Dem entspricht die Satire auf die „Glückliche Familie“, in der sich die Machtverhältnisse im Betrieb widerspiegeln, weshalb der „ärger“ auch nicht aufhort. Im folgenden der antichauvinistische Song „Mokkadischu“: „was tun wenn dein daddy dir den scheck sperrt/ was tun wenn dein stempelgeld nicht reicht/ was tun wenn dein auto nur noch schrott-wert/ was tun wenn dein partner dich bescheißt// wohin wenn dein hauswirt dir n tritt gibt/ kein raum für spontaneität/ und wozu wenn auch dein wirt dir keinen sprit gibt/ und du weißt es ist alles zu spät// erstmal n täbchen mokkadischu/ und du fühlst dich ok/ nach diesem täbchen mokkadischu/ made in germany// sag ja zu diesem aroma/ sag ja zu diesem genuss/ so wunderbar erfrischend und belebend/ so ein ganz und gar positiver schuß// dieses täbchen mokkadischu und du fühlst dich ko, ok// nach diesem täbchen mokkadischu/ made in germany// sag ja zu diesem aroma/ sag ja zu diesem genuss/ so wunderbar erfrischend und belebend/ so ein ganz und gar positiver schuß// dieses täbchen mokkadischu/ und du fühlst dich ok/ nach diesem täbchen mokkadischu/ made in germany“. Insgesamt ist die Platte sehr hörenswert.

geier sturzflug, runtergekommen, Trikont Verlag Unsere Stimme, Kistlerstraße 1, 8000 München 90, Best.Nr. 15 0091

„Chinas neue Wirklichkeit“

## Kritik der Gesellschaftspolitik Deng Xiaopings

„In jenen zehn Jahren gab es nichts Richtiges und Positives ... Unserer Wirtschaft, Kultur, Erziehung, Ideologie und Partei wurde nur unermeßlicher Schaden zugefügt.“ Kommentar des jetzigen Generalsekretärs der KP Chinas, Hu Yaobang, zur Kulturrevolution. Daß hinter diesem Verdikt keine nüchterne Untersuchung steht, sondern vielmehr die Abrechnung der neuen (und alten) chinesischen Führungsschicht aus Parteidatern, Staatsbeamten, Intellektuellen und alten Bourgeois mit einer Politik, die ihre privilegierte Stellung erschütterte, belegt ein jetzt veröffentlichtes Buch des Freiburger Politologen Horst F. Vetter. Der Autor kommt in seiner gründlich recherchierten Bestandsaufnahme der Entwicklungen in China seit 1976 u.a. zu folgenden Ergebnissen:

Die neue Landwirtschaftspolitik, die am besten als Teilprivatisierung beschrieben werden kann, begünstigt nur einen Teil der Bauern – nämlich die in der Nähe von großen Städten oder die Familien mit vielen Arbeitskräften. Die Kürzung der Wohlfahrtsfonds und die Herabsetzung der leistungsunabhängigen Getreiderationen schafft daneben eine Schicht armer Bauern, die in Abhängigkeit von den neureichen Bauern geraten. Es liegt an der Armut der chinesischen Landgebiete, daß bereits die kleinste Begünstigung des einen die krasse Not des anderen schafft.

In den Fabriken ist die unumschränkte Befehlsgewalt der Direktoren wiederhergestellt, Arbeiterkontrolle steht auf dem Papier. Die Lohndifferenzierung ist verschärft, Akkordzulagen und Prämien können bis zu 100% des Grundlohns betragen. Nutznießer dessen sind hauptsächlich qualifizierte Facharbeiter. Die Spaltung der Arbeiterklasse wird verschärft durch die sog. Kontraktarbeiter, die in den letzten Jahren wieder in die Städte strömen und keine sozialen Rechte haben. Allerdings muß die Xinhua-Nachrichtenagentur feststellen: „Anstatt die Produktion zu stimulieren, haben die Prämien die Widersprüche zwischen den Arbeitern dermaßen verschärft, daß es zu einer Entfremdung untereinander und zur Störung der Produktion gekommen ist.“

Das Bildungswesen ist wieder auf die Züchtung einer Elite ausgerichtet, die sich aus den Sprößlingen höherer Kader, Intellektuellen, früherer Kapitalisten etc. rekrutiert. Die Auslese für die sog. Schwerpunktschulen beginnt schon im Kindergarten. Teilnahme von Schülern und Studenten an körperlicher Arbeit ist abgeschafft. Diese Eliteförderung muß gerade die Landgebiete benachteiligen. Dort ist die Schulbesuchsquote drastisch zurückgegangen, weil die Bauern als Produzenten auf eigene Rechnung ihre Kinder als Arbeitskräfte brauchen.

An die offizielle Aufforderung, reich zu werden („Wer reich wird, verdient Ruhm, wer arm bleibt, ist ein dummer Bär“), halten sich vor allem die, die über ihre Leitungsfunktionen Wege und Mittel dazu haben. Die Führungsschicht trägt ihren Luxus, in der Kulturrevolution zwar nicht ausgerottet, aber doch offiziell verpönt, wieder zur Schau. Korruption und Kriminalität breiten sich aus.

An die Stelle des kulturrevolutionären Appells zur Genügsamkeit setzte die Parteiführung nach Mao das Versprechen der Modernisierung und raschen Hebung des Lebensstandards. Als das sich bald als unrealistisch herausstellte, setzte eine politische Desillusionierung ein. Zudem ist die sozialistische Moral durch die Gesellschafts-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik der Partei untergraben, die brutal an den Egoismus und Durchsetzungswillen des einzelnen appelliert.

Als Ursachen des Scheiterns der Kulturrevolution nennt Vetter: a) Die von Mao Zedong ursprünglich intendierte Zerschlagung der Bürokratie, des Expertensystems, der Arbeitsteilung und der Trennung von Kopf- und Handarbeit konnte nur bei Strafe des Untergangs durchgeführt werden; so regenerierte sich schon seit 1967 der bürokratisch-administrative Apparat unter einem „extrem revolutionären Überbau“ und übernahm nach Maos Tod endgültig die Macht. b) Die Kulturrevolution mußte „mit harter ökonomischer Münze“ bezahlt werden. c) Schließlich sei der kulturrevolutionäre Anspruch an die Parteidaten wie an die Massen, die Aufforderung zu einem anspruchslosen Leben, zum Einsatz für das Kollektiv, zu ständiger revolutionärer Kampfbereitschaft, zu hoch gewesen und habe die Linken isoliert.

Für diese Analyse sprechen viele Anhaltspunkte, z.B. daß die

Kulturrevolution weder den Parteiapparat noch Verwaltung und Armee gründlich umwälzte, daß die rätedemokratischen Errungenschaften oft nur auf dem Papier standen, daß der putschmäßig durchgeführte Sturz der sog. Viererbande nicht auf allgemeinen Widerstand stieß. Doch ist es sicherlich falsch, die Kulturrevolution als ein von Mao Zedong initiiertes Experiment zu bezeichnen, für das weder die objektiven noch subjektiven Voraussetzungen gegeben waren. Denn erstens hatte diese Bewegung eine Basis unter Arbeitern, Bauern und der Jugend, und der Aufruf Maos wirkte als Auslöser und formulierte ihre Ziele. Zweitens ist auch unter vielen Bürgerlichen der ökonomische Erfolg dieser Bewegung, der sich in der Industrialisierung der Landgebiete, der Entwicklung der Getreidebasis etc. manifestierte, unbestritten. Was soll der Hinweis auf die unermeßlichen Schäden der Kulturrevolution, wenn China wenige Jahre danach auf den Weltmarkt gehen kann und den imperialistischen Finanziers für Milliardenkredite gut ist? – Statt die Kulturrevolution als bewundernswertes, aber utopisches und damit zum Scheitern verdammt Experiment zu charakterisieren, ist es vielmehr nötig, ihre Ergebnisse präzise zu bilanzieren und daraus die Gründe der schließlichen Niederlage zu bestimmen.

Horst F. Vetter: Chinas neue Wirklichkeit. Frankfurt 1983, Campus-Verlag, 29 DM

### *Kein widerspruchsfreies Bündnis*

## **Grün-Alternative und politische Arbeiterbewegung**

Die Unterdrückung der Grün-Alternativen in den Medien ist weit fortgeschritten. Diese Partei kann beschließen, was sie will, und tun, was sie möchte: wo ihre Tätigkeit nicht zu einer Beschußblockade bürgerlicher Parlamente führt oder zu aktionsmäßiger Blockade der Exekutive, nimmt man öffentlich nicht zur Kenntnis, was dort diskutiert oder beschlossen wird. Seit Wochen erscheinen die Grün-Alternativen nur noch als Spekulationsobjekt in der Presse. Man sagt vorher, sie würden doch an der 5%-Klausel scheitern. Jedoch ist nicht ganz gewiß, ob die Propaganda fruchtet, die bewirken will, daß für Grün-Alternatives anfällige Wähler, die die Fortsetzung der Koalition aus CDU, CSU und F.D.P. verhindern wollen, die Stimmabgabe für die SPD das einzige anwendbare Mittel scheint. Da, wie niemand leugnet, die Unionsparteien fast ganz sicher mehr Stimmen und Sitze erhalten werden als die SPD und da eine ins Parlament zurückgekehrte F.D.P. gewiß mit den Unionsparteien koalieren würde, kann eine Ablösung dieser Regierung bzw. eine Einengung ihres Handlungsspielraumes nur eintreten, wenn die F.D.P. von der parlamentarischen Bühne verschwindet und ansonsten SPD und Grün-Alternative über mehr Stimmen und Sitze verfügen als die Unionsparteien. Ein solches Ergebnis kann nur eintreten, wenn das grün-alternative Publikum erstens zur Wahl geht und zweitens nicht die SPD wählt, wenigstens nicht mit der Zweitstimme.

Prompt rät die bürgerliche Presse – in Verkleidung einer Mitteilung über das Wählerverhalten – mit der Erststimme die Grün-Alternativen und mit der Zweitstimme SPD zu wählen. Das stärkt das „linke Lager“. Diese Strömung bei den Wählern wurde von Umfrageinstituten entdeckt, deren Bezugshaltung durch die neue Bundesregierung verdreif- bzw. versiebenfacht wurde.

Für uns steht die Frage: welche Auswirkungen hätte die Politik einer grün-alternativen Bundestagsfraktion für die Arbeiterbewegung? Würde sie deren Kämpfe begünstigen oder erschweren? Würden die Pläne der Kapitalisten in dieser Hinsicht beeinträchtigt oder gefördert?

Die hauptsächlichen Planungen der Kapitalisten bestehen in der weiteren Verbilligung der industriellen Arbeitskraft auf Kosten der Reproduktion des Lohnarbeiters. Dies Interesse muß die Gegenwehr der Arbeiter auslösen. Deswegen besteht ein politisches Interesse der Kapitalisten an der Gestaltung einer Rechtslage, die den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter Zug um Zug zu einem Sammelsurium von Kriminaldelikten macht. Wo stehen die Grün-Alternativen, was steht in ihrem Wirtschaftsprogramm?

### **Theorie vom Konsumzwang**

Lebensstandard, so die Grünen wörtlich, der sich lediglich an der Quantität konsumierter Waren und Dienstleistungen bemüht, dient zu einem Teil auch der Ersatzbefriedigung für die Menschen, die in Arbeit und Freizeit „kaputt“ gemacht werden und fremdbestimmt sind, einschränkend bemerken sie allerdings, daß

erst in einer „freien und sozialen“ Gesellschaft derartiger Ersatzkonsum überflüssig würde. Dennoch bleibt das Argument schädlich gegen den notwendigen Kampf der industriellen Arbeiter gegen Minderung ihrer Konsummöglichkeiten; es nimmt ihren Forderungen die Härte des physischen Muß. Unserer Meinung nach liegt der Theorie vom zwanghaften oder Ersatzkonsum der Irrtum zu Grund, es stünde irgendwie fest, wieviel der Mensch eigentlich zum Leben braucht und zwar in strenger Abstraktion von der Verausgabung seiner Arbeitskraft. Tatsächlich ist die Summe der zur Reproduktion benötigten Sachmittel und der zur Reproduktion benötigten Zeit in sehr hohem Maße von der Verausgabung der Arbeitskraft abhängig, die vorausgegangen ist. Wenn man z.B. aus einem Menschen einen Gewichtheber macht, so wäre der Vorwurf, dieser fräße zwanghaft, dümmlich. Er frisst, weil er durch das Gewichtheben dazu gezwungen wird, nicht durch die freilich beachtliche Stupidität des Gewichthebens zu einer Ersatzhandlung getrieben, sondern durch den beachtlichen Kräfteverbrauch vor die physische Notwendigkeit gestellt. – Das Argument vom zwanghaften Konsum macht die Kritik der unmenschlichen Arbeitsintensität schwach, darüberhinaus erklärt es überhaupt nicht, wieso justament bei den Reichen, wo man durchaus Zeit hat, ganz selbsterfüllt z.B. zu töpfern, der Konsum so überschäumt.

### **Industrielle Arbeit: hauptsächlich langweilig?**

Sie seien bestürzt, so sagen die Grünen, von der Art und Weise, in der sich die Arbeit in den Betrieben verändere: durch Einsatz großtechnologischer Maschinen und durch die zunehmende Ausstattung der Produktion und Verwaltung mit Computern würde die verbleibende Arbeit immer fremdbestimmter, immer mehr Beschäftigte in Produktion und Verwaltung würden zu Anhängseln anonymer Techniksysteme. Dies gelte genauso für die zentralistisch bürokratischen Gesellschaften im Osten. Immer weiter entferne man sich von einer menschlichen und selbstbestimmten Gestaltung der Arbeits- und Lebenszusammenhänge.

Die Kunst, eine Kritik der Organisation der Arbeit abzuliefern, die mit Liebe an Argumenten für nächste Schritte der Gegenwehr vorbeigeführt wird, hat keinen guten Grund. Sie spiegelt die Erlebnisse aus dem Angestelltenmilieu wieder und selbst diese fehlerhaft. Denn erstens ist Kaffeekochen für den Chef nichts „selbstbestimmtes“ und das „selbständige“ Erfinden von Mahnbriefen vielleicht doch auch nicht. Zweitens ist das Hauptmoment dieser Entwicklung ebenfalls die Intensivierung der Arbeit, und nächst dringliches Bedürfnis die Abgeltung durch Zeit und Geld.

### **Neuer Realismus**

Im Zusammenhang vieler Äußerungen, die eine wütende Kritik des industriellen Arbeitsprozesses enthalten, darf die folgende Bemerkung der Grünen über „ökologische Wirtschaft“, d.h. über Ziel und Zukunft, nicht übersehen werden. Eine ökologische Wirtschaftsweise erkenne gesellschaftlichen Reichtum darin, die Natur als Lebenselement der Menschen zu erhalten und wiederzugeben. Dies Ziel erfordere den teilweisen Abbau und Umbau unseres Industriesystems. Man fordere den Abbau lebensfeindlicher Wirtschaftszweige, zuallererst der Atom- und Rüstungsindustrie. Man fordere die Abkehr von der Großindustrie, soweit dies möglich und ökologisch sinnvoll sei.

Da die Kritik der Grünen am Kapitalismus durchweg als Kritik der Industrie, insbesondere der großen, durchgeführt ist, ergibt sich eine nette Zukunftsvision. Ein Teil der kritisierten Zustände soll bleiben, die Abkehr von der Großindustrie dort nicht erfolgen, wo sie halt „nicht möglich“ oder „ökologisch nicht sinnvoll“ sei.

Nun ja, das alternative Leben und auch der ökologische Betrieb, sie werden eben auf Produkten der großen Industrie basieren. Die Grün-Alternativen sind dabei, ihr Utopia realistisch zu gestalten. Man ist gespannt, wie die Gestaltung der industriellen Basis der ökologischen Gesellschaft beschaffen sein soll.

Man sei sich bewußt, daß in jeder zukünftigen Gesellschaft notwendige Arbeit zu tun bleibe, die nicht ohne Entfremdung verrichtet werden könne. Die sei gerecht zu verteilen. Die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zur materiellen Versorgung der Gesellschaft schaffe die Voraussetzung für eine radikale Verkürzung des Arbeitstages. In der frei gewordenen Zeit könne freie Tätigkeit, die sich als Selbstzweck gelte, entfaltet werden. Hier böten sich Möglichkeiten der Eigenarbeit in Heim- und Nachbarschaftswerkstätten an. Zu überlegen sei, wie langfristig der Bezug von Einkommen unabhängig von Arbeit zu verwirklichen sei; ob z.B. der Bezug eines Mindesteinkommens ohne Bedürftigkeitsnachweis sichergestellt werden könne, so daß nie-

mand aus wirtschaftlichen Gründen zu Tätigkeiten und in Verhältnisse gezwungen werden können, die er ablehne.

In jeder Zukunft bleibt also notwendige und notwendig entfremdete Arbeit zu tun. Des Problems wird man Herr durch gerechte Verteilung. Was garantiert die Gerechtigkeit dieser Verteilung? Will man nicht ein Gewaltsystem einsamer Brutalität, so sollte man denken: nur indem die, die diese notwendige Arbeit leisten, die Verfügung über die Produkte auch haben und entscheiden können, wen sie durchfüttern und wen nicht. Aber so solls ja nicht sein. Vielmehr soll ein Bezug von Einkommen unabhängig von Arbeit verwirklicht werden; konkret ein Recht auf Konsum von Arbeitsprodukten, deren Dasein gerade von Arbeit abhängig ist, ohne dafür arbeiten zu müssen. Dies zu Voraussetzung und Gipfelglück wahren Menschseins zu machen, heißt den Reichtum der Ausbeuter und ihr Treiben als zivilisatorischen Höhepunkt markieren. Die von den Grünen vorgenommene Trennung von notwendiger Arbeit und Verfügungsrecht über die Arbeitsprodukte ist reaktionär und nicht fortschrittlich.

#### **Merkwürdige Selbstverwaltung**

In der basisdemokratischen Wirtschaft solle Selbstverwaltung bestehen. Um Selbstverwaltung zu gewährleisten, seien Produktions- und Vertriebskonzerne so weit wie möglich in überschaubare und kontrollierbare Bereiche zu entflechten. Eine Wirtschaftsordnung mit selbstverwalteten Betrieben ohne hierarchische Strukturen müsse gewährleisten, daß die betrieblichen Entscheidungen den gesamtgesellschaftlichen Interessen in sozialer und ökologischer Hinsicht gerecht würden. Zu diesem Zweck würden auf allen Ebenen demokratische Selbstverwaltungsgremien geschaffen, in ihnen würde die Zusammenarbeit der Produzenten mit anderen Bevölkerungsgruppen (Anwohner der Betriebe, Verbraucher usw.) organisiert. Es sei die Sache der Betroffenen, die Art und Weise dieser Kooperation zu bestimmen.

Man wird der Polemik müde. Hier ist nämlich nicht von Selbstverwaltung die Rede, sondern von der Verwaltung der industriellen Arbeiter durch Anwohner, Verbraucher, kurzum alle anderen. Besonders unappetitlich ist die Behauptung der Selbstverwaltung „auf allen Ebenen“. Was ist Selbstverwaltung auf höchster Ebene?

#### **Kampf den Grünen?**

Die Visionen der Grün-Alternativen sind für die industriellen Arbeiter nicht attraktiv. Sie schauen in eine Zukunft, in der die leitenden Agenten des industriellen Arbeitsprozesses und der verstaatlichten Reproduktion kraft ihrer Einsicht in die ökologischen Gesamtzusammenhänge und weil die Kapitalisten diese nicht gewinnen können, Arbeit und Produkte der Gesellschaft disponieren, wobei sie Einzelheiten irgendwelchen Selbstverwaltungskörpern überlassen.

Die industriellen Arbeiter haben deswegen schon allerhand Gründe, wenn sie auf die Unterstützung der Grün-Alternativen verzichten. Andererseits muß jedoch bedacht werden, daß das Streben der Grün-Alternativen am Lebensnerv der Kapitalisten zerrt, denen diese die Befähigung zur Leitung der Gesellschaft absprechen. Bislang ist das Hauptmoment der Politik der Grün-Alternativen, die brutale Machtentfaltung der Kapitalistenklasse zu hemmen. Insofern ist das Bestehen dieser Parteirichtung von Vorteil für die Arbeiterbewegung.

Ferner zeigt genaueres Hinsehen: die Grün-Alternativen wissen sehr genau, daß sie den Konflikt mit der Kapitalistenklasse bloß im Zusammenwirken mit den ausgebeuteten industriellen Arbeitern bestehen können. Sie zeigen sich deswegen bereit, erhobene Forderungen der Arbeiterbewegung zu akzeptieren. Dies tritt allerdings nur dann und nur so weit ein, als die Arbeiterbewegung solche Forderungen tatsächlich erhebt und dafür kämpft.

Das von vielen Kräften, die sich der politischen Arbeiterbewegung zurechnen, wegen der Politik der Grün-Alternativen angestimmte Lamento wird weder diesen noch der Arbeiterbewegung weiterhelfen.

Wenn also die Arbeiterklasse sich zunächst einmal von der grün-alternativen Richtung nichts, jedenfalls nicht ihre Befreiung zu erhoffen hat, so würde die Gegnerschaft dieser Leute zu den Kapitalisten und ihre praktische Bereitschaft, auf Forderungen der Arbeiterklasse einzugehen, einer in politischem Fortschritt begriffenen Arbeiterklasse eine solide Bündnispolitik mit den Grün-Alternativen ermöglichen. Sie hätte darin ihre Interessen zu wahren, aber das wäre auch möglich.

#### **Arbeitsstudien**

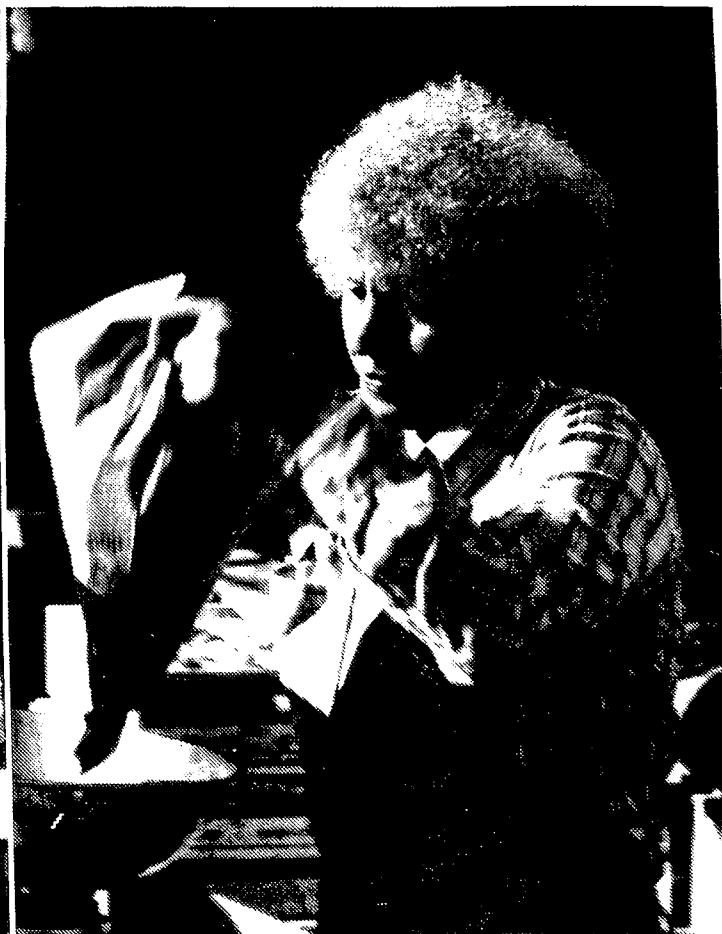
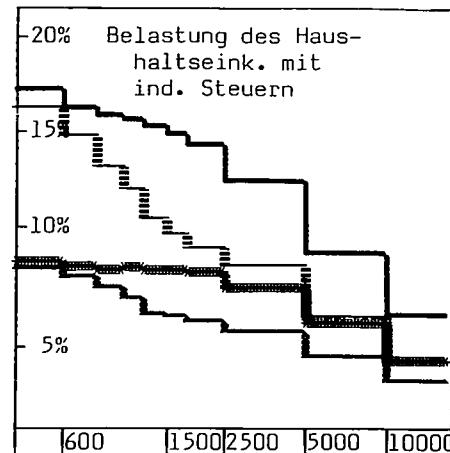
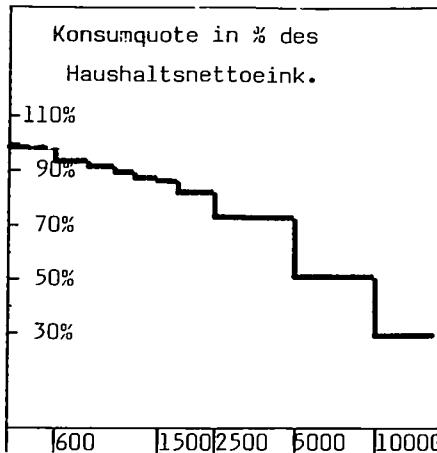
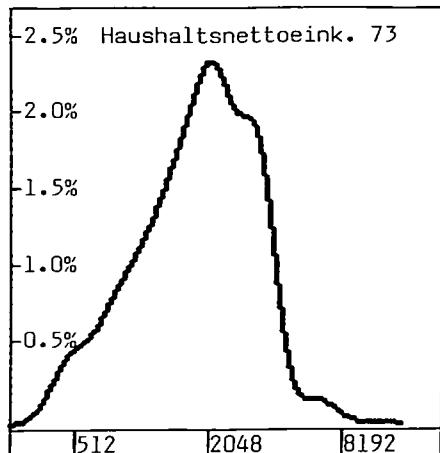


Foto-Dokumentation über den Wochenmarkt in Wolfenbüttel, J.S. Kunstgruppe Braunschweig



## Die regressive Belastung mit indirekten Steuern

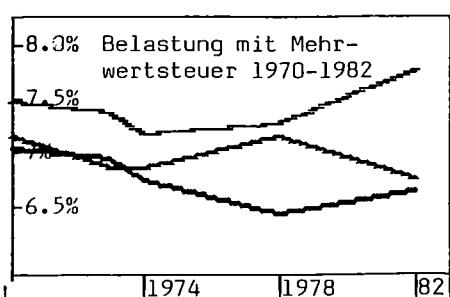
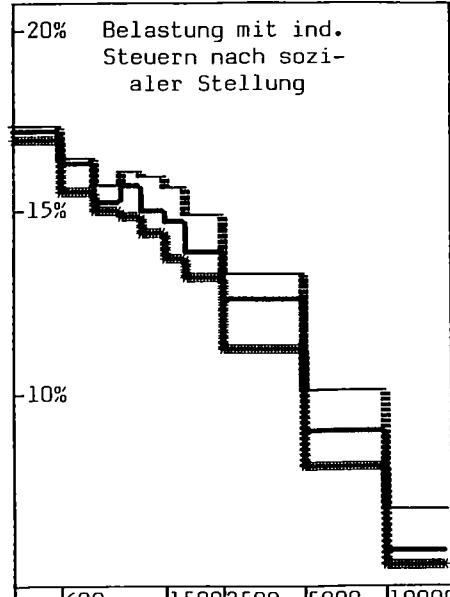
Drei wesentliche Merkmale sind es, die es der Bourgeoisie ermöglichen die indirekten Steuern zur zweiten Säule ihrer Steuerplünderung zu machen: 1. Die "Unmerklichkeit", mit der die Plünderung gelingt, getreu dem Motto Pitt des Jüngeren, der sich schon im 18. Jahrhundert rühmte, mittels dieser Steuern "dem Bettler den letzten Lumpen vom Leibe..." und dem des Hungers sterbenden Kind die letzte Brotkruste vom Munde zu ziehen, ohne daß sie sich dessen bewusst werden." 2. Die Sicherheit ihres Aufkommens auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, denn "wie weicher Mörtel schmiegt sie sich in alle Fugen und Risse des Wirtschaftskörpers" und 3. vor allem ihre Wirkungsbreite, von der Popitz schon 1927 schrieb: "Ihre Grundlage ist die allgemeinste. Denn verbrauchen muß jeder, der leben will, auch der, der ohne Vermögen und Einkommen ist."

Verbrauchen muß aber insbesondere der, der ohne Vermögen und Einkommen ist, und das erklärt ihre progressive Wirkung. Je niedriger das Haushaltseinkommen, desto höher die Konsumquote. Eine Untersuchung anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 beweist dies. So beträgt der Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch bei durchschnittlichen Einkommen eines Arbeiterhaushalts von 2009 DM 84,6%, bei einem Einkommen zwischen 10 und 15000 DM dagegen 32,2%. Je höher aber die Konsumquote, desto höher die Belastung mit indirekten Steuern. Sie fällt von 17,5% des Haushaltseinkommens bei einem Haushaltseinkommen von unter 600 auf 5,7% bei einem Haushaltseinkommen von 10000 bis 15000 DM. Das gleiche Bild zeigt auch die Belastung mit Mehrwertsteuer, die von 8,1% auf 2,9% absinkt.

Keineswegs ändert also die formale Steuerbefreiung, wie auch die Steuerermäßigung auf 6,5% Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel, ... etwas an dieser regressi-

ven Belastung. Denn 1. sind die formal steuerbefreiten Güter auf Grund der Vorsteuerbelastung nicht steuerfrei, wie z.B. die Miete, bei der sowohl die Betriebskosten, die Instandhaltungskosten und die Verwaltungskosten mit Vorsteuer belastet sind, so daß sich eine durchschnittliche Belastung der Mieten mit 4,6% Mehrwertsteuer ergab und 2. wirken Strukturveränderungen im Privaten Verbrauch der progressiven Belastung entgegen. Ein deutlicheres Bild über die unterschiedliche Belastung des Haushaltseinkommens, bedingt durch die unterschiedlichen Reproduktionsnotwendigkeiten, ergibt die Untersuchung der Belastung nach sozialer Stellung des Haushaltvorstandes. So sind 1973 die Haushalte Nichterwerbstätiger durchschnittlich mit 14,8, Arbeiterhaushalte mit 14,7 und Selbstständigenhaushalte mit 9,9% ihres Haushaltseinkommens belastet. Auch hier gilt für die Mehrwertsteuer das gleiche.

Über die weitere Entwicklung läßt sich nur ansatzweise aus der Untersuchung der Belastung der 3 ausgewählten Haushaltstypen etwas schließen. So ist bis 78 bei allen 3 Haushaltstypen die Konsumquote gesunken, von 78 auf 82 ist sie dagegen bei den Haushaltstypen 1 und 2 wieder von 84,9 auf 88,9% und von 85,5 auf 90,8% gestiegen, bei Haushaltstyp 3 ist sie von 82,9 auf 79% gefallen. Der dadurch, wie auch durch die Mehrwertsteuererhöhung eingetretene höheren Belastung und Verstärkung der regressiven Wirkung, wird durch die Senkung des Reproduktionsniveaus entgegengewirkt. So steigt z.B. der Anteil der Miete, es sinkt der Anteil an Ausgaben für Kleidung und Schuhe, persönliche Ausstattung, ..., also eine Verlagerung von höher in niedriger besteuerte Konsumbereiche. Durch die Mehrwertsteuererhöhung wird die eingetretene Steigerung der Belastung auf gesenktem Reproduktionsniveau weiter verstärkt werden.



Erläuterungen zu den Schaubildern  
Schaubild 3, von oben nach unten:  
• Belastung mit ind. Steuern in % des Haushaltseinkommens.

- Belastung mit ind. Steuern in % des Haushaltseinkommens.

\* Belastung mit Mehrwertsteuer in % des Haushaltseinkommens.

^ Belastung mit Mehrwertsteuer in % des Haushaltseinkommens.

Schaubild 4:

- Belastung der Arbeiter- und Angestellten.

. Belastung der Nichterwerbstätigen.

\* Belastung der Selbstständigen.

Schaubild 5:

- Vier Personen Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen.

^ Vier Personenhaushalt von Beamten und Ang. mit höherem Einkommen.

. Zwei Personen Haushalt von Renten und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen.

Daß die deutschen Kapitalisten das Geschäft der Ausbeutung beherrschen, zeigt untenstehende Tabelle der Erwerbsquoten von Männern im Alter von 60 bis 64 Jahren im internationalen Vergleich. Die Belegschaften werden umgeschichtet, verschlissene Arbeitskräfte ausgeschieden. Obwohl es in den letzten Jahren keine Partei versäumte, immer wieder zu betonen, daß hoher Beschäftigungsstand erste Priorität besitze, erweist sich die BRD im internationalen Vergleich ebenfalls als Spitzenreiter in der Beschäftigtenentwicklung in negativer Hinsicht.

Das verarbeitende Gewerbe hat nach der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft die höchste Steigerung bei der Zugangsquote in die Arbeitslosigkeit von 1980 auf 1982 zu verzeichnen, wobei beim Bau und in der Landwirtschaft saisonale Entwicklungen mitwirken. Im verarbeitenden Gewerbe hervorzuheben sind der Maschinenbau und die Druckindustrie. In der Elektroindustrie, die einen hohen Frauenanteil hat, ist die Zugangsquote bei Frauen von 10,6 auf 12,6, bei den Männern aber von 5,6 auf 8,2 gestiegen, beim Handel, mit über der Hälfte Frauen, ist die entsprechende Quote bei den Männern von 10,7 auf 13,5 und bei den Frauen von 15,9 auf 18,0 gewachsen. In absoluten Zahlen betrug der Zugang in die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum 614207 Männer zu 163740 Frauen.

Die Arbeitslosenbestände ändern sich in die gleiche Richtung, nur langsamer. Daraus folgt, daß auf dem Arbeitsmarkt ein Verdrängungswettbewerb stattfindet. Männer werden zu Frauenlöhnen eingestellt und Frauen nehmen teilweise Arbeitsplätze von entlassenen Männern ein zu einem geringeren Lohn als die Männer zuvor, aber doch teilweise zu einem höheren als sie vorher hatten. Letzteres läßt sich durch den Effektivlohndrift nachweisen. Zusammengefaßt: Die Verschiebung des Verhältnisses von der Frauen- zur Männerarbeitslosigkeit wird aus tatsächlichen Entlassungen gespeist. In einer zur Zeit laufenden Untersuchung im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung über Zugang und Abgang von Arbeitslosen mittels einer Stichprobe liegen erste Ergebnisse vor. Die Stichprobe datiert auf Mitte November 1981, durchgeführt in 25 ausgewählten Arbeitsmärkten. 5-6 Wochen nach dem Zugang wurde eine Erstbefragung durchgeführt. 10% hatten bis dahin wieder eine Anstellung. Jedoch haben 29% derjenigen, die wieder in Beschäftigung waren, ein kleineres Einkommen als vor der Arbeitslosigkeit, 25% haben einen weiteren Weg zur Arbeit als vor der Arbeitslosigkeit.

Daß es offensichtlich verheiratete männliche Erwerbstätige sind, die es sich auf Grund der familiären

## Arbeitsmarkt (II)

Erwerbslose und abhängige Erwerbstätige nach persönlichem Einkommen										
Personen	(1)	(2)	(3)	(4)	Insges.	Mit Ang.	Davon mit monatl.	Nettoeinkommen	80 o. Ein-	kommen
					1000	% v. (1)	- 600	- 1200	- 1800	- 2500
Erw.lose										
Männer	380	73,8	28,3	52,3	15,1	3,6	-	-	21,1	
Frauen	386	63,3	50,0	43,4	5,7	-	-	-	32,9	
Insge.	766	68,5	38,1	48,0	10,8	2,3	-	-	27,0	
Erw.tät.										
Männer	14822	96,9	7,6	8,4	40,8	27,4	12,8	2,8	-	
Frauen	8813	97,0	20,4	41,3	28,1	7,8	2,2	0,2	-	
Insge.	23635	96,9	12,5	20,7	36,1	20,1	8,8	1,8	-	
Erwerbslose und abhängige Erwerbstätige nach Haushaltseinkommen 80										
Erw.lose										
Männer	380	93,3	10,1	28,2	22,3	18,9	15,8	4,8	-	
Frauen	386	96,2	7,0	15,4	19,4	29,1	23,5	5,7	-	
Insge.	766	94,8	8,5	21,6	20,9	24,1	19,6	5,2	-	
Erw.tät.										
Männer	14822	95,3	0,3	1,9	16,4	27,6	39,2	14,7	-	
Frauen	8813	95,2	0,6	5,7	12,4	22,6	41,6	17,0	-	
Insge.	23635	95,2	0,4	3,3	14,9	25,8	40,1	15,6	-	
Quelle: Ergebnis des Mikrozensus 1980 nach: Amtl. Nachr. d. BfA; 4/82										
Zugang in die Arbeitslosigkeit nach Branchen 1980 und 1982										
Branche		(1): Zugang	(2): Zugang	(3): (2)	(4): (2)	(5): (1)	Arb.lose	Arb.lose	in % d.	in % d. zu (2)
							11/81-10/82	11/79-10/81	Beschäf.	Beschäf. in %
Land-, Forstw., Fisch	78565	57625	39,3	27,5	142,8					
Energie, Bergbau	20994	18005	4,3	3,8	114,6					
Verarbeit. Gewerbe	948782	742972	11,4	8,6	132,7					
dar. Chemie	29758	26896	4,9	4,4	111,5					
Maschinenbau	77084	57597	7,6	5,7	134,5					
Str.fzg.bau	73720	68449	7,8	7,0	111,2					
Elektrotechnik	97184	77153	9,8	7,5	131,0					
Druckerei	24191	17845	11,0	8,0	138,4					
Textil, Bekl.	92505	79813	16,2	12,4	131,0					
Nahr., Genußm.	96490	80237	13,4	10,9	122,9					
Baugewerbe	529877	302852	33,8	18,2	185,8					
Handel	413766	363998	14,5	12,4	117,0					
Verkehr, Nachr.überm.	123095	99372	12,4	10,2	121,9					
Kreditinst., Vers.	31516	28855	4,1	3,8	108,9					
Dienstleistungen	552066	458225	15,5	13,2	117,1					
Org. ohne Erw.char.	41602	37370	11,5	10,6	108,3					
Gebietskörpersch.	121517	109392	9,1	8,2	111,5					
ohne Branche	871368	736535	-	-	118,3					
Gesamt	3733148	2955201	18,6	14,2	128,8					
Bei (1) und (2) handelt es sich um alle Arbeitslosenmeldungen innerhalb des Zeitraums. Bei (3) und (4) wurden die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten vom 31.12.1981 bzw. 31.12.1979 zugrundegelegt.										
Quelle: Amtl. Nachr. d. BfA; div. Ausgaben										
Reproduktion nicht leisten können, länger arbeitslos zu sein, zeigt die Arbeitslosenquote nach Familiengröße und Haushaltsgröße. 1980 waren 1,7% der verheirateten Erwerbspersonen arbeitslos, der Durchschnitt lag bei 3,1%. Nach Haushaltsgröße liegt die kleinste Arbeitslosenquote bei männlichen Erwerbspersonen in 3-5- Personen haushalten.										
Erwerbsquoten der Männer im Alter von 60-64 in %										
	1970	1979	Diff.	1970/79						
B	63,8	33,0	-30,8							
BRD	74,7	39,5	-35,2							
F	65,2	38,2	-27,0							
GB	86,6	75,8	-10,8							
NL	73,9	59,9	-14,0							
Ö	47,7	26,1	-21,6							
S	79,5	69,0	-10,5							
USA	75,0	61,8	-13,2							

**BRD**

## Investitionsstreik? Die Kapitalisten suchen profitable Anlage!



### Mietgesetze

## Bereicherung der Wohnungskapitalisten durch Senkung des Wohnstandards

Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat bei Begründung der verabschiedeten Mietgesetzminderungen vorgebracht: Der soziale Wohnungsbau ist tot! Es lebe die Bereicherung der Wohnungsbesitzer, nur dann gibt es wieder ausreichend Wohnungen. Gerät die Union damit nicht in Konflikt mit den Interessen der industriellen Kapitalisten, denen die steigenden Mietrechnungen in

den Lohnkämpfen vorgehalten werden? Die liebevoll gedrechselten Maßnahmen gelten außer der Förderung des Wohnungseigentums für die oberen Ränge der Lohnabhängigen, der Senkung des Wohnstandards. Häuseln die Arbeiter erst in Löchern, wäre dann nicht allen gedient, dem Hausbesitzer, der daraus Profite schlägt, wie der kapitalistischen Lohnsenkungsabsicht?

„Investitionsstreik“ ja oder nein? Fest steht: Die Kapitalisten haben eine Unmenge von flüssigem Kapital aufgehäuft, allein Siemens 11 Mrd. DM, das nach Anlage sucht. Möglichst in der BRD, wo die eigene Staatsmacht für Sicherheit sorgt. Das Geschrei der Union vom „Investitionsstreik“ soll dieser Verbesserung der Profite den Boden bereiten und die Lohnabhängigen auf den Übergang vorbereiten, zu dem sie mit staatlicher Gewalt gezwungen werden sollen.



### Baden-Württemberg

## Bund und Land erproben neue Form der Heimarbeit



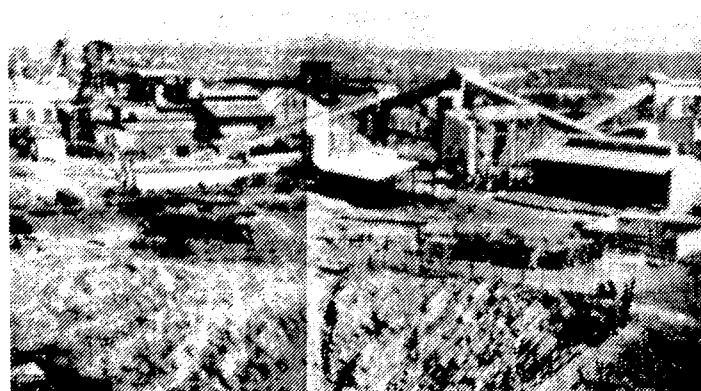
Die modernen Techniken der Informationsverarbeitung ermöglichen neue Formen der Heimarbeit: Die Bundesregierung ließ in einer Studie untersuchen, unter welchen Bedingungen Angestelltenarbeit aus den Büros ausgelagert und an Datensichtgeräte im heimische Wohnzimmer verlegt werden kann. Die baden-württembergische Landesregierung startet

im Frühjahr einen Modellversuch hierzu. Auf Band gesprochene Texte werden von den Heimarbeiterinnen in Teletex, ein verbessertes Fernschreibsystem, getippt. Aber auch hochqualifizierte Programmierfähigkeit ist heimarbeitstauglich. In den Gewerkschaften entwickelt sich der Widerstand, die IGM führt Untersuchungen über die Auswirkungen durch.

### Namibia

## Erfolge des Befreiungskampfes oder Stärkung des Siedlerregimes?

Die von der südafrikanischen Siedlerregierung eingesetzte Regierung der „Turnhallen-Konferenz“ in Namibia ist zurückgetreten, der Rat der Damara unterstützt öffentlich die SWAPO. Die Regierungsgewalt hat jetzt ein Gouverneur des Siedlerregimes übernommen. Die Befreiungsbewegung von Namibia, SWAPO, erklärte zu dem Rücktritt der Marionettenregierung: „Die kolonialen Institutionen sind zusammengebrochen.“



### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

### Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457